Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mußten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefaßt werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Jens Gieseke

Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit

MfS-Handbuch, Teil IV/1

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

2. Auflage
Berlin 1996

ISBN 978-3-942130-25-7

urn:nbn:de:0292-97839421302572

Inhalt

1. Grundlagen der Kaderpolitik des MfS

Aufgabe der zuletzt etwa 91.000 hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)[1] war es, die DDR "auf Befehl der Arbeiter- und Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen" und "die Feinde des Sozialismus auch unter Einsatz [ihres] Lebens zu bekämpfen" - so der Fahneneid des MfS.[2] Ihnen kam eine exklusive Rolle als den wichtigsten und zuverlässigsten Garanten des Herrschaftssystems der SED zu. Aus dieser Aufgabe erwuchsen außergewöhnliche Ansprüche, zugleich genossen sie einen avantgardistischen, gleichsam elitären Stellenwert im gesellschaftlichen Denken der kommunistischen Führung, der sie über alle anderen Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR hinaushob und im soziopolitischen Herrschaftsgefüge der DDR auf eine Stufe mit dem Apparat der hauptamtlichen Parteiarbeiter stellte. Sie waren, so läßt sich in Abwandlung eines vielzitierten Diktums formulieren, die "Schildträger" und "Schwertführer" der Partei bzw. ihrer Führung.

Vorbilder für die Mitarbeiter des MfS waren die Angehörigen der sowjetischen Geheimpolizei und -dienste; ikonographisch konzentriert in der Figur ihres Begründers Feliks Edmundowitsch Dzierzynski (1877-1926). Erich Mielke und die Mitarbeiter seines Apparates titulierten sich gern als "Tschekisten", der eingedeutschten Bezeichnung für die Mitarbeiter der im Dezember 1917 gegründeten revolutionären Geheimpolizei der Bolschewiki "(Vserossijskaja) Tschrezvytschajnaja Kommissija", abgekürzt: (V)TschK.[3] Ein Dzierzynski zugeschriebener Ausspruch diente auch zur bildhaften Charakterisierung der Persönlichkeitseigenschaften, über die hauptamtliche MfS-Mitarbeiter verfügen sollten:

> "Tschekist sein kann nur ein Mensch mit kühlem Kopf, heißem Herzen und sauberen Händen."[4]

---

[1] Der Staatssicherheitsapparat der DDR führte vom 23.7.1953 bis zum 24.11.1955 die Bezeichnung "Staatssekretariat für Staatssicherheit" (SfS oder StfS) und war dem Minister des Innern unterstellt. Im folgenden wird - außer bei wörtlichen Zitaten - durchgängig die Bezeichnung "Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) verwendet.
Der vorliegende Beitrag hätte nicht entstehen können ohne die Unterstützung des Zentralarchivs und der Außenstellen des Bundesbeauftragten. Stellvertretend gilt mein besonderer Dank den Kolleginnen Frau Puhlmann, Frau Wenderholm und Frau Schuldt.

[2] Fahneneid des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Anlage zur Ordnung 4/83 des Ministers über den Verlauf des Dienstes im Ministerium für Staatssicherheit - Dienstlaufbahnordnung MfS -; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (künftig: BStU), Zentralarchiv (künftig: ZA), Dokumentenstelle (künftig: DSt) 102944, S. 17. Die Formulierung ist an den Fahneneid der NVA angelehnt, der bis zum Erlaß der zitierten Ordnung auch für die Mitarbeiter des MfS galt. Vgl. die Dienstvorschriften des Ministers über den Dienst im Ministerium für Staatssicherheit aus den Jahren 1964 und 1966; BStU, ZA, DSt 101364 (künftig: Dienstlaufbahnordnung 1964, 1966), S. 21.

[3] Zur Tscheka vgl.: Boris Lewytzkyi: Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit: der sowjetische Sicherheitsdienst, München 1961; George Leggett: The Cheka. Lenin´s Political Police, Oxford 1981.

[4] Nach: Erich Mielke, Referat zur Verleihung des Ehrennamens F.E. Dzierzynski an das Wachregiment Berlin des MfS; BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (künftig: SdM) 1421, Bl. 95-103, hier Bl. 99; diese Passage auch in: Erich Mielke: Sozialismus und Frieden - Sinn unseres Kampfes. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1987 (künftig: Mielke: Sozialismus), S. 105-107, hier S. 106.

Die Funktion der Staatssicherheit als "Schutzmacht der proletarischen Revolution" bildete das Leitmotiv in der Geschichte seiner hauptamtlichen Mitarbeiter, ungeachtet aller Wandlungen, denen die Kaderpolitik, die personelle Struktur und die Tätigkeiten unterworfen waren.

Dreh- und Angelpunkt zum Verständnis der MfS-Personalstruktur ist der Begriff des Kaders. Die Kader hatten die Aufgabe, die gesellschaftliche Transformation nach den Vorgaben der Partei durchzusetzen und zu sichern. Kaderpolitik genoß in der SED wie in allen kommunistischen Parteien seit Lenin einen außerordentlich hohen machtpolitischen Stellenwert. In Stalins vielzitiertem Ausspruch "Die Kader entscheiden alles!" ist ihre Bedeutung treffend charakterisiert.[5] Entscheidendes Kriterium, das die Kader von allen anderen Angehörigen der revolutionären bzw. sozialistischen Gesellschaft abhob, war der Anspruch unbedingter Ergebenheit gegenüber der Partei, dessen Ausformungen Georgi Dimitroff 1935 klassisch formulierte: "Vollkommene Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse", "engste Fühlung mit den Massen", "unerschütterliche Festigkeit in der Durchführung der Beschlüsse" sowie "Disziplin und bolschewistische Stählung".[6] Kaderpolitik war für die SED die "Kernfrage der politischen Leitung".[7]

Zu den "Kadern" in diesem Sinne zählten die Leitungskräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen, außerdem wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten ohne Leitungsbefugnisse sowie "hervorragende Werktätige".[8] In der gesellschaftlichen Praxis des Kommunismus gewann der Begriff "Kader" allerdings noch eine zweite Bedeutung: Er bezeichnete neben der im Parteiauftrag tätigen Avantgarde auch den gesamten Personalbestand einer Institution, eines Betriebes usw. Im Ministerium für Staatssicherheit fielen beide Bedeutungen praktisch zusammen, da aufgrund seiner besonderen Aufgaben der gesamte Mitarbeiterbestand den erhöhten "parteilichen" Anforderungen zu genügen hatte.

Als zweite Dimension des Kaderbegriffs gewann neben der Parteiergebenheit im Laufe der Zeit der Anspruch fachlicher Qualifikation im jeweiligen Aufgabengebiet an Stellenwert. Während in den fünfziger Jahren von den - in der Regel in ihrer Position des Staats- oder Wirt-

---

[5] Die machtpolitische Dimension stand bei der Verkündung dieser zum geflügelten Wort avancierten Losung allerdings nicht im Vordergrund. Stalin widerrief damit vielmehr den Leitspruch "Die Technik entscheidet alles", der die Prioritäten der zuvor betriebenen Industrialisierungspolitik ausdrücken sollte. Vgl. Josef Stalin, Rede im Kremlpalast vor den Absolventen der Akademien der Roten Armee, 4.5.1935; in: ders.: Fragen des Leninismus, (dt.), Moskau 1947 (nach der 11. russ. Aufl. Moskau 1939), S. 590-596, hier S. 594.

[6] Georgi Dimitroff: Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: ders.: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin (DDR) 1958, S. 656-658.

[7] Otto Schön: Über unsere gegenwärtigen kaderpolitischen Aufgaben. Referat auf der zentralen Tagung der Kaderfunktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Januar 1952, Berlin 1952, S. 6.

[8] Trotz vollständiger Ausblendung der besonderen Rolle des Repressions- und Sicherheitsapparates grundlegend: Gert-Joachim Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977 (künftig: Glaeßner: Herrschaft); die Forschung bilanzierend: Hartmut Zimmermann: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Hartmut Kaelble u.a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 322-356; siehe auch Hans-Henning Schröder: Kader, in: Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993, S. 125-126.

schaftsapparates neuen - Leitungskadern lediglich die Bereitschaft erwartet wurde, ihre Fachkenntnisse und Fertigkeiten ständig zu erweitern, wurden später sukzessiv auch formelle Bildungsvoraussetzungen, etwa Hoch- oder Fachschulabschlüsse, festgeschrieben. "Parteilichkeit und große Sachkenntnis [...], hohe politische und fachliche Kenntnisse", so der für die späte DDR maßgebliche Beschluß des ZK-Sekretariats, sollten die Kader auszeichnen.[9]

Extrem formalisierter Ausdruck des kommunistischen Kontrollanspruchs und der Überzeugung von der langfristigen Planbarkeit personalpolitischer Prozesse war das System der sogenannten "Nomenklatur", das im Parteiapparat der SED schon seit 1949, in anderen Bereichen im Laufe der fünfziger Jahre installiert wurde. In ihm waren alle bedeutsamen Leitungspositionen in Partei, Staatsapparat und verstaatlichter Wirtschaft erfaßt. Hier war festgelegt, welche übergeordnete Instanz über die personelle Besetzung der jeweiligen Position zu entscheiden bzw. eine entsprechende Entscheidung zu bestätigen hatte. Die Spitzenfunktionen aller gesellschaftlichen Bereiche bildeten die oberste Ebene dieser Nomenklatur; über sie entschied das Politbüro. Mit der Nomenklatur verknüpft war ein aufwendiger Planungsmechanismus zur Bildung einer Kaderreserve, Aufstellung von Kaderprogrammen, Kaderperspektivplänen und Kaderentwicklungsplänen, durch den eine kontinuierliche Rekrutierung von Nachwuchskräften gesichert werden sollte.[10]

---

9 Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern vom 7. Juni 1977, in: Neuer Weg. Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens, 1977, Beilage zum Heft 13 (1977), S. 597-601, hier S. 598.

10 Glaeßner: Herrschaft, S. 239-256; die Nomenklaturkader als "herrschende Klasse" deutend: Michail Voslensky: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien, München, Zürich, Innsbruck 1980.

Abbildung 1: Kadernomenklatur für Leitungsfunktionen im MfS[11]

Institution	Positionen 1953/54	1957	1960
Politbüro	Staatssekretär Stellv. Staatssekretäre Leiter von Hauptabteilungen im Generalsrang Leiter der Bezirks-verwaltungen Leiter der HA Trapo sowie alle Ernennungen und Beförderungen von Generälen (nur Dienstgrad)	Minister Stellv. Minister Ernennungen und Beförderungen von Generälen (nur Dienstgrad)	Minister Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Generälen (nur Dienstgrad)
Sicherheits-kommission beim ZK bzw. ab 1960 Nationaler Verteidigungs-rat	keine Angabe	Leiter von Hauptabteilungen Leiter von Bezirksverwaltungen 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Leiter der Hochschule des MfS Kommandeur des Wachregiments Politstellvertreter des Kommandeurs des Wachregiments	Stellv. Minister Leiter der HV B Stellv. Leiter der HV A Stellv. Leiter der HV B Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen Leiter der Bezirksverwal-tungen und Objektverwaltung Wismut Kommandeur des Wach-regiments Politstellv. des Kommandeurs des Wachregiments
Sekretariat des ZK	Leiter von Hauptabteilungen 1. Sekretär der SED-Parteiorganisation Leiter von Schulen des MfS Kommandeur des Wachregiments Politstellv. des Kommandeur des Wachregiments Stellv. Leiter der HA Trapo	keine Angabe	keine Angabe
Abteilung für Sicherheits-fragen beim ZK (Kontroll-nomenklatur)	Stellv. Hauptabteilungsleiter Parteisekretäre der Bezirksverwaltungen	Stellv. Leiter von Haupt-abteilungen Leiter von selbständigen Abteilungen Leiter der Schule Teterow Stellv. Leiter von Bezirks-verwaltungen Sekretäre der SED-Kreis-leitung Parteisekretäre der Hochschule des MfS, der HV A und der HA I Beförderungen zum Dienst-grad Oberst	keine Angabe

[11] Anlage 4 zum Protokoll 68/53 der Sitzung des Politbüros am 8.9.1953; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (künftig: SAPMO) im Bundesarchiv (künftig: BA), Zentrales Parteiarchiv (künftig: ZPA), J IV 2/2/322, Bl. 77; Anlage 3 zum Protokoll 11/54 der Sitzung des Politbüros am 23.2.1954; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2//349, Bl. 33-38; Vorschlag für eine Nomenklatur der leitenden Kader des Ministeriums für Staatssicherheit vom 3.4.1957; BA, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (künftig: MZAP) VA 01/39557, Bl. 19-20; Protokoll der 1. Sitzung des NVR, 16.3.1960, S. 3; BA, MZAP VA 01/39458, Briefwechsel zwischen Mielke und Herger sowie Beschlußvorlage des NVR von 1986; BStU, ZA, SdM 26, Bl. 58-72.

Institution	1981	ab 1986
Politbüro	Minister Ernennung, Beförderung und Entlassung von Generälen (nur Dienstgrad)	wie 1981
Nationaler Verteidigungsrat	Stellv. Minister Stellv. Leiter der HV A Leiter der AGM Leiter der ZAIG Leiter der HA I, II, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KuSch Leiter der VRD Rektor der Hochschule des MfS Leiter der Bezirksverwaltungen/ Verwaltung Wismut Kommandeur des Wachregiments	Stellv. Minister nur 1. Stellv. Leiter der HV A Leiter der AGM Leiter der ZAIG Leiter der HA I, II, XVIII, XIX [Leiter der VRD gestrichen] Rektor der Hochschule des MfS Leiter der Bezirksverwaltungen [Verwaltung Wismut entfällt] Kommandeur des Wachregiments
Sekretariat des ZK	1. Sekretär der SED-Kreisleitung 2. Sekretär der SED-Kreisleitung	wie 1981
Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK (Kontroll-nomenklatur)	Stellv. Leiter der VRD Stellv. Leiter der HA I, II, III, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KuSch Leiter des OTS, Abt. XI, Abt. XII, Abt. M., Abt. N, ZAIG, Abt. Finanzen, ZMD Leiter der HV A-Abteilungen Leiter des SWT der HV A Leiter der Schule der HV A 1. Stellv. Leiter der AGM Sekretär für Propaganda der SED-KL Stellv. des Kommandeurs und Stabschef des Wachregiments Stellvertreter der BV-Leiter	Stellv. Leiter der VRD Stellv. Leiter der HA I, II, III, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KuSch Leiter des OTS, Abt. N, ZAIG, Abt. Finanzen, ZMD 1. Stellv. Leiter der AGM Sekretär für Propaganda der SED-KL Politstellv. und 1. Stellv. des Kommandeurs des Wachregiments je 1 Stellv. Operativ der BV-Leiter[12]

Die SED-Kaderpolitik bildete den allgemeinen normativen Rahmen für die Zusammensetzung der hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Aus der besonderen Auf-

---

[12] Die in der NVR-Nomenklatur gestrichenen Leitungsfunktionen (Leiter der HA III, VI, VII, VIII, IX, XX, PS, KuSch sowie der VRD) sind möglicherweise bei der Abteilung für Sicherheitsfragen aufgenommen worden.

gabe und Position des Ministeriums im Herrschaftsgefüge der DDR ergaben sich allerdings besonders streng ausgelegte bzw. spezifisch formulierte personalpolitische Leitlinien: Das MfS stellte an seine Mitarbeiter ungleich höhere Anforderungen als im zivilen Bereich oder in anderen militärisch verfaßten Organen der DDR, sowohl was ihre politische Haltung, als auch was ihre Persönlichkeitseigenschaften betraf. Die Furcht vor dem Eindringen "feindlicher Agenturen" wurde in eine Sicherheitsdoktrin umgemünzt, aus der - selbst im Maßstab geheimdienstlich üblicher Regeln - außergewöhnliche Anforderungen und Verhaltensmaßgaben für die MfS-Mitarbeiter resultierten. Schließlich waren die kaderpolitischen Normen - auch dies ist eine Besonderheit - nicht nur auf die Leitungsebene beschränkt, sondern galten bei aller inneren Differenzierung im Prinzip für jeden Mitarbeiter des MfS, von der Küchenhilfe bis zum Minister.

Die Kaderpolitik des MfS unterstand der Anleitung und Kontrolle durch die Parteiführung der SED, die diese Funktion aber offenbar in fortschreitend geringerem Maße wahrnahm. In ihren allgemeinen Grundzügen sowie bei allen Personalentscheidungen, die Leitungskader (stellvertretende Abteilungsleiter und höher) betrafen, oblag die Kontrolle der Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees. Allerdings waren die realen Untersuchungs- und Einflußmöglichkeiten infolge der fortschreitenden konspirativen Abschirmung des Ministeriums beschränkt; so wurde die Kontrollnomenklatur 1986 von 94 auf 37 Leitungsfunktionen gekürzt (siehe Übersicht). Der Sektor Staatssicherheit der Sicherheitsabteilung fungierte als Verbindungsstelle zwischen Ministerium und ZK; seine Mitarbeiter waren MfS-Offiziere im besonderen Einsatz.[13] Sie haben aber - so scheint es - eine gewisse Kontrolltätigkeit zum Beispiel durch Brigadeeinsätze in der Hauptabteilung Kader und Schulung oder in einzelnen Bezirksverwaltungen ausgeübt und - im Laufe der Zeit nachlassenden - Einfluß auf die Kaderpolitik genommen.[14] Das Politbüro des ZK behielt sich bis zuletzt das Recht vor, Ernennungen und Beförderungen von Generälen des MfS zu bestätigen, andere kaderpolitische Fragen wurden dort seit den fünfziger Jahren offensichtlich nicht mehr thematisiert.[15] In welchem Maße die Ersten bzw. Generalsekretäre die MfS-Kaderpolitik zum Gegenstand der persönlichen Anleitung machten, ist nicht belegbar.

Der Ministerrat der DDR, dem auch der Minister für Staatssicherheit angehörte, hatte keinen erkennbaren Einfluß auf kaderpolitische Fragen. Von Bedeutung war staatlicherseits vielmehr

---

13 Vgl. exemplarisch die Zentralkarteikarten der Sektorenleiter Artur Hofmann, Fritz Renckwitz, Martin Appelfeller und Fritz Bengelsdorf; BStU, ZA.

14 Vgl. z.B.: Abteilung für Sicherheitsfragen vom 14.3.1984, Plan für einen Brigadeeinsatz [in der BV und der KD Karl-Marx-Stadt und der HA KuSch]; BStU, ZA, Hauptabteilung Kader und Schulung (künftig: HA KuSch) Auswertungs- und Kontrollgruppe (künftig: AKG) 51, unerschlossenes Material; Abteilung für Sicherheitsfragen vom 7.7.1980, Bericht über Erfahrungen, Ergebnisse und Aufgaben zu ausgewählten Problemen der Arbeit der Parteiorganisation und der Kaderarbeit in der Hauptabteilung Kader und Schulung [...]; BStU, ZA, SdM 1088, Bl. 57-74. Die Bestände der Abteilung Sicherheitsfragen im Zentralen Parteiarchiv der siebziger und achtziger Jahre sind derzeit gesperrt.

15 Andere Fragen der MfS-Arbeit wurden dem Anschein nach spätestens seit Mielkes Einzug in das Politbüro Anfang der siebziger Jahre nur noch in Gesprächen zwischen Mielke und Honecker behandelt.

der 1960 aus der Sicherheitskommission des Zentralkomitees der SED hervorgegangene Nationale Verteidigungsrat, dem das MfS als "bewaffnetes Organ" unterstand. Dort wurden übergreifende militärische Fragen behandelt und ihm oblag auch eine kaderpolitische Kontrollfunktion. Die wichtigsten Leitungspositionen des MfS waren in seiner Nomenklatur erfaßt, allerdings wurde der Kreis dieser Positionen immer enger gezogen (siehe Übersicht).[16] Zu Zeiten der Sicherheitskommission reichten ihre Kompetenzen in Ausnahmefällen weit in die praktischen Probleme der Kaderarbeit hinein, wie ein Beschluß über die OibE-Arbeit im Westen zeigt.[17]

Aus dem Status des MfS als militärisch verfaßter Institution ergaben sich das Befehlsprinzip und das Prinzip der militärischen Einzelleitung. Die MfS-Mitarbeiter führten Dienstgrade, schworen bei der Einstellung den eingangs zitierten Eid auf die Fahne der DDR und unterstanden militärischem Disziplinarrecht.

Determiniert waren die Grundmuster der Kaderpolitik und Kaderarbeit des MfS neben Parteigebundenheit und militärischer Struktur durch seinen Charakter als zentralisiertem Repressions- und Sicherheitsapparat, in dem geheimdienstliche, polizeiliche und staatsanwaltliche Funktionen vereint waren. Hieraus ergab sich die extrem große Zahl von Mitarbeitern, die alle den strengen Sicherheitsanforderungen genügen mußten. Vor allem aber mußten die Mitarbeiter bereit und in der Lage sein, mit den Methoden der Staatssicherheit zu arbeiten. Dazu waren "Tugenden" wie unbedingte Pflichterfüllung und Gehorsam, Verschwiegenheit, Fähigkeit zur glaubhaften Verkörperung legendierter Biographien, Führungsqualitäten gegenüber inoffiziellen Mitarbeitern und Fähigkeiten zur Beeinflussung anderer Menschen, Vermeidung von Angriffspunkten für "feindliche" Kräfte usw. herauszubilden.[18]

Aus der Verknüpfung dieser drei Elemente, der Rolle als treue Parteiarbeiter, den militärischen Ordnungsprinzipien und den geheimdienstlichen Anforderungen, entsprang die Virulenz und Selbststilisierung der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit als verschworene Elite. Die für die sowjetischen Tschekisten üblichen Titulierungen als "Ritter der Revolution" oder

---

16 Vgl. Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 10.2.1960; Gesetzblatt der DDR 1960, Teil I, S. 89. Zur kaderpolitischen Funktion vgl. die nicht veröffentlichte Anlage 1: Zuständigkeitsbereich und Aufgabengebiet des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik; BStU, ZA, SdM 408, Bl. 364-367; sowie Otto Wenzel: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989; Köln 1995, S. S. 17-29, S. 46-51 und S. 249-251.

17 Beschluß über die "Offiziere im besonderen Einsatz" des Ministeriums für Staatssicherheit und über die Richtlinie für die Parteiarbeit mit den Offizieren im besonderen Einsatz u.a. inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, Anlage 2 zum Protokoll der 14. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 25.2.1957; BA, MZAP, VA - 01/39556.

18 Einige dieser Aspekte sind in den Verpflichtungserklärungen für einzustellende Mitarbeiter angesprochen; vgl. exemplarisch: Dienstlaufbahnordnung 1966, Anlage 4. Eine Reihe dieser Eigenschaften erscheinen - bezogen auf westliche Geheimdienste - in negativ gespiegelter Form in: Juristische Hochschule: Lehrbuch - Die imperialistischen Geheimdienste in der Gegenwart, Teil II: Die Arbeitsweise der imperialistischen Geheimdienste bei der Realisierung ihrer Funktionen, Kapitel 9: Das Geheimdienstpersonal, Potsdam 1988; [BStU, Abt. Bildung und Forschung, Bibliothek], S. 70-115, hier S. 77-87.

auch "proletarische Jakobiner" waren zwar für das MfS nicht gebräuchlich, sie spiegeln aber dennoch die Traditionslinien wider, denen sich die MfS-Mitarbeiter verpflichtet fühlten.[19]

Die kaderpolitischen Grundsätze des MfS waren in dienstlichen Bestimmungen festgeschrieben. Die wichtigsten Dokumente sind in diesem Zusammenhang die Kaderordnungen aus den Jahren 1953, 1964, 1969 und 1989, in denen Einstellung und Entlassung sowie Bildung und Erziehung, Dienstverhältnisse, die MfS-Nomenklatur und andere zentrale Modalitäten der Kaderarbeit geregelt wurden. Daneben gab es eine Unzahl weiterer dienstlicher Bestimmungen, die den Dienst der MfS-Mitarbeiter normierten. Um nur die wesentlichen zu nennen: Dienstlaufbahnordnungen, Besoldungs- und Disziplinarordnungen sowie umfangreiche Bestimmungen zur Kaderplanung. Während in den fünfziger und frühen sechziger Jahren die kaderpolitische Entwicklung noch Gegenstand intensiver Beratungen und Diskussionen im Kollegium des MfS war, blieb sie später - analog zum allgemeinen Bedeutungsverlust des Kollegiums - vorrangig dem Minister und der für Personalfragen zuständigen Hauptabteilung Kader und Schulung (HA KuSch) vorbehalten, die umfangreiche Berichte zu fertigen hatte.[20]

---

[19] Vgl. Erich Mielke: Feliks Edmundowitsch Dzierzynski - Ritter der Revolution, in: Mielke: Sozialismus, S. 267-272; Jurij W. Andropov: Kommunistische Überzeugung - Eine große Kraft der Erbauer einer neuen Welt. Rede auf der Festveranstaltung anläßlich des 100. Geburtstages von Feliks Edmundowitsch Dzierzynski in Moskau, 9. September 1977, in: ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, Ministerium für Staatssicherheit, Juristische Hochschule Potsdam 1981, S. 315-332, hier S. 316.

[20] Zur HA KuSch vgl. den Beitrag des Verfassers, in: Anatomie der Staatssicherheit, MfS-Handbuch (künftig: Handbuch), hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1995 [erscheint demnächst].

2. Rekrutierung

Die Werbung und Einstellung neuer Mitarbeiter hatte aufgrund des ständigen Wachstums des Apparates große Bedeutung. Hinzu kam in den fünfziger und sechziger Jahren eine relativ starke Fluktuation unter den Mitarbeitern, die den Kaderbedarf weiter steigerte. So war in den Kaderordnungen von 1964 und 1969 die Notwendigkeit "kontinuierlicher" bzw. "planmäßiger und kontinuierlicher Zuführung von neuen Kadern" festgeschrieben.[21]

2.1. Normative Grundlagen

Das MfS verfügte zunächst über keine eigenen normativen Bestimmungen, in denen Einstellungsvoraussetzungen formuliert gewesen wären. Einem Material der MfS-internen Traditionspflege zufolge dienten in den ersten Jahren die 1948 maßgeblich vom damaligen Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern, Erich Mielke, auf der "staatspolitischen Konferenz" in Potsdam-Werder formulierten Grundanforderungen an das Personal im Staatsapparat als Leitlinie.[22] Zum Prüfstein für die "fortschrittliche demokratische Gesinnung" war danach das "Eintreten für die demokratische Einheit Deutschlands" und eine "positive Einstellung zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie" erklärt worden. Gefragt waren keine "Berufsbeamten", sondern ein "neuer Typus" von Angestellten: Vor allem Betriebsarbeiter, Angestellte, Bauern und Angehörige der "fortschrittlichen" Intelligenz sollten den Verwaltungsapparat stärken.[23] Die nähere Ausgestaltung dieser Grundsätze liegt noch weitgehend im dunkeln. Ein nachhaltiger Einfluß der sowjetischen Instrukteure ist evident, aber im einzelnen schwer nachzuweisen. Programmatische oder normative Dokumente zur Einstellungspolitik der frühen Jahre liegen nicht vor, so daß die Forschung weitgehend auf die Einstellungspraxis als Abbild der Normen angewiesen ist.

Die ersten überlieferten normativen Bestimmungen erließ der Staatssekretär für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, nach der Junikrise im November 1953. Dem entlassenen Minister Wilhelm Zaisser war vorgeworfen worden, er habe sein Ministerium gegenüber der Partei abgeschottet - eine Behauptung, die auch unter kaderpolitischen Aspekten eine Überprüfung wert wäre. Die bislang bekannten Informationen über das Personal der Jahre von der Gründung bis zur Entlassung Zaissers deuten allerdings daraufhin, daß mit der von seinem Nachfolger

---

21 Bestimmungen [des Ministers] für die Arbeit mit den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit vom 31.12.1964 (künftig: Bestimmungen 1964), und vom 1.5.1969 (künftig: Bestimmungen 1969); beide in: BStU, ZA, DSt 102241.

22 Leiter der HA KuSch [o.D.], Vorschlag für die Gestaltung des Traditionszimmers der HA Kader und Schulung; BStU, ZA, HA KuSch Leitung 25, unerschlossenes Material (künftig: Traditionszimmer).

23 Zentralsekretariat der SED, Beschlüsse der Arbeitstagung für Verwaltungsfragen und Landespolitik am 23. und 24. Juli 1948 in Werder/Havel; SAPMO-BA, ZPA, Nachlaß 182/1085 [Nachlaß Walter Ulbricht], Bl. 120; vgl. Erich Mielke: Die Personalpolitik in der Verwaltung. Aus dem Referat auf der Ersten Staatspolitischen Konferenz der SED in Werder (Havel), 23./24.7.1948, in: Mielke: Sozialismus, S. 19-25.

Wollweber erlassenen Dienstanweisung 43/53 in dieser Hinsicht kein grundsätzlicher Kurswechsel verbunden war.[24] Als "Einstellungsbedingungen" wurden dort genannt:

> "Die Einstellung in das Staatssekretariat für Staatssicherheit wird aus den überprüften und politisch einwandfreien Mitgliedern der SED und FDJ vorgenommen, hauptsächlich aus den Reihen folgender Genossen:
> 1. Die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben
> 2. Die wegen kommunistischer Tätigkeit in den faschistischen Konzentrationslagern und Strafanstalten gesessen und sich bewährt haben
> 3. Die in der Sowjetunion als Emigranten oder Kriegsgefangene gewesen sind und sich dort gut bewährt haben
> 4. Die aktiv am demokratischen Aufbau Deutschlands teilgenommen haben bzw. nehmen
> 5. Die sich während der Ereignisse des 17. Juni 1953 treu und ergeben für die Partei eingesetzt haben."[25]

Diese Auflistung bestimmte recht genau, wer für den Dienst im MfS geeignet erschien, nämlich langjährige und im Widerstandskampf bzw. Exil bewährte Kommunisten. Zugleich ließ ihre Formulierung aber einige Spielräume offen, die ein pragmatisches Vorgehen bei der Kaderwerbung ermöglichten. So war die SED-Mitgliedschaft nicht zwingend, es genügte, in der FDJ zu sein. Und mit der Gleichsetzung von Emigranten und Kriegsgefangenen eröffnete sich eines der klassischen Kaderreservoirs der SED in der Nachkriegszeit, nämlich die Absolventen der Antifa-Schulen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern. Weitere Vorschriften über die Eigenschaften eines Werbungskandidaten gab es nicht; er sollte lediglich politisch, fachlich und moralisch untadelig sein, Verbundenheit mit der Arbeiterklasse, ihrer Partei SED, der DDR sowie der Sowjetunion und den Volksdemokratien zeigen und somit die Gewähr bieten, daß er sich "zu einem guten Mitarbeiter entwickelt".

In den Bestimmungen von 1964 und 1969 wurden die Bedingungen dann neu formuliert. Parteilose wurden - in Abwandlung der vorherigen FDJ-Regelung - ab 1964 nur noch zugelassen, wenn sie "aktive Mitglieder von Massenorganisationen" waren, seit 1969 waren sie gänzlich ausgeschlossen. Ausnahmen waren nur bei Hilfskräften wie Heizern, Lagerarbeitern usw. möglich. Mit diesen Regelungen waren die Mitglieder von Blockparteien, die in der Kaderrichtlinien weder positiv noch negativ erwähnt sind, faktisch ausgeschlossen. Des weiteren wurden unter anderem verlangt:

- Klassenbewußtsein und Parteiverbundenheit,
- positive Beurteilungen aus dem bisherigen Lebensumfeld,
- "Klarheit” in den Grundfragen der Politik der Partei,

---

24 Exemplarisch sei hier auf die Biographien der vor 1953 eingestellten leitenden Offiziere des MfS verwiesen, siehe Biographischer Anhang des Handbuchs [erscheint demnächst].

25 Dienstanweisung 43/53 des Staatssekretärs, Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit; BStU, ZA, DSt 100885, S. 5-6.

- aktive Beteiligung am Aufbau des Sozialismus und vorbildliche Pflichterfüllung,
- die "erforderlichen" charakterlichen, moralischen und geistigen Voraussetzungen,
- gute Berufs- und Produktionserfahrungen, eine gute Allgemeinbildung und gegebenenfalls eine wissenschaftliche Ausbildung,
- Gesundheit, "Entwicklungsfähigkeit" und möglichst eine militärische Grundausbildung.

Die Kandidaten sollten bei Einstellung mindestens 18 Jahre, beim Einsatz im politisch-operativen oder operativ-technischen Dienst mindestens 21 Jahre alt und möglichst nicht älter als 35 Jahre sein.[26] Bei aller Formelhaftigkeit gab dieser Katalog die Meßlatte vor, an der sich die Einstellungsvorschläge zu orientieren hatten.

In der letzten, offiziell zum 1. November 1989 in Kraft getretenen Kaderordnung 6/89 beschränkte sich die MfS-Leitung lapidar darauf, daß die Einstellungskandidaten "über die kader- und sicherheitspolitischen Voraussetzungen gemäß den Bedingungen zur Einstellung in das MfS verfügen sowie für den Dienst im MfS geeignet" sein sollten.[27]

Umgekehrt gab es auch eine Reihe von Negativkriterien, nach denen eine Einstellung ausgeschlossen war. In den ersten Bestimmungen von 1953 machte hierbei das Einstellungsverbot für ehemalige Nationalsozialisten den wichtigsten Komplex aus. So war es verboten, Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen, ehemalige Mitarbeiter der "Vollzugsorgane" bis 1945, also zum Beispiel Gestapo-Mitarbeiter zu beschäftigen. Ehemalige "aktive Funktionäre" der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel (BDM) waren ebenfalls ausgeschlossen. Schließlich durften keine Personen eingestellt werden, die in den von Nazideutschland besetzten Ländern an der Unterdrückung der Bevölkerung oder der Partisanenbekämpfung teilgenommen hatten.

Der zweite Komplex von Einstellungsverboten umfaßte Personen, bei denen aufgrund ihrer eigenen Vorgeschichte oder verwandtschaftlicher Verbindungen ein erhöhtes Risikopotential für "feindliche" Agententätigkeit vermutet wurde. Hierunter fielen insbesondere Personen, die "längere Zeit in amerikanischer, englischer, französischer oder jugoslawischer Gefangenschaft waren" oder dort eine Schule besucht hatten. Außerdem kamen auch Verwandte von in der SBZ bzw. DDR politisch verfolgten Personen, Mitarbeitern westdeutscher staatlicher bzw. westalliierter militärischer Stellen sowie republikflüchtigen Straftätern nicht in Frage. Schließlich wurden auch wegen nicht-politischer Vergehen Vorbestrafte von der Einstellung ausgeschlossen.[28]

---

26 Bestimmungen 1964, S. 9-10; Bestimmungen 1969, Punkt 2.1.1. bis 2.1.3.

27 Ordnung 9/89 des Ministers über die Arbeit mit den Angehörigen im MfS - Kaderordnung -; BStU, ZA, DSt 103613 (künftig: Kaderordnung 1989), Punkt II/1/101. Zwischenzeitlich waren 1984 in einem "Arbeitsmaterial" die dienstlichen Bestimmungen zur Kadergewinnung zusammengefaßt und die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt worden; Leiter der HA KuSch vom 27.4.1984, Arbeitsmaterial über die Aufgaben bei der Gewinnung und Einstellung neuer Kader in das MfS; BStU, ZA, DSt 103052.

28 Dienstanweisung 43/53, S. 6.

In den Neufassungen von 1964 und 1969 wurde dieser Katalog dann noch erweitert: Personen mit Kontakten zur Westverwandtschaft wurden generell ausgeschlossen, außerdem führten Verwandte in "revanchistischen Organisationen" sowie solche mit "leitenden Funktionen bei Konzernen und wissenschaftlichen Institutionen" auch ohne persönlichen Kontakt zum Ausschluß vom Kreis der potentiellen Einstellungskandidaten. Der Aufenthalt in westlichen bzw. jugoslawischen Kriegsgefangenenlagern fiel hingegen als Ausschlußgrund weg. Abgeschlossen wurde die Auflistung mit einer Generalklausel, wonach auch "andere", nicht näher definierte Gründe zur Ablehnung führen konnten.[29]

Das MfS suchte sich seine Einstellungskandidaten selbst. Personen, die sich aus eigenem Antrieb zum Dienst im MfS anboten, wurde entsprechend den Kaderordnungen im Regelfall die Einstellung verweigert, um das MfS vor gezielten Eindringungsversuchen gegnerischer Geheimdienste zu schützen. Über solche Selbstbewerber wurden aber intensive Nachforschungen angestellt, um die Beweggründe für die Bewerbung zu ermitteln. Handelte der Bewerber aus "ehrlicher Überzeugung" und entsprach er den Einstellungsbedingungen, so war ausnahmsweise die Einstellung zulässig. Von 1968 bis 1975 bewarben sich mindestens 1.409 Personen beim MfS, von denen 21 tatsächlich eingestellt wurden.[30]

2.2. Rekrutierungsfelder

Die ersten MfS-Mitarbeiter stammten aus dem bereits vor der offiziellen Gründung im Februar 1950 existierenden Apparat der Hauptverwaltung bzw. Landesverwaltungen zum Schutz der Volkswirtschaft, wo seit Spätsommer 1949 die Angehörigen der politischen Polizei (K 5) und andere als zuverlässig eingeschätzte Kräfte, vor allem aus anderen Zweigen der Volkspolizei, zusammengezogen wurden. Dieser personelle Kern des Ministeriums war von sowjetischen Geheimdienstoffizieren und den Kaderpolitikern der SED im wesentlichen aus drei Gruppen ausgewählt worden:

- Alte Kommunisten, die schon im illegalen Militärapparat der KPD, als Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg, in kommunistischen Widerstandsgruppen gegen die NS-Diktatur, als Partisanen oder im sowjetischen Exil ihre Parteitreue und Einsatzbereitschaft bewiesen hatten. Manche von ihnen hatten - wie die Minister Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber -

[29] Bestimmungen 1964, S. 10-11; Bestimmungen 1969, Punkt 2.1.4.

[30] Dienstanweisung 43/53, S. 11; Bestimmungen 1964, S. 11; Bestimmungen 1969, Punkt 2.2; vgl. Forschungsarbeit ohne Titel [vermutlich: Horst Bischoff, Dietrich Harbott, Manfred Kirmse, Günter Möller: Zu den Angriffen der imperialistischen Geheimdienste gegen das MfS und den wichtigsten vorbeugenden Aufgaben der Diensteinheiten zur Gewährleistung der inneren Sicherheit], Diss. A JHS Potsdam 1977; vgl. Günter Förster: Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS. Eine annotierte Bibliographie, Reihe A: Nr. 2/1994, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung (künftig: Förster: Dissertationen), S.74 (künftig: Forschungsarbeit innere Sicherheit), Abschnitt 2.3. "Die wesentlichen Aufgaben der zuständigen Diensteinheiten beim Auftreten von Selbstbewerbern für den Dienst im MfS"; BStU, ZA, HA KuSch AKG 4, unerschlossenes Material. In den Bezirksverwaltungen Erfurt, Schwerin und Frankfurt (Oder) wurden Selbstbewerbungen erst ab 1971/72 erfaßt. Für frühere und spätere Zeiten liegen keine Daten vor.

schon im Dienst des NKWD gestanden und so ihre Zuverlässigkeit als Tschekisten unter Beweis gestellt.[31]
- Ehemalige Wehrmachtsangehörige, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft Antifa-Schulen besucht hatten bzw. dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) beigetreten waren; unter ihnen waren auch frühere KPD-Mitglieder, die zur Wehrmacht eingezogen und dann übergelaufen waren.
- Als dritte Gruppe sind schließlich die jungen, - abgesehen von ihrer Mitgliedschaft in der Hitlerjugend bzw. dem BDM - "unbelasteten" Kräfte zu nennen, für die der Zusammenbruch des Dritten Reiches zum prägenden Erlebnis ihrer politischen Sozialisation geworden war und die sich während der Nachkriegszeit in der FDJ engagierten.

Aus diesen Gruppen rekrutierte sich die Gründergeneration des MfS. Die Leitungspositionen hatten dabei die "bewährten" Kommunisten inne, sie personifizierten das vom MfS beanspruchte antifaschistische Erbe. Stellvertretende Minister in den fünfziger Jahren waren (neben Erich Mielke) Otto Walter (KPD, 12 Jahre KZ), Martin Weikert (KPČ, UdSSR-Emigrant, Partisan), Otto Last (KPD, 4 Jahre Zuchthaus/KZ, 2 Jahre Strafbataillon 999), Markus Wolf (UdSSR-Emigrant, KPD) und Bruno Beater (KJVD/RGO, lief 1944 als Oberfeldwebel der deutschen Wehrmacht zur Roten Armee über und wurde Mitglied des NKFD). Von den 20 ersten Leitern von Abteilungen bzw. Länderverwaltungen der Jahre 1950/51 waren 16 frühere KPD- bzw. KPČ-Mitglieder, 11 hatten während der NS-Zeit in Zuchthäusern oder KZ gesessen, 4 hatten im spanischen Bürgerkrieg gekämpft, 6 als Partisanen gedient, 4 waren in der sowjetischen Emigration und 4 waren NKFD-Mitglieder bzw. Antifa-Schüler gewesen. Mit Josef Gutsche fand sich unter ihnen sogar ein Teilnehmer der Oktoberrevolution. Nur zwei von ihnen wiesen keines dieser biographischen Merkmale auf.[32]

Allerdings war die Zahl solcher kampferprobter Genossen in der frühen DDR beschränkt - und zuverlässige Kader brauchte die SED in vielen Bereichen der Gesellschaft. Quantitativ gerieten die alten Kommunisten deshalb schnell in die Minderheit: Wie eine erste Analyse zeigt, waren 1962 gerade noch 1.262 MfS-Mitarbeiter im Dienst (6,4 Prozent), die schon vor 1945 Mitglied der KPD gewesen waren. Es gab noch 14 Spanienkämpfer, 28 Partisanen und 38 UdSSR-Emigranten; 435 MfS-Mitarbeiter waren anerkannte Verfolgte des Naziregimes.[33]

Die Kaderwerbung der ersten Jahre konzentrierte sich vor allem auf die dritte Gruppe. Aus dem FDJ-Apparat, staatlichen Institutionen und insbesondere den "bewaffneten Organen", also

---

31 Vgl. Bernd Kaufmann u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993; Jan von Flocken und Michael F. Scholz: Ernst Wollweber. Saboteur - Minister - Unperson, Berlin 1994.

32 Einschließlich Mehrfachnennungen. Vgl. die Biographien Beater, Engelbrecht, Fomferra, Gartmann, Gold, Gronau, J. Gutsche, Kiefel, Kleinjung, Knoppe, Last, O. Lorenz, Michael, Paczinsky, Rumpelt, Schläwicke, Scholz, Schürrmann, Weikert, Wichert im Biographischen Anhang des MfS-Handbuchs [erscheint demnächst].

33 Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit; BF informiert 1/1994, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, (künftig: Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962), S. 23.

Volkspolizei, Kasernierter Volkspolizei, Grenzpolizei usw., aber auch direkt aus Betrieben, Schulen und Universitäten wurden vor allem junge SED-Mitglieder, aber auch (noch) parteilose FDJler für den Dienst geworben.[34] Insbesondere seit 1952, als im Zuge der 2. Parteikonferenz der SED mit der Verkündung des "Aufbaus des Sozialismus" der innenpolitische Kurs verschärft wurde, reichte die individuelle Werbung nicht mehr aus. Mit Hilfe von Parteiaufträgen und Kampagnen unter den FDJ-Mitgliedern wurde der enorme Bedarf an weiteren Kräften gedeckt.[35] 1955 führte das MfS eine eigene Werbekampagne durch, mit der 3.000 neue Mitarbeiter, vor allem durch die Bezirksverwaltungen, gewonnen werden sollten. Zu diesem Zweck sollten die Personalunterlagen von Verwaltungen und Betrieben, Hoch- und Oberschulen sowie Arbeiter- und Bauernfakultäten nach geeigneten Kandidaten durchgearbeitet werden. Die Kreis- und Bezirksleitungen der SED hatten den Kandidaten mit einem entsprechenden Parteiauftrag die "Notwendigkeit der Arbeit" in den Organen der Staatssicherheit aufzuzeigen. Besonderen Wert legte man darauf, auch ältere SED-Genossen zu finden, die zum Beispiel mit ihren Erfahrungen im "Kampf gegen den Sozialdemokratismus" gegen die Arbeit des Ostbüros der SPD eingesetzt werden sollten.[36]

Die Bilanz dieser frühen Strategien zur Kaderrekrutierung war zwiespältig: Fachliche Ansprüche wurden an die Einstellungskandidaten nicht gestellt, es handelte sich um geheimdienstliche Laien, die bestenfalls als Volkspolizisten eine gewisse Fühlungnahme mit ihrem neuen Arbeitsgebiet aufgenommen hatten. Politische Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft hatten bei der Auswahl absolute Priorität. Die Einstellung von "Fachleuten", zum Beispiel aus der Gestapo, war verboten - und nach derzeitigem Kenntnisstand wurde dieses Verbot auch eingehalten.[37] Aber auch diese Ansprüche konnten nur bedingt eingelöst werden. Die Ermittlungsarbeit im Vorfeld der Einstellungen steckte noch in den Anfängen. Zunächst beschränkten sich die Erkundigungen auf das Einholen einiger Beurteilungen des Vorgesetzten und der zuständigen Parteiorganisation sowie die Angaben des Kandidaten. Entsprechend hoch war später die Quote an disziplinarischen Maßregelungen und Entlassungen.[38]

---

[34] Vgl. hierzu: ebenda, sowie die exemplarische Analyse der Verfasser von MfS-Doktorarbeiten bei Jens Gieseke: Doktoren der Tschekistik. Die Promovenden der "Juristischen Hochschule" des MfS; BF informiert 6/1994 (künftig: Gieseke: Doktoren).

[35] Traditionszimmer; [Heinz Lippmann]: Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24/1956, S. 371; Ein Beleg für eine indirekte Partizipation an der KVP-Werbekampagne steht bislang aus; vgl. Beschluß des Politbüros vom 1.7.1952, in: Dierk Hoffmann u.a. (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau: Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961, München-Zürich 1993, S.110 f.

[36] Dienstanweisung des Staatsekretärs vom 30.3.1955; BStU, ZA, DSt 100958; Auszüge aus der Sitzung der Sicherheitskommission vom 17.3.1955; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 9; Hauptaufgaben der HA Kader und Schulung 1955 [o.A.], SdM 1924, Bl. 284. Vgl. Hochschule des MfS, Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (künftig: Studienmaterial zur Geschichte des MfS), Teil III; BStU, SA 553, S. 88; sowie: Deckname Stabil, Stationen aus dem Leben und Wirken des Kommunisten und Tschekisten Paul Laufer, Leipzig 1988 (MfS-interne Veröffentlichung), S. 73.

[37] Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 24.

[38] Vgl. den Abschnitt "9. Disziplinarmaßnahmen".

Mit dem Erlaß der "Richtlinie über die Werbung von Kadern auf Perspektive" im Juni 1959 wurde erstmals die normative Grundlage einer mittelfristigen Strategie zur Kaderrekrutierung geschaffen. Potentielle Einstellungskandidaten sollten zunächst umfassend "aufgeklärt" und als Inoffizielle Mitarbeiter angeworben werden, um die "politische Zuverlässigkeit, Klassenverbundenheit, geistige Beweglichkeit und Charakterfestigkeit" über einen längeren Zeitraum zu testen. Dem Kandidaten wurde dabei seine vorgesehene Übernahme als hauptamtlicher Mitarbeiter zunächst nicht offenbart. Erstmals wurde nun auch eine fachliche Qualifikation gefordert: Aus den einschlägigen Rekrutierungsgruppen sollten vor allem "Studenten aus der Arbeiterklasse" und "qualifizierte Kader aus der NVA oder VP, die gute militärische bzw. polizeiliche Kenntnisse besitzen oder an Lehrinstituten der NVA bzw. VP ausgebildet werden", angeworben werden. Für jeden Perspektivkader war ein individueller Qualifizierungsplan zu entwerfen, der ihn in bestimmte Studienfächer oder an höhere Politschulen lenken sollte. Nach erfolgreichem Abschluß dieser Ausbildungsgänge konnten die Perspektivkader dann in den hauptamtlichen Dienst des MfS aufgenommen werden - vorausgesetzt, sie hatten sich politisch und in ihrer Spitzeltätigkeit bewährt.[39]

Die novellierten Perspektivkader-Richtlinien der Jahre 1973 und 1985 modifzierten diese Vorschriften. So wurde 1985 festgeschrieben, daß vor der Einstellung mindestens zwei Jahre IM-Tätigkeit liegen sollten. Außerdem legte das MfS Wert darauf, als Perspektivkader vor allem Kandidaten mit Berufserfahrungen in der "materiellen Produktion" zu gewinnen.[40] Die Arbeit mit Perspektivkadern war vor allem für die wachsende Spezialisierung innerhalb des MfS von Bedeutung: Abiturienten konnten gezielt in bestimmte Ausbildungen, zum Beispiel in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Berufen, geschickt werden und standen dann später als Fachleute für die operative Arbeit zur Verfügung.[41]

Die Perspektivkaderwerbung kam nur langsam in Gang: 1961 gab es erst 85 bestätigte Perspektivkader, nach wie vor standen Direktwerbungen im Vordergrund. Im Laufe der sechziger und siebziger Jahre stieg die Zahl aber stetig, 1981 waren es 2.336, der Spitzenwert wurde 1986 mit 2.779 erreicht. Die Quote der später wegen "Nichteignung" abgelehnten Perspektivkader stieg allerdings ebenfalls. Im Zeitraum 1976 bis 1981 lag sie bei 39 Prozent, 1986 schon bei 50 Prozent, 1988 schließlich sogar bei 62 Prozent.[42]

---

[39] HA KuSch vom 4.6.1959, Richtlinie über die Werbung von Kadern auf Perspektive zur Schaffung einer operativen Kaderreserve; BStU, ZA, DSt 101116.

[40] Dienstanweisung 1/73 des Ministers: Werbung von neuen Kadern auf Perspektive; BStU, ZA, DSt 101088; Dienstanweisung 7/85 des Ministers zur Arbeit mit Perspektivkadern; BStU, ZA, DSt 103213.

[41] Als klassisches Beispiel einer solchen Karriere kann der Werdegang des Physikers, HVA-Offiziers und späteren Überläufers Werner Stiller gelten. Vgl. Werner Stiller: Im Zentrum der Macht, Bergisch-Gladbach 1988 (künftig: Stiller, Zentrum); dazu: BStU, ZA, KS 32421/90 [Kaderakte Werner Stiller]. Zum Spektrum der Studiengänge vgl. Gieseke: Doktoren, S. 12.

[42] Abt. Kader der HA KuSch, Bericht über den Stand der Kaderarbeit des MfS im II. Halbjahr 1960; BStU, ZA, HA KuSch AKG 48; AG Koordinierung der HA KuSch vom 14.12.1981, Zusammenfassende Einschätzung zum Stand der Werbung von Kadern auf Perspektive [...]; BStU, ZA, HA KuSch Planung 16a, unerschlossenes Material; HA KuSch, Bericht über Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme [...] bei der Ge-

Ein weiterer, seit der Einführung der Wehrpflicht 1962 zunehmend systematisch genutzter Rekrutierungsweg führte über den Dienst als Zeitsoldat im Wachregiment des MfS bzw. in den Wach- und Sicherungseinheiten (WSE) der Bezirksverwaltungen zur Einstellung als Berufsoffizier bzw. Berufsunteroffizier. Das MfS verfügte über Offiziere in den Wehrkreis- und Wehrbezirkskommandos, die auch als offizielle MfS-Vertreter in den Musterungskommissionen saßen. Diese hatten unter anderem die Aufgabe, in den Musterungsjahrgängen nach geeigneten Kandidaten für das Wachregiment Ausschau zu halten.[43]

Später setzte die Suche nach potentiellen Offizieren und Unteroffizieren noch früher ein. Im Rahmen der Maßnahmen zur "militärischen Nachwuchssicherung für die bewaffneten Organe" schloß das MfS mit dem Verteidigungsministerium 1981 eine Vereinbarung, durch die eine jeweils festzulegende Quote aller potentiellen Offiziers- und Unteroffiziersbewerber dem MfS zustand. Der Auswahlprozeß begann mit der Erstellung von Listen geeigneter Schüler in den siebten Klassen der Polytechnischen Oberschulen. Die Eltern der in Frage kommenden Schüler, später schon bei den Sechstkläßlern, wurden konsultiert. In der neunten Klasse gaben diese Schüler gegebenenfalls Bereitschaftserklärungen zur Offiziers- bzw. Unteroffizierslaufbahn im MfS ab, nach außen wurden sie als NVA-Bewerber geführt. Fortan wurden sie in den "FDJ-Bewerberkollektiven" gemeinsam mit den tatsächlichen NVA-Kandidaten regelmäßig geschult und durchliefen in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) eine vormilitärische Ausbildung. Außerdem sollten individuelle und kollektive "spezifische Maßnahmen der Berufsvorbereitung" zur "Traditionspflege der deutschen Arbeiterbewegung" und der "Freund-Feind-Bild-vermittlung" durchgeführt werden, etwa in "Zirkeln junger Tschekisten". Unmittelbar mit der Einstellung konnten die Kandidaten dann unter anderem an Offiziershochschulen oder an zivile Hochschulen delegiert werden.[44]

Die Forderung nach "Werktätigen aus der materiellen Produktion", die die Reihen der MfS-Mitarbeiter bereichern sollten, wurde zwar - besonders von Erich Mielke - immer wieder erhoben.[45] Eine spezifische Ausrichtung auf die Arbeiterklasse war in der Rekrutierungspraxis der

---

winnung und Einstellung neuer Kader im Jahre 1987; ebenda; Bericht über Ergebnisse und Probleme bei der Planung und Realisierung des Kaderersatzbedarfes im Jahre 1988; ebenda.

43 Dienstanweisung 2/62 des Ministers; BStU, ZA, DSt 101038.

44 Vorläufige Ordnung 12/81 des Leiters der HA KuSch über die Aufgaben zur langfristigen Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses für das MfS - Nachwuchssicherungsordnung -; BStU, ZA, DSt 102789; darin enthalten: Vereinbarung zwischen dem MfNV und dem MfS über die Zusammenarbeit bei der Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses vom 7.5.1981; Ordnung 1/87 des Ministers über die Aufgaben zur langfristigen Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses für das MfS - Berufsnachwuchssicherungsordnung -; BStU, ZA, DSt 103350; zu den praktischen Problemen vgl. Hannelore Holzinger: Erfahrungen der Kreisdienststelle Stendal bei der Gewinnung von Jugendlichen für einen militärischen Beruf (BOB/BUB des MfS), insbesondere die ideologische und psychologische Einflußnahme zur Erreichung der Bereitschaftserklärung; Fachschulabschlußarbeit 24.3.1986; BStU, ZA, MfS MF VVS 799/85.

45 Vgl. etwa: Ausgewählte Schwerpunktaufgaben des MfS im Karl-Marx-Jahr in Auswertung der Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären. Aus dem Referat [des Ministers] auf der erweiterten Kollegiumssitzung vom 4.3.1983; BStU, ZA, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (künftig: ZAIG) 8613 (künftig: Referat Karl-Marx-Jahr), Bl. 139; Referat des Ministers auf der erweiterten Kollegiumssitzung am 7.6.1985; BStU, ZA, SdM 1571, Bl. 115.

siebziger und achtziger Jahre aber weitgehend verschwunden. Praktisch gab es also zwei Merkmale, an denen die Verwendbarkeit für den Dienst im MfS vorrangig gemessen wurde: Erstens Parteitreue bzw. bei jungen Kandidaten, die noch nicht der SED angehörten, aktive Loyalität zum Staate DDR (dokumentiert durch ein überdurchschnittliches Maß an "gesellschaftlichen Aktivitäten" namentlich in der FDJ), sowie die Bereitschaft zum Parteieintritt, zweitens ein Verhalten, das den politischen und charakterlichen Ansprüchen auch bei intensiver Durchleuchtung des persönlichen Umfeldes durch die Kaderermittler des MfS genügte. Hinzu kam ein weiterer Faktor, der dem Einfluß des Kandidaten mehr oder minder entzogen war: seine Verwandtschaft. Mit großem Argwohn beobachtete das MfS etwaige Westverbindungen oder unbotmäßiges Verhalten (zum Beispiel durch einen Ausreiseantrag) in der Verwandtschaft der Kandidaten und ihrer Lebenspartner. Nicht selten wurde ein Einstellungsvorschlag nach langwieriger Vorarbeit hinfällig, wenn der potentielle Mitarbeiter eine Freundin kennenlernte, die nicht bereit war, den Briefkontakt zur Oma oder Tante im Westen aufzugeben. Bei allen Vorteilen, die das MfS aus der Geheimdienstarbeit "in einem halben Lande" ziehen konnte, erwiesen sich hier die deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten als Last, die seit der Intensivierung der Kontakte in den siebziger Jahren immer schwerer wog.

Die Kaderwerber des MfS griffen daher in wachsendem Maße auf den Teil der DDR-Bevölkerung zurück, von dem sie am sichersten sein konnten, daß er ihren Anforderungen entsprechen würde: die Familienangehörigen ihrer eigenen Mitarbeiter. Frauen von MfS-Offizieren wurden gerne in den nicht-operativen Bereichen eingesetzt, Kinder aus MfS-Familien in den achtziger Jahren schon in der sechsten Klasse durch EDV-Listen erfaßt. Für sie wurden - zusätzlich zur allgemeinen militärischen Nachwuchssicherung - gesonderte Programme zur frühzeitigen Bindung an das "Organ" entworfen.[46] Die Analyse der Kaderakten zeigt, daß fast jeder Mitarbeiter des MfS einen oder mehrere Familienangehörige hatte, die ebenfalls in den Reihen der Tschekisten dienten.

In den achtziger Jahren registrierten die Personalplaner der Hauptabteilung Kader und Schulung aufmerksam die Symptome einer Krise in der Kaderwerbung. Die Analyse des "Kaderersatzbedarfes", berechnet bis zum Jahr 2003, zeigte eine Scherenentwicklung: Während die Aufbaugeneration des MfS dem Rentenalter näherrückte, verringerte sich infolge des Geburtenrückgangs das Rekrutierungspotential in den Musterungsjahrgängen merklich. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde diese Entwicklung prognostiziert und in umfangreichen Gutachten und Berichten untersucht.[47] Während zuvor etwa 11 Prozent der männlichen Wehrpflichtigen für Militärberufe hätten geworben werden müssen, so erläuterte der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung den Kaderfunktionären des sowjetischen KGB, sei dieser

---

[46] Leiter der HA KuSch vom 27.2.1985, Arbeitsdokument zur Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses im MfS; BStU, ZA, HA KuSch 342, Bl. 92-117; vgl. Wolfgang Schwanitz: Welche Aufgaben hatte ich als Leiter der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, in: Zwiegespräch - Beiträge zur Aufarbeitung der Staatssicherheitsvergangenheit 9 (1992), S. 1-14, hier S. 11.

[47] Vgl. HA KuSch, Abteilung Plg. 15(3), unerschlossenes Material.

Wert für 1989 auf 15 Prozent gestiegen, gleichzeitig müßten 30 Prozent als Zeitsoldaten verpflichtet werden. Da dies weder ökonomisch vertretbar noch praktisch machbar war, wurden die Einstellungszahlen reduziert und damit mittelfristig die Größe des Gesamtapparates zwangsläufig in Frage gestellt.[48] Zu diesem demographischen Problem kamen allerdings "Aufweichungstendenzen" in der Jugend, die das MfS noch viel mehr beunruhigen mußten: Mit der Zahl der Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR wuchs die Zahl von DDR-Bürgern, die aufgrund verwandtschaftlicher Verbindungen für das MfS nicht mehr in Frage kamen. Zugleich sank die Attraktivität militärischer Berufe und besonders des MfS-Dienstes aufgrund pazifistischer und "westlich-dekadenter" Wertorientierungen sowie dem Arbeitskräftemangel in der DDR-Wirtschaft, der zu verstärkten Bemühungen der Betriebe führte, ihre Mitarbeiter durch Anreize zu binden.[49] Die schleichende Erosion der SED-Herrschaft machte auch vor der Kaderrekrutierung des MfS nicht halt.

---

[48] Vgl. Leiter der HA KuSch vom 19.4.1989, Vorlage: Erfahrungsaustausch zu ausgewählten Fragen der Kaderarbeit zwischen leitenden Mitarbeitern der Kaderorgane des Komitees für Staatssicherheit und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR; BStU, ZA, HA KuSch AKG 53, unerschlossenes Material (künftig: Erfahrungsaustausch KfS 1989).

[49] Für alle "bewaffneten Organe" vgl. den vom MfS aus dem MfNV "inoffiziell" beschafften Bericht über Ergebnisse, Probleme und Aufgaben der Sicherung des militärischen Nachwuchses - Entwurf - ; eingereicht vom Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Nationale Verteidigung Armeegeneral Heinz Keßler, erarbeitet vom Chef Kader im MfNV, [handschriftlich]: Quellenschutz beachten! Dezember 1988; BStU, ZA, HA KuSch AKG 53, unerschlossenes Material. Für das MfS von zentraler Bedeutung: Information des Leiters der HA KuSch [vom Juli 1986 für die Mitglieder des Kollegiums] über Probleme und Erfordernisse zur Entwicklung des Kaderbestandes und der Realisierung des Kaderbedarfes des MfS bis 1990 und darüber hinaus unter Beachtung der demographischen Entwicklung der DDR; BStU, ZA, ZAIG 5345, Bl. 14-19; Abt. 8 der HA KuSch [o.D.], Fragen, Probleme, Bedingungen und Tendenzen in der Gewinnung von Soldaten auf Zeit aus dem Wachregiment "F. Dzierzynski" Berlin, von Kindern Angehöriger des MfS und anderer Jugendlicher aus dem zivilen Sektor als Berufssoldaten für das MfS; BStU, ZA, HA KuSch Ltg. 13, unerschlossenes Material.

3. Mitarbeitertypen

Einen einheitlichen MfS-Begriff für die hauptamtlichen Mitarbeiter gab es nicht. Am gebräuchlichsten war der Begriff "Angehörige des MfS". Nach dem Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit waren dies "alle weiblichen bzw. männlichen Mitarbeiter des MfS, die entsprechend den dienstlichen Bestimmungen in das MfS eingestellt und attestiert wurden und einen Dienstgrad besitzen".[50] Neben diesen - der dienstrechtlichen Form nach militärischen - Mitarbeitern gab es noch Zivilbeschäftigte sowie die hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter.[51]

3.1. Berufssoldaten

Die ganz überwiegende Zahl der MfS-Mitarbeiter waren Berufssoldaten. Ihr Dienstverhältnis war entsprechend den NVA-Berufssoldaten gestaltet, seit 1972 betrug die reguläre Mindestdienstzeit 25 Jahre.[52] Bis 1952 führten die Offiziere und Unteroffiziere die Dienstgradbezeichnungen der Volkspolizei, dann wurden sie neu attestiert, das heißt in ihren Fähigkeiten und Leistungen beurteilt und in militärische Dienstgrade eingestuft.[53] 1987 wurden zusätzlich Fähnrich-Dienstgrade für Tätigkeiten eingeführt, bei denen "Facharbeiter mit zusätzlicher Qualifikation bzw. Spezialkenntnissen" gefordert waren bzw. bei denen aus Besoldungsgründen eine Positionierung oberhalb des höchsten Unteroffiziersdienstgrades als notwendig erachtet wurde, ohne sie zu Offizieren zu ernennen.[54]

Die Tätigkeitsbereiche der Berufssoldaten umfaßten das gesamte Spektrum von MfS-Aufgaben. Auf eine Darstellung dieser Tätigkeiten im einzelnen muß hier verzichtet werden. Sie reichten von den Führungspositionen des Ministeriums über die eigentliche geheimdienstliche - im MfS-Sprachgebrauch "politisch-operative" - Arbeit bis zu administrativen Aufgaben und Hilfsarbeiten in den "rückwärtigen Diensten". Das MfS unterschied acht Tätigkeitsbereiche:

---

50 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit", hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Reihe A Nr. 1/93, Berlin 1993, S. 16.

51 Zu letzteren vgl. den Handbuch-Beitrag "Inoffizielle Mitarbeiter" von Helmut Müller-Enbergs [erscheint demnächst].

52 Dienstlaufbahnordnung des Ministers über den Dienst im MfS vom 13.7.1972 (künftig: Dienstlaufbahnordnung 1972); BStU, ZA, DSt 101352, § 25; Ordnung 4/83 des Ministers über den Verlauf des Dienstes im MfS [Dienstlaufbahnordnung 1983]; BStU, ZA, DSt 102944, § 31; in den Dienstlaufbahnordnungen von 1964 und 1966 waren 12 bzw. 10 Jahre Mindestdienstzeit vorgesehen; jeweils § 22.

53 Befehl 212/52 des Ministers vom 15.10.1952 über die Attestierung der Generale und Offiziere des MfS der Deutschen Demokratischen Republik; BStU, ZA, DSt 100043.

54 Änderung der Ordnung 4/83 des Ministers über den Verlauf des Dienstes im MfS, - Dienstlaufbahnordnung MfS - vom 22.5.1987; BStU, ZA, DSt 102944; Schreiben des Leiters der HA KuSch und des Leiters der Abt. Finanzen an die Leiter der Diensteinheiten vom 29.5.1987; BStU, ZA, DSt 103376; Rahmenkatalog über Dienststellungen, Tätigkeitsbezeichnungen und deren Bewertung im MfS vom 22.5.1987 (künftig: Rahmenkatalog 1987); BStU, ZA, ZAIG 7933, Bl. 3-37; vgl. auch: Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 15.5.1987; BStU, ZA, SdM 1572, Bl. 128-192, hier Bl. 190.

1. Führung und Leitung: Leiter und stellvertretende Leiter von Hauptabteilungen, Abteilungen, Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, sowie Referaten im MfS Berlin und in den Bezirksverwaltungen;
2. Operativer/spezifisch-operativer Dienst: IM-führende Mitarbeiter, Beobachter, Ermittler, Terrorabwehrspezialisten, Haftvollzug, Dolmetscher, Untersucher, Fahnder, Kontrolleure der Paßkontrolleinheiten;
3. Operativ-technischer Dienst: Mitarbeiter in Bereichen wie Chiffrierwesen, Funkabwehr/ -aufklärung, Nachrichtenwesen, Datenverarbeitung, Entwicklung und Herstellung von Geheimdiensttechnik;
4. militärisch-operativer Dienst: Mitarbeiter in Bereichen wie Terrorbekämpfung, Objekt- und Streckensicherung, Kontrolle des Personenverkehrs in staatlichen Einrichtungen, Fluggruppe des MfS, Kurierdienst, Schiffsführer;
5. Wach- und Sicherungsdienst: Leiter und stellvertretende Leiter von Wach- und Sicherungseinheiten, Kompaniechefs/Stellvertreter, Zugführer, Innendienstleiter, Gruppenführer, Waffenmeister, Schirrmeister;
6. Rückwärtiger Dienst/finanzielle Sicherstellung: Mitarbeiter in Bereichen wie chemischer Dienst, Bauwesen, Objektverwaltung, Gebäudewirtschaft, Pionierwesen, Ferienwesen, Bekleidung und Ausrüstung, Forstwirtschaft und Gartenbau, Druck und Vervielfältigung, Brandschutz, Lagerwirtschaft, Kfz-Dienste, VS- und Poststellen, Schreibbüros, Sekretariate, Kraftfahrer, Finanzen und Haushalt;
7. Medizinischer Dienst: Ärzte, Schwestern, medizinisch-technisches Personal, Apotheker, Hygiene-Inspektoren;
8. Bereich Kader, Bildung, Ausbildung: Kaderinstrukteure, Offiziere für Kadergewinnung, Lehrkräfte für Hoch- und Fachschulausbildung, Rentnerbetreuung, Mitarbeiter für Kader-, Disziplinar- und Schulungsarbeit, Führung von Karteien und Akten zur Kaderarbeit.[55]

Zu ergänzen ist diese Auflistung um die hauptamtlichen Mitarbeiter, die in die SED-Parteiorganisationen sowie die Apparate von FDJ, DSF und FDGB im Ministerium abgeordnet waren.[56]

In der folgenden Übersicht sind einige für den jeweiligen Dienstgrad in den achtziger Jahren typische Tätigkeitsfelder aufgeführt. In früheren Zeiten lag das Dienstgradgefüge gegenüber den Tätigkeiten entsprechend niedriger. So hatte zum Beispiel Erich Mielke bei seiner Ernennung zum Minister 1957 den Dienstgrad eines Generalleutnants inne, wurde 1959 zum Generaloberst und 1980 zum Armeegeneral befördert.[57]

---

55 Rahmenkatalog 1987.

56 1. Sekretär der SED-Kreisleitung vom November 1986, Katalog zur Besoldung der hauptamtlichen Parteiarbeiter; BStU, ZA, HA KuSch Plg. 8, unerschlossenes Material.

57 Zentralkarteikarte Erich Mielke; BStU, ZA.

Abbildung 2: Dienstgradbezeichnungen[58]

Dienstgrade	Bezeichnung bis 1952	ab 1952	typische Dienststellungen/Tätigkeiten (entsprechend Rahmenkatalog 1987)
Generale		Armeegeneral[59]	Minister
		Generaloberst	stellv. Minister
	Generalinspekteur	Generalleutnant	HA-Leiter/ BV-Leiter
	Chefinspekteur	Generalmajor	HA-Leiter/BV-Leiter
Offiziere	Inspekteur	Oberst	Stellv. HA-Leiter/Abt.leiter/KD-Leiter
	Kommandeur	Oberstleutnant	Abt.leiter/KD-Leiter
	Oberrat	Major	Referatsleiter, Offz. für Planung, IM-führender Mitarbeiter
	Rat	Hauptmann	IM-führender Mitarbeiter
	Oberkommissar	Oberleutnant	Beobachter/Ermittler
	Kommissar	Leutnant	Sekretärin, Krankenschwester
	Unterkommissar	Unterleutnant	Sekretärin
Fähnriche (ab 1987)		Stabsoberfähnrich	Kraftfahrer bei stellv. Ministern
		Stabsfähnrich	Kraftfahrer bei HA-Leitern
		Oberfähnrich	Mitarbeiter im op.-techn. Dienst, Kraftfahrer
		Fähnrich	Mitarbeiter im op.-techn. Dienst
Unteroffiziere		Offiziersschüler	
		Stabsfeldwebel	Handwerker
	Meister	Oberfeldwebel	Handwerker
	Hauptwachtmeister	Feldwebel	(UaZ)
		Unterfeldwebel	(UaZ)
	Oberwachtmeister	Unteroffizier	(UaZ)
		Unteroffiziersschüler	(UaZ)
Soldaten		Stabsgefreiter	Wachdienst
	Wachtmeister	Gefreiter	Wachdienst
	Unterwachtmeister	Soldat	Wachdienst
	Anwärter		

Auf zwei Sondergruppen unter den Berufssoldaten soll hier näher eingegangen werden: die Offiziere im besonderen Einsatz sowie die U-Mitarbeiter.

3.2. Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)

Zur Durchdringung zentraler gesellschaftlicher Bereiche sowie für andere bedeutsame Aufgaben bediente sich das MfS nicht nur seiner Inoffiziellen Mitarbeiter, sondern setzte auch hauptamtliche Mitarbeiter als Offiziere im besonderen Einsatz ein. Sie wurden außerhalb des MfS-Apparates, in der Regel in "sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, der Volkswirtschaft oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" in der DDR oder im Ausland (bzw. der Bundesrepublik) eingesetzt und agierten dort, verdeckt und mit einer

---

[58] Bis 1952 nach Klaus Walther: Uniformeffekten der bewaffneten Organe der DDR. Spezialkatalog, Band I: Ministerium des Innern 1949-1990, Berlin 1993, Anhang; ab 1952: Befehl 212/52 (siehe Anm. 53); Dienstlaufbahnordnung 1972; BStU, ZA, DSt 101352, § 8; Dienstlaufbahnordnung 1983; BStU, ZA, DSt 102944, § 9; Rahmenkatalog 1987.

[59] In der EDV der HA KuSch war außerdem der Dienstgrad "Marschall" als unbesetzt ausgewiesen; DORIS-Standardausgabe, Auftrag Z0Y715, 15.10.1989; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 18 III, unerschlossenes Material.

"legendierten" Biographie ausgestattet, im Sinne des MfS.[60] Die Einsatzgebiete wiesen ein weites Spektrum auf.

Schwerpunkte waren:
- das System der Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben;
- Schlüsselpositionen wie Sicherheitsinspektoren, Kaderleiter, VS-Stellenleiter im Staats- und Wirtschaftsapparat, zum Beispiel in der Staatlichen Plankommission und in den Ministerien. Besonderen Stellenwert genossen in diesem Zusammenhang sicherheitsrelevante Positionen in den anderen bewaffneten Organen der DDR, also NVA, Volkspolizei, Zoll. Außerdem sollten in Betrieben und Institutionen insbesondere die Stellen mit OibE besetzt werden, an denen über den Einsatz von Reisekadern im westlichen Ausland entschieden wurde.[61]
- MfS-Vertreter (Residenten) sowie Wachkräfte in den Auslandsvertretungen der DDR;[62]
- technische Kräfte zur Sicherstellung der Regierungs-Nachrichtenverbindungen der DDR.

Daneben gab es eine Vielzahl weiterer Einsatzfelder: von Fahrern in den Postfuhrämtern über die Bediensteten der DDR-Besucherbüros in West-Berlin bis zu den Mitarbeitern des Sektors Staatssicherheit der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Einsätze im Bereich der Kirchen und der Opposition waren selten.[63] 1988 verfügten 27 Diensteinheiten der MfS-Zentrale über 1.856 OibE, von diesen waren mehr als ein Drittel (665) bei der Hauptverwaltung Aufklärung (Auslandsspionage) und weitere 464 bei den Abteilungen N und XI (Sicherstellung der Nachrichtenverbindungen bzw. Chiffrierdienst der DDR) beschäftigt. 139 gehörten zur Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) bzw. der AG Bereich Kommerzielle Koordinierung, es folgt die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) mit 115 OibE; weitere 440 wurden in den Bezirksverwaltungen geführt.[64]

---

60 Ordnung 6/86 des Ministers über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des MfS - OibE-Ordnung 6/86 -; BStU, ZA, DSt 103276, hier S. 3.

61 Major Heinz Brandur, Major Gerhard Bräunig, Major Gerhard Wiegmann: Die zweckmäßige Auswahl, kontinuierliche zielstrebige Erziehung und Befähigung der OibE/A zur effektiven Lösung der politisch-operativen Aufgabenstellung in ihrem spezifischen Anforderungsbereich; Diplomarbeit JHS 1977; BStU, ZA, S.13-18 (künftig: Brandur u.a.: OibE).

62 Beschluß über die "Offiziere im besonderen Einsatz" des MfS und über die Richtlinie für die Parteiarbeit mit den "Offiziere im besonderen Einsatz" u.a. inoffziellen Mitarbeitern des MfS; Anlage 2 zum Protokoll der 14. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 25.2.1957; BA, MZAP, VA 01/39556; Abt. IX/B der HV A vom September 1988, Instruktion über die Zusammenarbeit der HV A und der Abt. XXIII des MfS beim Einsatz von Objektsicherungskräften in Auslandsvertretungen der DDR [...]; BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber 0008, Bl. 330-341; vgl. die autobiographischen Berichte von Rudolf Nitsche: Diplomat im besonderen Einsatz, Schkeuditz 1994 und Heinz Günther: Wie Spione gemacht wurden, Berlin o.J.

63 Die HA XX/4, zuständig für Kirchen, verfügte 1987 über 8 OibE, die HA XX/5 und XX/9 hatten keine OibE; HA XX, Zuarbeit zur Erarbeitung der Kadernormative für die Hauptabteilung XX; BStU, ZA, HA XX AGL 24. Vgl. Harald Schultze und Waltraut Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer - Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994. Hammer wurde offensichtlich unter Beibehaltung seiner Aufgaben vom IM zum OibE "befördert"; ebenda, S. 144.

64 Abt. Planung der HA KuSch, Kaderbestandsmeldungen 1988; BStU, ZA, HA KuSch Plg. 15 III, unerschlossenes Material.

Nicht nur das Beispiel des bekanntesten OibE, Oberst Alexander Schalck-Golodkowski, sondern auch die Analyse der Führungsetagen des Staats- und Wirtschaftsapparates zeigen, daß spätestens in den achtziger Jahren vor allem die Wirtschaftsplanung und -leitung (Staatliche Plankommission, Ministerrat usw.) mittels der dort angesiedelten OibE auf das engste mit dem MfS verquickt war.

Abseits dieser Aufgabengebiete waren die OibE faktisch eine Restkategorie, in die, wie 1977 drei JHS-Diplomanden kritisierten, zuweilen auch Mitarbeiter abgeschoben wurden, die aus gesundheitlichen, disziplinarischen oder anderen Gründen für den regulären Dienst nicht mehr geeignet waren. Das wohl prominenteste Beispiel einer solchen Behandlung lieferte der Fall des früheren stellvertretenden Ministers Generalmajor Otto Last, der 1957 im Zuge der Wollweber-Ablösung zur Objektverwaltung Wismut abgeschoben, 1960 nach disziplinarischen Verfehlungen degradiert wurde und dann noch sechs Jahre lang als OibE Kaderleiter im Kombinat Schwarze Pumpe war.[65]

Tabelle 1: Offiziere im besonderen Einsatz (Ist-Bestand absolut/Anteil am Gesamtkaderbestand)[66]

Jahr	absolut	in Prozent
1963	263	1,0
1973	1.490	2,8
1983	3.471	4,2
1989	2.232	2,4

Die OibE arbeiteten in der Regel aus Sicht des MfS als "Einzelkämpfer", waren also nicht in die Kontrollmechanismen eines "tschekistischen Arbeitskollektivs" eingebunden, woraus besonders hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer ideologischen Standfestigkeit erwuchsen. Sie sollten sich unter anderem durch "bewiesene Treue und Ergebenheit zur Partei der Arbeiterklasse und feste Verbundenheit mit dem MfS auszeichnen", selbständig und eigenverantwortlich ihre Aufgaben lösen sowie "unter allen Lagebedingungen persönlich unantastbar", also gegen materielle wie geistige feindliche Einflüsse resistent sein.[67] Zum Einsatz als OibE kamen längergediente Berufsoffiziere, aber auch Inoffizielle Mitarbeiter, die sich als Perspektivkader bewährt hatten und deren Aufgabengebiet einen direkten Übergang zum Einsatz als OibE - gewissermaßen als Beförderung - nahelegte, sowie sonstige Einstellungskandidaten. Ein OibE-Einsatz unmittelbar bei Einstellung erleichterte die Legendierung und ergab sich häufig aus dem vorherigen Tätigkeitsfeld des Kandidaten, schuf aber Probleme hinsichtlich der inneren Bindung an das MfS. Im Jahre 1977 setzten sie sich zusammen aus 35 Prozent OibE, die be-

---

65 Brandur u.a.: OibE, S. 12; Kaderakte Otto Last; BStU, ZA, KS 274/66; Zentralkarteikarte Otto Last; BStU, ZA; Brief von Grete Last an Mielke vom 27.12.1960 und Brief von Otto Last an Mielke vom 26.3.1961; BStU, ZA, SdM 1404, Bl. 13-14.

66 Siehe Statistischer Anhang.

67 OibE-Ordnung 1986, S. 4.

reits langjährig in ihrem konspirativen Einsatz waren, 32 Prozent aus dem normalen MfS-Dienst zum OibE-Einsatz Abkommandierten, 21 Prozent vorherigen IM und 12 Prozent "DDR-Bürger[n], die noch nicht mit dem MfS zusammengearbeitet haben, jedoch mit ausgeprägten einsatzobjekt-spezifischen politisch-fachlichen Kenntnissen" ausgestattet waren.[68] Mit Erlaß der OibE-Ordnung von 1986 wurde ein Einsatz ohne vorherige IM-Zusammenarbeit oder hauptamtlichen MfS-Dienst ausgeschlossen.[69]

3.3. U-Mitarbeiter

Die U-Mitarbeiter waren Berufsoffiziere des MfS, die unter strengster - auch MfS-interner - Konspiration besondere Aufgaben zu erfüllen hatten. Sie durften Objekte des MfS nicht betreten und nicht als MfS-Mitarbeiter in Erscheinung treten. Zu diesem Zweck wurden in der Regel Einstellungskandidaten, die zuvor als Perspektivkader ihre Zuverlässigkeit bewiesen hatten, direkt als U-Mitarbeiter eingesetzt. Legendiert waren sie in der Regel durch ein Scheindienstverhältnis bei Organen des Ministeriums des Innern (MdI) oder der NVA. Der höchste bislang bekannte Dienstgrad war Major. Formell geregelt wurden die Besonderheiten ihrer Tätigkeit erstmals durch die im Juni 1986 in Kraft gesetzte U-Mitarbeiter-Ordnung, entsprechende Mitarbeiter gab es aber schon seit den fünfziger Jahren.[70]

Der Einsatz erfolgte auf zwei Gebieten:

Zum einen gab es U-Mitarbeiter in der Hauptabteilung VIII und den Abteilungen VIII (Beobachtung und Ermittlung) sowie den Abteilungen II (Spionageabwehr) einiger Bezirksverwaltungen. Sie sollten Personenbeobachtungen durchführen, bei denen die MfS-Zugehörigkeit des Beobachters auf keinen Fall erkennbar sein durfte, insbesondere bei Operationen zur Abwehr von Spionageaktionen gegen das MfS, gegen Mitarbeiter hoher staatlicher Stellen der DDR sowie Angehörige der bewaffneten Organe, die selbst berechtigt waren, Personen zu überprüfen.[71]

---

68 Brandur u.a.: OibE, S. 47.

69 OibE-Ordnung 1968; Punkt 1.2.1.3.; OibE-Ordnung 1986, S. 6.

70 In den MfS-Dokumenten erfolgt keine explizite Auflösung des Begriffs. Die U-Mitarbeiter werden aber als Mitarbeiter definiert, deren Zugehörigkeit zum MfS weitgehend "unbekannt" ist. Ordnung 10/86 des Ministers über den Einsatz von U-Mitarbeitern im Ministerium für Staatssicherheit - U-Mitarbeiter-Ordnung; BStU, ZA, DSt 103284; Anweisung VIII/6/82 des Leiters der HA VIII zur Regelung von Verfahrensweisen bei der Sicherung der medizinischen Betreuung von Angehörigen des U-Bereiches sowie von hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern der Hauptabteilung VIII; BStU, ZA, HA VIII 565, Bl. 444-451; Protokoll über die Dienstbesprechung in der Abteilung VIII am 23.1.1957; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 105-110, hier S. 109-110; HA KuSch, Bericht über Kaderfragen an das Kollegium am 18.8.1958; BStU, ZA, SdM 1554 (künftig: Bericht 1958), Bl. 231-255, hier Bl. 256; vgl. David Gill und Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991 (künftig: Gill/Schröter: Ministerium), S. 121-122.

71 Leiter der HA VIII vom 24.7.1986, Orientierung zum Einsatz von U-Mitarbeitern in den Arbeitsprozessen der Linie VIII in Durchsetzung der Ordnung 10/86 des Ministers, (künftig: Orientierung); BStU, ZA, HA VIII 565, Bl. 147-153.

Zum anderen wurden sie zur Observation von in Verdacht geratenen MfS-Angehörigen und ehemaligen MfS-Angehörigen eingesetzt. Diese U-Mitarbeiter waren in der Abteilung 4 des Bereichs Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung (sowie einer in der Abteilung Kader und Schulung der Bezirksverwaltung Halle) angesiedelt. Sie wurden erst 1989 als U-Mitarbeiter geführt, zuvor waren sie als OibE eingestuft.[72]

Tabelle 2: U-Mitarbeiter 1986 bis 1989 (Ist-Bestand absolut)[73]

Diensteinheit	Abteilung	1986	1987	1988	1989
HA KuSch	Abteilung Disziplinar 4	-	-	-	50
HA VIII	Abteilung 1	k.A.	k.A.	k.A.	59
BV Schwerin	Abteilung II	-	3	3	-
	Abteilung VIII	28	22	22	-
BV Potsdam	Abteilung II	19	-	-	-
	Abteilung VIII	103	-	-	-
	KD Potsdam	1	-	-	-
BV Frankfurt	Abteilung VIII	12	12	-	-
BV Cottbus	Abteilung VIII	17	17	-	-
BV Halle	Abteilung KuSch	-	-	1	1
	KD Zeitz	-	2	3	3
BV Suhl	Abteilung VIII	8	-	-	-
BV Dresden	Abteilung VIII	6	14	14	14
BV Karl-Marx-Stadt	Abteilung VIII	18	18	16	16
BV Berlin	Abteilung VIII	57	-	-	-
gesamt		269	88	59	143
nachrichtlich: Planstellen		230	184	184	132

Nach dem Erlaß der U-Mitarbeiter-Ordnung wurde zunächst eine Vielzahl von entsprechenden Planstellen eingerichtet. Im September 1986 waren dies 468, bis Dezember desselben Jahres wurde ihre Zahl aber auf 230 reduziert und ging auch in den folgenden Jahren stetig zurück. Analog sank auch die Zahl der tatsächlich vorhandenen U-Mitarbeiter, nur im Jahr 1989 stieg sie infolge der Neuaufnahme der 50 U-Mitarbeiter des Bereiches Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung wieder an. Der Grund für diese Entwicklung lag in der aufwendigen Legendierung der U-Mitarbeiter. So wurde es zum Beispiel ausdrücklich untersagt, U-Mitarbeiter zur Bearbeitung der westlichen Militärmissionen oder zur Überwachung der Transitwege einzusetzen.[74]

---

72 U-Mitarbeiter des Bereiches Disziplinar, Hauptsächliche Aufgabenstellung; Strukturschema U-Mitarbeiter [o.A, o.D.]; BStU, ZA, HA KuSch ohne Signatur, unerschlossenes Material.

73 Jeweils 31.12. des Jahres, 1989 31.10.; zusammengestellt aus: Kaderbestandsmeldungen 1986-1989; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 15 III, unerschlossenes Material; zu den Zahlen der fünfziger Jahre vgl. den Statistischen Anhang. Die U-Mitarbeiter der HA VIII sind nur im Planstellenbesetzungsnachweis der Hauptabteilung, nicht aber in den Kaderbestandsmeldungen ausgewiesen, vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, in: Handbuch 1995 (künftig: Organisationsstruktur MfS) Abschnitt HA VIII, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung.

74 Orientierung, Bl. 149; Abt.Kader 9 der HA KuSch, Zuarbeit zu Ausführungen des Leiters der HA Kader und Schulung [...] am 5.12.1986; BStU, ZA, HA KuSch AKG 19, unerschlossenes Material.

3.4. Soldaten auf Zeit/Unteroffiziere auf Zeit (SaZ/UaZ)

Wehrpflichtige, die sich entsprechend dem Wehrdienstgesetz der DDR freiwillig zu einer verlängerten Dienstzeit von drei Jahren verpflichteten, konnten im MfS im Wachregiment Berlin (ab 1967 "Feliks Dzierzynski") sowie in den Wach- und Sicherungseinheiten (WSE) der Bezirksverwaltungen eingesetzt werden. Bis 1983 wurden sie als "Soldaten auf Zeit" (SaZ), danach als "Unteroffiziere auf Zeit" (UaZ) bezeichnet.[75] Das Hauptaufgabengebiet der Zeitsoldaten lag im Wach- und Sicherungsdienst in den Dienstobjekten der Staatssicherheit. Daneben wurden sie auch als Fach- und Hilfskräfte in den sogenannten sicherstellenden Bereichen (Kfz-Instandsetzung, Bau, Küchenpersonal, Heizer, Glas- und Gebäudereinigung), vor allem der Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) eingesetzt.

Die Zahl der Zeitsoldaten in den regulären Diensteinheiten des MfS (außer dem Wachregiment) lag 1973 noch unter 1.000 Mann und wurde bis 1980 auf ein dann konstantes Niveau von etwa 5.500 Mann gesteigert. Obwohl beim Einsatz der Zeitsoldaten aufgrund der damit einhergehenden Fluktuation erhebliche Sicherheitsbedenken geltend gemacht wurden, sah sich das MfS gezwungen, zur Deckung seines Personalbedarfs auf diese Kräfte zurückzugreifen, zumal die kasernierte Unterbringung und die Nutzung der beruflichen Qualifikationen der Zeitsoldaten für das MfS eine günstige Kosten-Nutzen-Relation implizierten.[76] Zur Kompensation der Sicherheitsrisiken durften SaZ/UaZ nicht im politisch-operativen Dienst eingesetzt werden und keine Kenntnisse über operative Vorgänge des MfS gewinnen. Daneben stellten die Zeitsoldaten ein bedeutsames Kaderreservoir für den Nachwuchs an Berufssoldaten dar.

3.5. Angehörige der Deutschen Grenzpolizei, Transportpolizei und Bereitschaftspolizei (bis 1957)

Seit seiner Gründung bis 1957 verfügte das MfS über paramilitärische Polizeitruppen, die bis 1955 als "Wachbataillone" in den (ehemaligen) Landeshauptstädten, dann als "Innere Truppen", schließlich ab 1956 unter der Bezeichnung "Bereitschaftspolizei" geführt wurden. Sie hatten vor der Unterstellung unter das Ministerium des Innern im Jahre 1957 etwa eine Stärke von 18.500 Mann. Von 1952 bis 1953, sowie von 1955 bis 1957 unterstanden dem MfS außerdem die Deutsche Grenzpolizei sowie von 1952 bis 1957 die Transportpolizei. Dieser - mit den Worten Wollwebers - "militärische Apparat" umfaßte 1955 etwa "50.000 Mann", 1957 nach

---

75 Dienstlaufbahnordnung 1983, § 19-24.

76 Forschungsarbeit innere Sicherheit (siehe Anm. 30), Abschnitt 2.7, S. 1. Zu den Zahlenangaben siehe Statistischer Anhang.

westlichen Schätzungen ca. 65.000 Mann.[77] Nähere Angaben über die Angehörigen dieser Formationen liegen derzeit, von einigen Einzelinformationen abgesehen, nicht vor.

3.6. Zivilbeschäftigte

Neben den militärischen Angehörigen arbeiteten für die Staatssicherheit auch Zivilbeschäftigte. Es handelte sich dabei überwiegend um Handwerker und Hilfskräfte, zum Beispiel Küchenhilfen, Hausmeister in Ferienobjekten, Kellner, Krankenschwestern in den Kindereinrichtungen und anderen. 1960 aber wurde bereits ein Teil der bis dahin tätigen Zivilangestellten "aus Gründen der erhöhten Wachsamkeit" in ein militärisches Dienstverhältnis übernommen. Dies traf vor allem Mitarbeiter, die mit "Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an und in den Dienstobjekten" betraut waren, zum Beispiel Maurer, Maler, Heizungsmonteure usw.[78] Seit Ende der fünfziger Jahre stieg die Zahl der Zivilbeschäftigten, Ende der sechziger Jahre bis Anfang der siebziger Jahre erreichte sie ihren relativen (1969: 5,4 Prozent der Mitarbeiter) und absoluten (1973: 2.658) Spitzenwert. Mit dem Jahresplan 1976 wurde der Bestand massiv abgebaut und die überwiegende Zahl der Mitarbeiter als Berufssoldaten attestiert. Von 1975 bis 1977 sank die Zahl von 2.480 auf 491 zivile Mitarbeiter und fiel dann weiter bis auf einen Stand von 185 (1989).[79]

An die Zivilbeschäftigten wurden weniger strenge kaderpolitische Anforderungen gerichtet; unter anderem mußten sie nicht Mitglied der SED sein. Sie waren im FDGB organisiert, der seit den siebziger Jahren über eine eigene Kreisorganisation im MfS verfügte; ihre Bezahlung war in einem eigenen Rahmenkollektivvertrag geregelt.[80]

---

[77] Das wörtliche Zitat und die Zahl für 1955 in: Referat des Staatssekretärs auf der Dienstbesprechung am 5.8.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 75; die anderen Zahlen nach: Fritz Kopp, Chronik der Wiederbewaffnung in Deutschland, Köln 1958 (künftig: Kopp: Chronik der Wiederbewaffnung), S. 33, 35, 37. Die Bereitschaftspolizei ist mit dem vor 1952 existenten KVP-Vorläufer, den VP-Bereitschaften, nicht identisch; vgl. Jörn Steike: Die Bereitschaftspolizei der DDR 1950 - 1990: Geschichte - Struktur - Aufgaben - rechtliche Ausgestaltung, München 1992; Zur Grenzpolizei vgl. Peter Joachim Lapp: Frontdienst im Frieden - Die Grenztruppen der DDR. Entwicklung - Struktur - Aufgaben, 2. überarb. u. aktual. Aufl. Koblenz 1987, S. 8-16.

[78] Anordnung 9/60 des Ministers zur Attestierung von Zivilangestellten und neueinzustellenden Arbeitskräften für bestimmte Berufsgruppen im MfS; BStU, ZA, DSt 101265.

[79] AIG der HA KuSch vom 18.11.1976, Einschätzung der Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme bei der Umwandlung von Planstellen für Zivilbeschäftigte in Planstellen für Berufssoldaten und der Übernahme von Zivilbeschäftigten in das Dienstverhältnis Berufssoldat; BStU, ZA, HA KuSch AKG 29; Zahlenangaben siehe Statistischer Anhang.

[80] Grundsätze des Ministers für die Arbeit mit den Zivilbeschäftigten im MfS; BStU, ZA, DSt 102239, hier S. 8; Rahmenkollektivvertrag für die Zivilbeschäftigten des MfS vom 1.9.1969; BStU, ZA, DSt 101457; Neufassung vom 28.12.1978; BStU, ZA, DSt 102641.

4. Schulung

Schulung war eines der zentralen Dauerthemen der Kaderarbeit des MfS. Ausgehend vom Grundprinzip der "Einheit von Schulung und Erziehung"[81] bezog sie ihren Stellenwert aus den ständigen Anstrengungen zur Steigerung des politisch-ideologischen und geheimdienstlichen Niveaus der Mitarbeiter. Am Anfang dieser Bemühungen stand ein extrem niedriger Standard des geheimdienstlichen Know-hows und der Allgemeinbildung, aber auch die Kenntnisse des Marxismus-Leninismus waren in der Nachkriegszeit eher oberflächlich und auf die jeweiligen Tagesparolen sowie die Kenntnis einiger kanonisierter Werke wie Stalins "Kurzen Lehrgang" beschränkt. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der frühen DDR, wie etwa der KVP/NVA, wurde im MfS auf die Zuhilfenahme von "bürgerlichen" Spezialisten zur Vermittlung von geheimpolizeilichen Fachkenntnissen verzichtet. Basiswissen wurde von den wenigen erfahrenen kommunistischen Geheimdienstlern und den sowjetischen "Beratern" vermittelt. Allerdings hat es nach heutigem Erkenntnisstand keine organisierte Schulung der MfS-Mitarbeiter durch sowjetische Geheimdienstspezialisten gegeben, abgesehen von der Delegierung von etwa 100 leitenden Kadern 1955/56 zu einem Einjahreslehrgang an die Hochschule des KGB. Vielmehr bildeten die "sowjetischen Freunde", wie es im internen Studienmaterial zur Geschichte der Staatssicherheit heißt, in der praktischen Arbeit der ersten Jahre einen "Stamm bewährter Leiter" aus, von denen "die Erfahrensten" dann mit der "Durchführung der wöchentlichen Fachschulung" beauftragt wurden.[82]

Ein weiterer Grundsatz der Schulungsarbeit wurde formelhaft unter der "Einheit von Theorie und Praxis"[83] gefaßt. Die Aus- und Weiterbildung sollte in engem Bezug zur operativen Arbeit stehen. Praktisch bedeutete dies, daß arbeitsbegleitende Schulungsformen wie Fernstudium, Selbststudium usw. einen hohen Stellenwert gegenüber einem längeren Direktstudium außerhalb des regulären MfS-Dienstes genossen. Außerdem wurde Wert darauf gelegt, einerseits die Leiter von Diensteinheiten zur Ausarbeitung von Lektionen, Vorlesungen usw. in die Mitarbeiterschulung einzubeziehen, andererseits das Lehrpersonal der MfS-eigenen Schulen an der operativen Arbeit teilhaben zu lassen.[84] Zumindest letzteres wurde allerdings nur begrenzt realisiert. Die Professoren und anderen Lehrer der Juristischen Hochschule des MfS kooperierten in Forschung und Lehre zwar eng mit den operativen Diensteinheiten, ein Einsatz außerhalb der mit dem Nimbus des "Elfenbeinturms" behafteten Potsdamer Lehranstalt war aber selten und wurde zuweilen als disziplinarische Bewährung, gewissermaßen "in der Produktion", verstanden.

---

[81] [Leiter der HA KuSch], Disposition zum Erfahrungsaustausch mit Führungskadern des KfS über die Durchsetzung der Kaderpolitik der Partei im MfS, 14. bis 19.10.1985; BStU, ZA, HA KuSch AKG 2, S. 64 (künftig: Erfahrungsaustausch KfS 1985).

[82] Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 18; Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil IV, S. 66 und 68.

[83] Erfahrungsaustausch KfS 1985, S. 64.

[84] Dienstordnung des StfS vom 1.10.1954; BStU, ZA, DSt 100935, Abschnitt XV: Fachunterricht.

4.1. Schulungsinhalte

Inhaltlich umfaßte die Schulung der hauptamtlichen Mitarbeiter vier Richtungen:
Marxistisch-leninistische Politschulung: Die Politschulung wurde in enger Kooperation mit der SED-Parteiorganisation im MfS organisiert und fand vor allem im Parteilehrjahr sowie mittels Delegierungen zu Kreis- und Bezirksparteischulen sowie der Parteihochschule "Karl Marx" statt. Zusätzlich unterhielt die SED im MfS eine eigene Parteischule. Außerdem wurde Marxismus-Leninismus in allen Ausbildungsgängen der MfS-Schulen unterrichtet. Entsprechende Abschlüsse waren Voraussetzung für den Aufstieg in bestimmte Leitungspositionen. In den Anfangsjahren war der Aufbau einer gesonderten politischen Schulung durchaus umstritten, da sich aus dem tschekistischen Verständnis eine enge Verknüpfung von geheimdienstlicher und politischer Ausbildung ergab.[85] Theorie und operative Praxis sollten Hand in Hand gehen, wie es in einer Einschätzung des Bildungsniveaus aus dem Jahre 1963 heißt:

> "Bei der wissenschaftlichen Grundausbildung in der marxistisch-leninistischen Philosophie [wird] Wert darauf gelegt, daß die Kursanten die Fähigkeit erwerben, feindliche Auffassungen in ihrem Wesen zu erkennen, ihre Rolle in der politisch-ideologischen Diversion einzuschätzen vermögen und sich mit ihnen wissenschaftlich polemisch auseinanderzusetzen."[86]

Die Politschulung diente vor allem der Feindbildvermittlung und der Erläuterung der offiziellen parteilichen Sichtweise aktueller Ereignisse und Entwicklungen. In den ersten Jahren wurde etwa die Hälfte der Unterrichtszeit an den Schulen des MfS für Politschulung aufgewendet, später sank der Anteil gegenüber der Fachschulung, blieb aber immer von zentraler Bedeutung. So schlug Minister Wollweber 1957 vor, an der Schule der Hauptabteilung VIII (Beobachtung/Ermittlung), wo die Mitarbeiter in erster Linie Observationstechniken erlernen sollten, den Anteil der ML-Schulung "auf ein Drittel" zu reduzieren sowie den Lehrplan von theoretischen Inhalten zu entrümpeln und aktuelle Themen in den Vordergrund zu rücken. 1989 betrug der Anteil des "marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums" und des "Studiums der Parteibeschlüsse" in den verschiedenen Studienplänen und Lehrprogrammen ebenfalls ein Drittel.[87]

Fachausbildung: Dieser Begriff umfaßte alle Schulungsmaßnahmen, die mit der geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Arbeit des MfS zusammenhingen. Entsprechend dem breiten Spektrum der MfS-Aufgaben gab es in den verschiedenen Linien unterschiedliche Schulungsinhalte. So verfügte die Hauptverwaltung Aufklärung seit ihrer Gründung als

---

[85] Protokoll der 23. Kollegiumssitzung am 17.1.1956; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 131-132.
[86] HA KuSch vom Dezember 1963, Bürovorlage: Einschätzung des Bildungsniveaus im MfS; BStU, ZA, HA KuSch AKG 48, S. 3.
[87] Protokoll der Dienstbesprechung in der Abteilung VIII am 23.1.1957; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 109; Erfahrungsaustausch KfS 1989, S. 55.

"Außenpolitischer Nachrichtendienst" 1951 über eine eigene Schule zur Ausbildung in der Auslandsspionage, ebenso gab es in einigen anderen Diensteinheiten eigene Schulen. Das zentrale Thema in den operativen Diensteinheiten war die Arbeit mit den Inoffiziellen Mitarbeitern, von allgemeinen Grundsätzen bis zu den Spezifika der jeweiligen Abteilungen, also zum Beispiel Problemen bei der Führung von IM, die zur Bekämpfung der "politisch-ideologischen Diversion" eingesetzt wurden, oder der IM-Anleitung zur Ermittlung von Antragstellern auf Ausreise aus der DDR. Diese Spezialthemen wurden auch in der sogenannten Breitenschulung, also den regelmäßigen Schulungen im laufenden Dienstbetrieb unterrichtet. Daneben gab es auch übergreifende Themen wie zum Beispiel 1958 das Strafrechtsergänzungsgesetz, das in allen Diensteinheiten gelehrt wurde.[88]

Allgemeinbildung und Berufsausbildung: Angesichts des niedrigen Bildungsstandes wurde, vor allem in den fünfziger Jahren, das Augenmerk auch auf die Allgemeinbildung der Mitarbeiter gerichtet. So wurde an der Schule des MfS in Eiche 1954 noch Deutsch-Unterricht für die Lehrgangsteilnehmer erteilt. Mit der Steigerung des Niveaus unter den Mitarbeitern und der zunehmenden Rekrutierung von Abiturienten sowie Hoch- und Fachschulabsolventen verlor diese Basisschulung an Bedeutung. Den letzten entsprechenden Kursus bot die Hauptabteilung Kader und Schulung 1965 mit "Konsultationslehrgängen Deutsche Sprache und Literatur" sowie einem "Lehrgang mündlicher und schriftlicher Ausdruck" an.[89] Seit den sechziger Jahren legte das MfS Wert darauf, seine Ausbildungsgänge so zu gestalten, daß diese kompatibel mit dem "einheitlichen sozialistischen Bildungssystem" der DDR waren.

Militärische Ausbildung: Nachdem 1957 die militärischen Verbände des MfS dem Ministerium des Innern unterstellt worden waren, begann in den Diensteinheiten auch eine systematische militärische Ausbildung für alle Unteroffiziere und Offiziere bis zum 40. Lebensjahr, die vor allem die Ausbildung an der Waffe und Dienstsport umfaßte.[90] Neben dieser Grundausbildung wurden die Mitarbeiter mit einer "militärisch-tschekistischen Einzelkämpferausbildung" oder mit einer militärischen Spezialausbildung versehen, die vor allem auf Bürgerkriegsbedingungen, Sabotageakte im Hinterland u.ä. ausgerichtet war (Fallschirmspringen, Tauchen, Sprengen). Die weiblichen Mitarbeiter wurden schwerpunktmäßig, neben Schieß- und Schutzausbildung sowie Dienstsport, mit Sanitäts- und Nachrichtenaufgaben vertraut gemacht.[91]

---

[88] Bericht 1958, Bl. 259.

[89] HA KuSch vom Januar 1965, Vorläufiger Katalog über die Bildungsmöglichkeiten der Angehörigen des MfS; BStU, ZA, DSt 102238 (künftig: Bildungskatalog 1965), hier Punkt 3.3.1. bis 3.3.3.

[90] Befehl 183/57 des Ministers, Militärische Ausbildung für Mitarbeiter des MfS; BStU, ZA, DSt 100193. Die Altersgrenzen für die verschiedenen Ausbildungselementen variierten später.

[91] Dienstanweisung 1/71 des Ministers zur Organisation und Durchführung der militärischen Ausbildung im MfS in den Jahren 1971 bis 1975; BStU, ZA, DSt 101081.

4.2. Schulungsformen

Die Schulung vollzog sich in vielerlei Formen, von der eintägigen Kurzschulung über das individuelle Selbststudium bis zu mehrjährigen Direktstudiengängen. Dabei lassen sich grob drei Schulungsarten unterscheiden:

- die praxisbegleitende Fach- und Breitenschulung in den Diensteinheiten sowie die monatlichen Sitzungen des SED-Parteilehrjahrs;
- Lehrgänge sowie Direkt-, Fern- und Externstudiengänge an den verschiedenen Ausbildungsstätten des MfS, insbesondere der "Bildungszentrale unseres Ministeriums", der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche;[92]
- Teilnahme bzw. Delegierungen zu Lehrgängen und Direktstudiengängen sowie Fernstudien an Bildungseinrichtungen außerhalb des MfS. Hierunter fallen zivile Hoch- und Fachschulen der DDR, die Zentrale Bildungsakademie beim Ministerrat, die Schulen der SED und FDJ, sowie die Schulen der anderen bewaffneten Organe wie NVA und DVP, schließlich entsprechende Ausbildungsstätten in anderen realsozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion.[93]

Eine besondere Rolle unter diesen Bildungseinrichtungen spielte die Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität, deren Ausbildungsgang zum Diplomkriminalisten "in Abstimmung mit dem MdI und der Zollverwaltung inhaltlich vom MfS gesteuert" wurde.[94] Diese Steuerung wurde durch eine Gruppe von MfS-Offizieren im besonderen Einsatz realisiert, die zum akademischen Lehrpersonal der Sektion zählten, darunter auch der langjährige Sektionsdirektor Prof. Dr. Hans-Ehrenfried Stelzer. Diese Gruppe wurde MfS-intern unter der Bezeichnung "Sektion K" als eigenständige Untergliederung des Bereiches Schulung der Hauptabteilung Kader und Schulung mit 25 OibE-Planstellen geführt.[95]

---

92 Rede [Mielkes] auf der Festveranstaltung der Juristischen Hochschule des MfS anläßlich des 75. Geburtstages Walter Ulbrichts (verbunden mit der Verleihung des Promotionsrechts) - Entwurf - vom 21.6.1968; BStU, ZA, ZAIG 4720, Bl. 32. Vgl. den Handbuch-Beitrag zur Juristischen Hochschule von Günter Förster [erscheint demnächst].

93 Für die sechziger und siebziger Jahre vgl. die Bildungskataloge. Zur Ausbildung im Ausland vgl. Einschätzung der AIG der HA KuSch vom 12.2.1976, Einschätzung einiger Probleme der Arbeit mit Absolventen sowjetischer Hochschulen im MfS; BStU, ZA, KuSch AKG 29, unerschlossenes Material.

94 Erfahrungsaustausch KfS 1985, S. 63.

95 Der Diensteinheitenschlüssel lautete 99 40 40. Der Strukturplan weist die Positionen des Leiters der Sektion und seines Stellvertreters, sowie die Stellen von 2 Lehrstuhlleitern, 4 Dozenten, 13 Hochschullehrern, der Sekretärin des Leiters sowie drei weiterer Mitarbeiter als MfS-Stellen aus; Struktur- und Stellenplan der Hauptabteilung Kader und Schulung 1989; BStU, ZA, HA KuSch Plg. 4 I, unerschlossenes Material, S. 63; vgl. Rainer Eckert: Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 7 (1993), S. 770-785, hier S. 778, Anm. 53.

Abbildung 3: Ausbildungsstätten des MfS (ohne Parteischulen)[96]

Ausbildungsstätten	Zeitraum	Bemerkungen
Hochschule des MfS (Potsdam-Eiche) (1951-55 Schule des MfS, 1955-65 Hochschule des MfS, ab 1965 Juristische Hochschule Potsdam - Eiche [intern: Hochschule des MfS])	1951-89	Hochschulstudium Rechtswissenschaft (und Vorläufer) ab 1989 auch Fernstudium Staatswissenschaft
Schule Eberswalde	1953-55	Qualifizierung der KD- und Referatsleiter
Fachschule Teterow	1956-58	Qualifizierungslehrgänge
Schule Gransee	1958-89	Politisch-operative Grundlehrgänge, Ergänzungsstudium für Neueingestellte
Juristische Fachschule des MfS (Potsdam-Eiche)	1970-89	Fachschulstudium Rechts-/Staatswissenschaft
Schule der HV A Belzig, ab 1986 Gosen	1951-90	Ausbildung für Auslandsspionage, Teile des JHS-Studiums für HVA-Angehörige
Schule der HA III "Bruno Beater"	bis 1989	Funkausbildung
Schule der HA KuSch	?	Militärische Ausbildung für Unteroffiziere
(Fach-)Schule WSE Ahrensfelde	bis 1989	Ausbildung im Wach- und Sicherungsdienst
Institut für Fremdsprachen-ausbildung Dammsmühle	1967-86	Fremdsprachenausbildung, 1986 mit Schule der HV A zusammengelegt
Schule der HA VIII	1954-89	Ausbildung zur Beobachtung und Ermittlung
Schule der HA VI	bis 1989	Paßkontrollausbildung
Schule der HA II/20	bis 1989	Ausbildung im Missionsschutz
Schule der HA PS	bis 1989	Ausbildung im Personenschutz

4.3. Phasen der Schulungspolitik

Die Forschung zur schulungspolitischen Entwicklung im MfS steht aufgrund der Vielgestaltigkeit des "komplexen System[s] von Bildungswegen und -einrichtungen"[97] erst am Anfang. Gleichwohl lassen sich - hypothetisch und denkbar grob - vier Phasen unterscheiden:
Die erste Phase von der Gründung bis Ende der fünfziger Jahre war geprägt von einer politischen, fachlichen und allgemeinen Grundausbildung für die Masse der Mitarbeiter. Die Ausbildungsgänge waren kurz, nicht selten hochgradig improvisiert und immer wieder unterbro-

---

[96] Daneben gab es auch in anderen Diensteinheiten mehr oder weniger formalisierte Ausbildungsstätten; vgl. Bildungskatalog 1965; Katalog über die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des MfS, Dezember 1967; BStU, ZA, DSt 102238; ebensolche 1971 und 1975; BStU, ZA, DSt 102237 (künftig: Bildungskatalog 1971 bzw. 1975); Traditionszimmer (siehe Anm. 22); Organisationsstruktur MfS; zur Fachschule Teterow: Brief von Mielke an Honecker vom 7.1.1958, Schule Teterow; Honecker an die Abt. für Sicherheitsfragen, Stellungnahme zum Schulobjekt Teterow des MfS; SAPMO-BA, ZPA, 2/12/110, Bl. 8-9 und 14. Zur Parteischulung vgl. den Handbuch-Beitrag zur SED-Parteiorganisation im MfS von Silke Schumann [erscheint demnächst].

[97] Erfahrungsaustausch 1989, S. 49.

chen von operativen "Feuerwehreinsätzen". Der Leiter der Schule in Potsdam-Eiche berichtete 1954, daß das Unterrichtsjahr der dortigen Einjahreslehrgänge nur zu zwei Dritteln tatsächlich stattgefunden hätte, die übrige Zeit wäre durch "Urlaub und längere Einsätze in Berlin" blokkiert gewesen.[98] Nur allmählich konnte das Leitungspersonal zu ausgiebigeren Lehrgängen geschickt werden.[99]

Mit der Inkraftsetzung der Perspektivkaderrichtlinie und der Ausgabe einer "Arbeitsrichtlinie für die Auswahl und Delegierung von Mitarbeitern des MfS zum Direkt- und Fernstudium an Hoch- und Fachschulen" im Jahre 1959, der Verlängerung des JHS-Direktstudiums auf drei Jahre sowie der Einrichtung eines fünfjährigen Fernstudiums wurde eine zweite Phase mit einer deutlichen Annäherung der Ausbildung an das Hochschulniveau eingeleitet (zweite Phase). In der ersten Hälfte der sechziger Jahre wurden im Fernstudium vor allem die Leitungskader wie Kreisdienststellen- oder Abteilungsleiter einer systematischen Ausbildung unterzogen. Formaler Ausdruck dieser "Akademisierung" der Schulungsarbeit war die offizielle Verleihung des Titels einer "Hochschule für die juristische Ausbildung" durch das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen im Jahre 1965 an die seit 1955 (etwas voreilig) schon intern so bezeichnete Hochschule des MfS.[100]

In das Jahr 1965 fällt auch ein wichtiges Signal zur Systematisierung der Schulungsanstrengungen und damit der Übergang zu einer dritten Phase: Mit der Anweisung zur Erarbeitung von Kaderprogrammen, die die individuellen Aus- und Weiterbildungsanforderungen für jeden Angehörigen des MfS festschreiben sollten, wurde eine neue Qualität der Qualifizierungspolitik erreicht. Außerdem wurde seit 1968 auch die zweite Akademisierungsetappe in Angriff genommen: Die Juristische Hochschule bekam das Recht, selbst Promotionsverfahren durchzuführen und konnte so die Qualifikation ihres Lehrpersonals formal hochschulüblichen Standards angleichen.[101] Wie die zahlreichen Bildungskataloge zeigen, war diese dritte Phase von einem nachhaltigen Interesse an Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter gekennzeichnet.

Die gesamte Entwicklung bis Mitte der siebziger Jahre war von der kaderpolitischen Maxime einer unabdingbaren Steigerung des Qualifikationsniveaus gekennzeichnet. In das Jahr 1977 fällt das erste Symptom einer Trendwende zur vierten und letzten Phase. Unter dem Stichwort "Bildungsökonomie" mahnten die Schulungsplaner des MfS eine zielgerichtetere und effektivere Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter an: Es gäbe "nach wie vor (wenn auch nicht allgemein typisch) solche Erscheinungen [...] wie: schlechthin auszubilden und egal wo und was;

---

98 Mit weiteren Berichten aus anderen Lehrgängen: [Staatssekretärs für Staatssicherheit], Vermerk über die Dienstbesprechung mit Oberstleutnant Bein, Hellwig, Engmann, Becher, Oberst Harnisch und Hauptmann Rüdiger; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 6-9, hier Bl. 7.

99 Als Bilanz dieser Phase zu lesen: Bericht 1958; vgl. auch die in der Diktion der MfS-Traditionsarbeit formulierte Beurteilung in: Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil IV, S. 66.

100 Vgl. Gieseke: Doktoren, S. 3.

101 Ebenda, S. 4; Dienstanweisung 6/65 des Ministers, Erarbeitung von Kaderprogrammen im MfS; BStU, ZA, DSt 101061.

laufend oder mehrmals befinden sich dieselben Angehörigen in der Ausbildung; nicht in allen Fällen erfolgt der Einsatz entsprechend der Ausbildung bzw. es wird nach der Ausbildung auch nicht wirksamer gearbeitet". Im übrigen habe die "Qualifizierung im Prozeß der Arbeit (Parteilehrjahr, Fachschulung) nach wie vor eine Hauptmethode der Erziehung und Befähigung der Kader" zu sein, es gehe "in der Bildung der Angehörigen nicht um mehr (keine Anbetung der Bildung und Schulbesuche), sondern um überlegtere, rationellere und wirksamere Bildungsmaßnahmen".[102] Damit deuteten sich die Grenzen des Wachstums, die in den achtziger Jahren für die Kaderpolitik des MfS bestimmend wurden, bereits an. Die Aus- und Weiterbildung sollte "ökonomisch effektiv gestaltet werden": "zweckmäßigste und kürzeste Bildungswege - keine Über- und Unterqualifikation zulassen", lautete fortan die Maxime in der Schulungsarbeit.[103]

---

102 Unklarer Satzbau im Original; Abt. Schulung [der HA KuSch] vom September 1977, Zum Problem der Bildungsökonomie und ihre stärkere Beachtung bei der Planung und Realisierung der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des MfS; BStU, ZA, HA KuSch AKG 32, unerschlossenes Material, S. 5, 10 und 27.

103 Erfahrungsaustausch 1989, S. 49.

5. Personalbestand

Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS gehörte zu den bestgehüteten Geheimnissen der DDR. Die westlichen Schätzungen für die fünfziger Jahre glichen einem Stochern im Nebel, in den Veröffentlichungen der achtziger Jahren bewegten sich die Vermutungen unter Berufung auf "Experten", also westliche Geheimdienste, bei etwa 25.000 Mitarbeitern.[104] Offensichtlich ist es der Staatssicherheit gelungen, ihren voluminösen Apparat so geschickt zu tarnen, daß aus den Angaben von Überläufern nicht einmal die Größenordnung zutreffend hochgerechnet wurde.

Aber auch in der DDR war die Zahl derer, die sich eine Vorstellung vom Umfang des Apparates machen konnten, begrenzt. Selbst Erich Honecker will sich mit lapidaren (und unzutreffenden) Auskünften seines Ministers für Staatssicherheit zufrieden gegeben haben:

> "Es wird für jeden überraschend sein, [...] daß [...] weder im Politbüro noch im Nationalen Verteidigungsrat [...] jemals die personelle Stärke des Ministeriums für Staatssicherheit festgelegt wurde, so daß ich die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, einschließlich des Wachregiments "Feliks Dzierzynski", so ungefähr auf 35.000 Mitarbeiter schätzte. Über die Anzahl 85.000 hauptamtlicher und 100.000 ehrenamtlicher Mitarbeiter war ich sehr überrascht. [...] Ich fragte Mielke mehrmals, wie stark die Anzahl der Mitarbeiter der Staatssicherheit ist, um einen Überblick zu bekommen. Und er sagte mir damals: 35.000."[105]

Diese Aussage erscheint wenig plausibel. Es wäre bei aller Konspiration sehr ungewöhnlich, wenn das Ministerium für Staatssicherheit in eigener Verantwortung über die Größe seines Personalbestandes hätte verfügen können. Die Eckdaten hinsichtlich der materiellen und finanziellen Ausstattung waren vermutlich Gegenstand der Gespräche zwischen Honecker und Mielke, außerdem war die Kooperation mit den staatlichen Planungsinstitutionen in einigen Punkten unabdingbar. Ein Beleg für Art und Maß der Behandlung dieser Fragen in der Parteispitze steht allerdings bislang aus.[106] Der letzte für das MfS verantwortliche ZK-Sekretär, Egon Krenz, bestreitet ebenfalls, die Zahl der MfS-Mitarbeiter gekannt, geschweige denn, darüber entschieden zu haben.[107]

---

[104] Vgl. für die fünfziger Jahre die Übersicht der Schätzungen in: Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 6; für die achtziger Jahre: Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit, 2. aktual. Aufl. Köln 1984 (künftig: Fricke: Staatssicherheit), S. 51.

[105] Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 369-370.

[106] Ausweislich der Protokolle des Politbüros wurde dort über Strukturdaten des MfS-Innenlebens nicht gesprochen. Dem ehemaligen Leiter der BV Erfurt zufolge wurde Honecker von Mielke über die Mitarbeiterzahlen informiert, die Entscheidungsgewalt lag danach bei Mielke; vgl. Josef Schwarz: Bis zum bitteren Ende. 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit - Eine DDR-Biographie, Schkeuditz 1994, S. 137.

[107] Egon Krenz: Wenn Mauern fallen, Wien 1990, S. 124.

Inwiefern die Planungsinstanzen des Ministerrates, dem das MfS ja formal unterstand, einen Überblick über die finanzielle und materielle Gesamtausstattung des Ministeriums für Staatssicherheit hatten, ist derzeit nicht abschließend zu beantworten. Gegenüber der Staatlichen Plankommission genoß das MfS (wie das Ministerium für Nationale Verteidigung) eine relative Planungshoheit; es hatte das Recht, auf der Basis vorgegebener Orientierungsziffern für das Gesamtwachstum eigene Pläne aufzustellen und lediglich Bedarfsmeldungen an die Plankommission zu geben, die diese wiederum mit Vorrang in den Staatsplan "einzuordnen" hatte.[108] Der Personalbedarf wurde der Plankommission nicht direkt gemeldet, sondern im Ministerium für Nationale Verteidigung zu einer Gesamtzahl für den Militär- und Sicherheitsbereich zusammengefaßt.[109] Ein 1989 an den Minister für Staatssicherheit gerichtetes Ansinnen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission auf Herausgabe der Globaldaten zur Arbeitskräfteplanung und den Personalkosten des MfS wurde von den zuständigen ZK-Sekretären Mittag und Krenz auf Intervention Mielkes hin für "gegenstandslos" erklärt.[110]

Im Ministerium selbst wurde die Zahl der Mitarbeiter getreu dem geheimdienstlichen Grundsatz, daß jeder nur soviel wissen dürfe, wie für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendig sei, ebenfalls nicht verbreitet. Einen präzisen Gesamtüberblick hatte die Abteilung Planung der Hauptabteilung Kader und Schulung bzw. ihre Vorläufer; dort wurde penibel über die Entwicklung des Personalbestandes und seine innere Zusammensetzung Buch geführt. Außerdem verfügte die Soldbuchhaltung der Abteilung Finanzen über entsprechende Daten.

Mit der Auflösung der Staatssicherheit drangen erstmals Zahlen an die Öffentlichkeit. Sie übertrafen die Schätzungen um ein vielfaches und bewegten sich zwischen 85.000 und 100.000 Mitarbeitern. Erstere Angabe wurde vom Regierungsbeauftragten für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, Peter Koch, am 5. Januar 1990 bekannt gegeben.[111] Sie gab den Mitarbeiterstand für Ende November 1989 an, wie ihn die Hauptabteilung Kader und Schulung an den Leiter des Amtes für nationale Sicherheit, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, gemeldet hatte. Die im September 1990 auftauchende Schätzung von 100.000 Mitarbeitern beruhte, soweit rekonstruierbar, auf einer Fortschreibung der Wachstumsraten der Jahre 1973 bis 1982.[112] Auf der Basis einiger Indizien und prozentualer Wachstumsdaten für die Jahre nach 1983 ließ

---

[108] Was hinhaltenden Widerstand der Plankommission gegen die Forderungen des MfS nicht ausschloß; vgl.: Wir waren die Rechner, immer verpönt. Gespräch mit Dr. Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel, Berlin 25.2. und 21.5.1993, in: Theo Pirker u.a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995 (künftig: Pirker u.a.: Plan), S. 67-120, hier S. 107-108.

[109] Schreiben der HA KuSch an die ZAIG, OSL [Oberstleutnant] Treischel vom 25.4.1981; BStU, ZA, HA KuSch Ltg. 13, unerschlossenes Material.

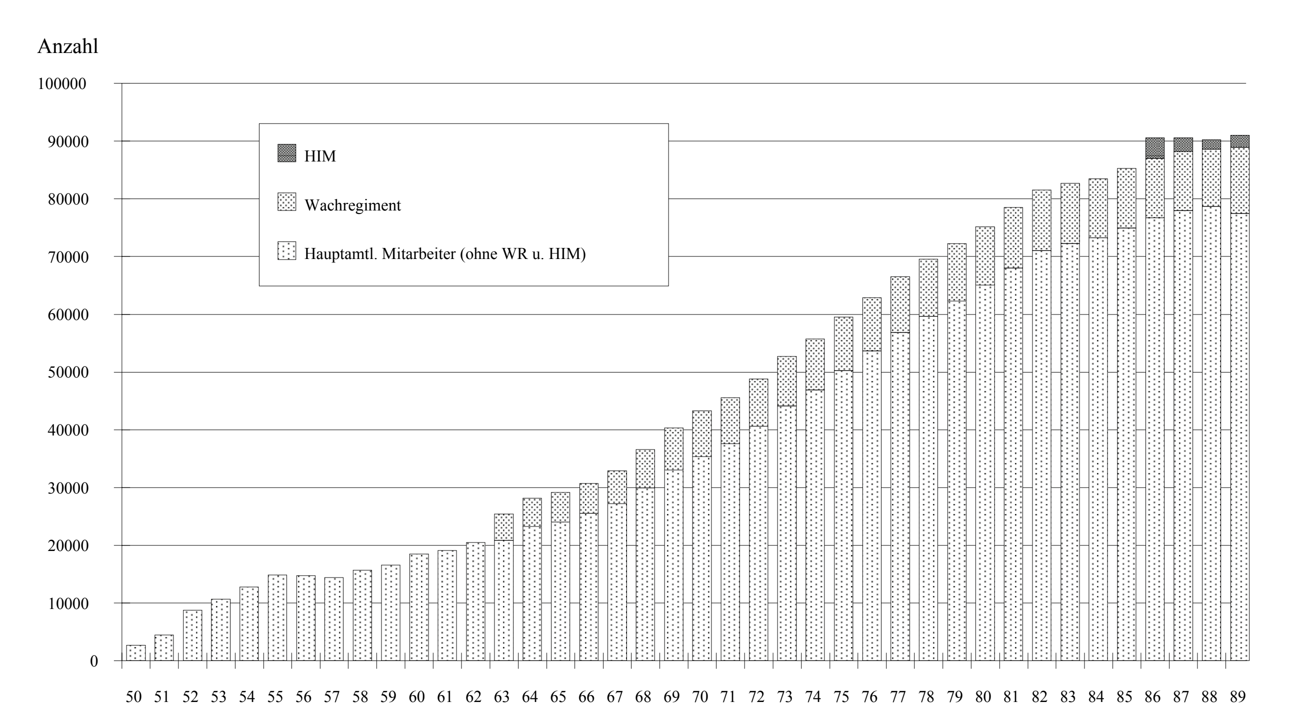
[110] Schreiben des Vorsitzenden der SPK an den Minister für Staatssicherheit vom 9.2.1989, mit Vermerk vom 15.2.1989; BStU, ZA, SdM 60, Bl. 13-15.

[111] Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989; BF informiert 5/1994, hrsg. vom BStU, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1994 (künftig: Süß: Entmachtung), S. 25.

[112] Vgl. Neue Zahlen über Stasi-Bestand, in: Neue Zeit vom 26.9.1990; Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes, Berlin 1991, S. 17; Gill/Schröter: Ministerium, S. 34-35.

sich der Zahlenkorridor später noch etwas begrenzen; es ergab sich eine maximale Größe von etwa 96.000 Mitarbeitern.[113]

Abbildung 4: Mitarbeiterbestand des MfS 1950 bis 1989[114]



Die Angaben zur Personalentwicklung sind auf der Grundlage der Kaderbestandsstatistik, wie sie in der Abteilung Planung der Hauptabteilung Kader und Schulung geführt wurde, rekonstruiert worden (siehe Statistischer Anhang). Für die Jahre vor 1954 liegen keine Originaldaten vor. Die angegebenen Werte der Jahre 1949/50 bis 1953 beruhen auf Schätzungen anhand der zumindest annäherungsweise bekannten Zuwachsraten.[115] Bei der Betrachtung der Daten ist zu beachten, daß die MfS-eigenen Berechnungsgrundlagen mehrmals verändert wurden, was bei der Erstellung der Statistik nicht vollständig durch Nachberechnungen kompensiert werden konnte. Die militärischen Formationen des MfS einschließlich des Wachregiments Berlin sowie die zeitweilig dem MfS unterstellte Deutsche Grenzpolizei und Transportpolizei sind bis 1962 nicht erfaßt. Die Daten des Wachregiments ab 1963 werden daher gesondert ausgewiesen. Ab 1987 sind in den Statistiken auch die hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter (HIM) geführt, was einen sprunghaften Anstieg der Gesamtmitarbeiterzahl von 1986 auf 1987 zur Folge hat.

---

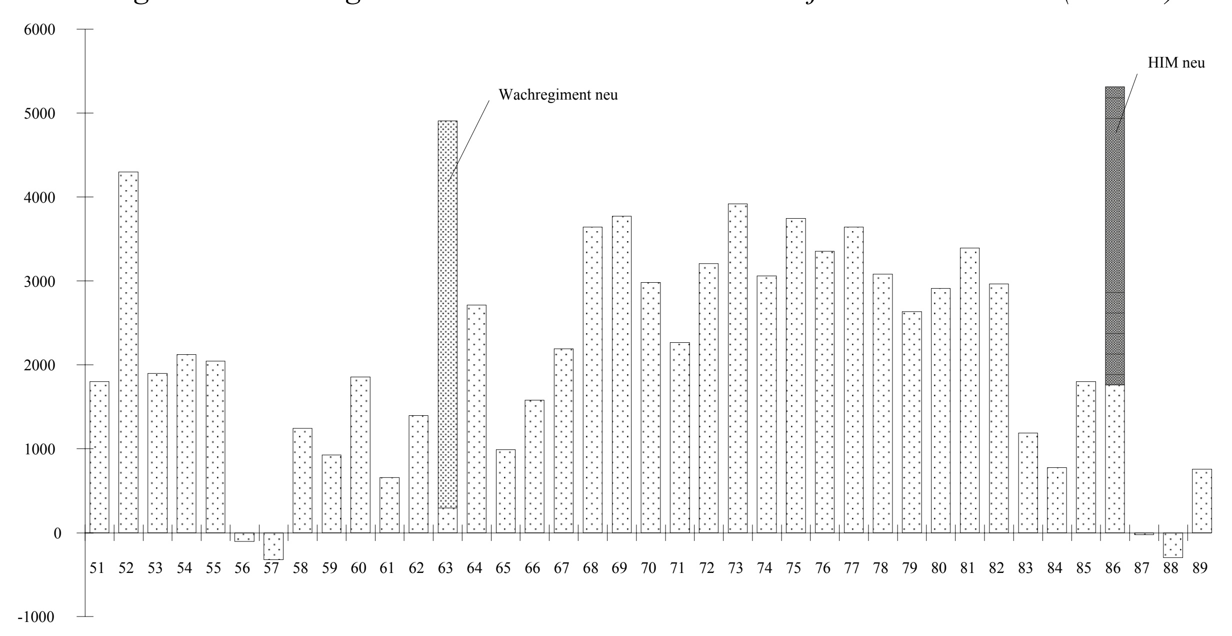
113 Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 5; Hansjörg Geiger: Einführung, in: StUG, Stasi-Unterlagen-Gesetz, (Beck-Texte im dtv), München 1993, S. XIII.

114 Quelle: Kaderbestandsmeldungen, siehe Statistischer Anhang.

115 Näheres vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 7-8. In den MfS-Quellen (Statistiken, Kaderakten usw.) wird das Jahr 1949 regelmäßig als erstes Jahr der MfS-Existenz aufgeführt. Die jeweiligen Angaben beziehen sich nach derzeitigem Kenntnisstand auf die Mitarbeiter der Hauptverwaltung bzw. der Länderverwaltungen zum Schutze der Volkswirtschaft, also dem direkten institutionellen Vorläufer des MfS; vgl. die Beiträge im Handbuch zur Vor- und Frühgeschichte des MfS von Monika Tantzscher und Helmut Müller-Enbergs [erscheint demnächst].

Die Mitarbeiterzahl des MfS unterlag bis zum Amtsantritt Mielkes als Minister 1957 wechselhaften Konjunkturen, danach wuchs der Apparat bis Anfang der achtziger Jahre mit bemerkenswerter Kontinuität. Die folgende Graphik gibt die jährlichen Veränderungen wieder.

Abbildung 5: Veränderung des Mitarbeiterbestandes zum Vorjahr 1950 bis 1989 (absolut)[116]



In den fünfziger Jahren war die Personalentwicklung relativ starken Schwankungen unterworfen. Zunächst wurde der Apparat schnell aufgebaut; ein - allerdings nur geschätzter - Spitzenwert wurde 1952 mit einer ungefähren Verdoppelung erreicht. Dafür waren zwei Gründe von Bedeutung: Im Vorfeld und Kontext des auf der 2. Parteikonferenz der SED ausgerufenen "Aufbaus des Sozialismus" wurde der innenpolitische Kurs verschärft und durch die Bildung der KVP und der GST die Militarisierung der DDR vorangetrieben. Außerdem knüpfte das MfS im Zuge der Gebietsreform sein territoriales Netz enger und zentralisierte durch die Beseitigung der letzten föderalistischen Relikte indirekt den Apparat. An die Stelle der fünf Länderverwaltungen traten die vierzehn Bezirksverwaltungen (die Verwaltung Groß-Berlin sowie die seit 1951 bestehende Objektverwaltung Wismut blieben erhalten), außerdem wurde mit der Zahl der Kreise auch die der MfS-Dienststellen von 132 auf 217 erhöht und der Personalbestand zur Besetzung aller Funktionen aufgestockt.[117]

---

[116] Für das Jahr 1963 ist das Wachregiment, für das Jahr 1986 sind die HIM gesondert ausgewiesen, da diese Gruppen in diesen Jahren erstmals in der Statistik aufgeführt sind. In den jeweils folgenden Jahren sind sie ebenfalls enthalten, aber nicht separat gekennzeichnet.

[117] Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil III, S. 61, 65; Kopp: Chronik der Wiederbewaffnung, S. 77; Rolf Badstübner (Leiter des Autorenkollektivs): Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Aufl. Berlin 1987, S. 150-152; Ministerium des Innern (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Bd. 1: 1945-1961, 2. Aufl. Berlin 1987, S. 204-213; Torsten Diedrich: Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft, in: Bruno Thoß (Hrsg.): Volksarmee schaffen - ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer "verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR 1947-1952, München 1994 (Beiträge zur Militärgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 51), S. 326-336.

Die für das MfS katastrophal verlaufene Juni-Krise 1953 hatte, im Unterschied zu den personellen Konsequenzen an der Spitze und trotz der formalen Herabstufung zum Staatssekretariat, offenbar keine größere Säuberungs- und Entlassungswelle bzw. eine Reduzierung des Personalbestandes zur Folge. Im Gegenteil - bis 1955 wurde der Apparat jährlich um ca. zweitausend zusätzliche Kader ausgebaut. Zu einem Rückgang der Zahlen kam es hingegen infolge eines von Minister Wollweber verfügten Moratoriums in den Jahren 1956 und 1957, über dessen Gründe noch keine Aussage getroffen werden kann. Es durften lediglich entlassene Mitarbeiter ersetzt werden, eine personelle Ausweitung war nicht zulässig, was insbesondere - bei fortdauernder Versetzung befähigter Kader in die Zentrale - in den Bezirksverwaltungen zu einer signifikanten Personalreduktion führte (1956: - 4,1 Prozent; 1957: - 1,1 Prozent).[118]

Seit der Entmachtung Wollwebers und dem Amtsantritt Mielkes wurde der Personalbestand wieder beständig ausgeweitet, jährlich in einer Größenordnung von etwa tausend und mehr Mitarbeitern. Ab 1968 stiegen die Wachstumsraten merklich an: Um fast zehn Prozent wurde der Personalbestand in diesem Jahr aufgestockt. Der absolute Spitzenwert wurde im Jahr 1972 mit 4.608 zusätzlichen Mitarbeitern erreicht. Diese Blütezeit hielt bis 1982 an, in den "langen" siebziger Jahren von 1968 bis 1982 wuchs der Bestand um 122,9 Prozent.

Die Frage nach den Triebkräften läßt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Die hohe Kontinuität seit Ende der fünfziger bis Anfang der achtziger Jahre, aber auch der lange Vorlauf der Kaderrekrutierung und die Planungszeiträume des Ministeriums lassen es zweifelhaft erscheinen, daß einzelne politische Ereignisse starken Einfluß auf die Einstellungszahlen hatten. So ist es etwa nach dem Mauerbau 1961, der ja eine sicherheitspolitische Lageentspannung mit sich brachte, keineswegs zu einer Einschränkung der Personalrekrutierung gekommen. Im Jahr 1971 gab es zwar einen Rückgang, über dessen Zusammenhang mit dem Machtwechsel Ulbricht/Honecker sich spekulieren ließe. Er wurde aber im Folgejahr voll kompensiert.

Zur Erklärung des massiven Zuwachses in den siebziger Jahren (der aber tatsächlich schon 1968 einsetzte) ist hypothetisch auf die Entspannungspolitik und ihre Folgen, etwa den Übergang zu arbeitsaufwendigeren "Zersetzungsmethoden" gegen Oppositionelle, hingewiesen worden, außerdem auf die wachsende Rolle des MfS als "Schmiermittel der Gesellschaft".[119] In den Unterlagen der Staatssicherheit finden sich aber regelmäßig nur sehr allgemeine, wie selbstverständlich formulierte Hinweise auf den "hohen Kaderbedarf".[120] Bedeutung hatte

---

[118] Bislang liegt als dienstliche Bestimmung nur vor: Befehl 50/57 des Ministers: Einstellungen und Entlassungen in den Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit; BStU, ZA, DSt 100181.

[119] Vgl. die Diskussionsbeiträge von Lutz Niethammer, Roger Engelmann und Clemens Vollnhals in: Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 189-191 und 231.

[120] Z.B.: HA KuSch vom 11.10.1967, Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Realisierung der in den Diensteinheiten des MfS erarbeiteten Kaderprogramme; BStU, ZA, KL SED, unerschlossenes Material, Bl. 180-200 (künftig: HA KuSch, Einschätzung Kaderprogramme), hier Bl. 193; Forschungsarbeit innere Sicherheit, S. 25 (siehe Anm. 30).

offenbar die 1965 initiierte Aufstellung von Kaderprogrammen in den Diensteinheiten des MfS, die mit einer großzügigen Ausweitung der Stellenpläne einherging.[121]

In den siebziger Jahren wurden dem MfS aufgrund veränderter politischer Rahmenbedingungen neue Aufgaben zugewiesen bzw. die schon vorhandenen Arbeitsgebiete ausgebaut. Hier sind vor allem die Konsequenzen des Grundlagenvertrages und der damit verbundenen internationalen Anerkennung der DDR zu beachten. Das MfS definierte als neue Aufgaben die Kontrolle und Sicherung der neu eingerichteten diplomatischen Vertretungen und ihrer Mitarbeiter sowie die Bearbeitung von DDR-Bürgern, die Kontakt mit westlichen Vertretungen aufnehmen wollten;[122] damit einher gingen die Überwachung der akkreditierten Journalisten sowie die Kontrolle des wachsenden Besucher- und Transitverkehrs aus Westdeutschland.[123] Unter den operativen Diensteinheiten des MfS betrafen diese Aufgabenstellungen vor allem die Hauptabteilung II, mit ihrer im MfS-Verständnis breit definierten Aufgabenstellung "Spionageabwehr", die sich gegen alle nun verstärkt ins Land strömenden Diplomaten, Journalisten und sonstigen Besucher aus dem Westen richtete. Die Hauptabteilung II wuchs von 1968 bis 1982 auf mehr als das Dreifache von 214 (plus 42 in den später eingegliederten Diensteinheiten Büro der Leitung II und Abteilung XXI) auf 988 Mitarbeiter (286 Prozent). Schon Ulbrichts Wertung der Neuen Ostpolitik als "Aggression auf Filzlatschen" verweist auf die tiefe Unruhe, die die Sicherheitsstrategen der SED im Zuge der als notwendig erachteten und als Erfolg gewerteten partiellen Öffnung zum Westen erfaßte.

Tendenziell wuchsen alle Diensteinheiten, wenngleich die Zuwachsraten anderer wichtiger Diensteinheiten wie der Hauptabteilungen XVIII (Volkswirtschaft: 106 Prozent), XIX (Verkehr: 104 Prozent) und XX (Staatsapparat, Kirchen, Untergrund: 78 Prozent) oder der Hauptverwaltung Aufklärung unter dem Gesamtwachstum von 123 Prozent lagen. Stark ins Gewicht fielen - neben der Kaderverwaltung (406 Prozent) - Diensteinheiten, die eher am Rande der geheimpolizeilichen und -dienstlichen Aufgabenstellung lagen, wie der Personenschutz (135 Prozent) und die Abteilung N (Sicherung der Regierungsnachrichtenverbindungen, 308 Prozent), aber auch operativ-technische Diensteinheiten wie die Abteilung Bewaffnung/Chemischer Dienst (315 Prozent) oder die Abteilung 26 (Telefonüberwachung, 271 Prozent).[124]

---

[121] HA KuSch, Einschätzung Kaderprogramme, Bl. 193-194; HA KuSch vom 28.4.1969, Einschätzung der Ergebnisse und Erfahrungen bei der Überarbeitung der Funktions- und Qualifikationsmerkmale und der Kaderprogramme [...]; BStU, HA KuSch AKG 48, unerschlossenes Material.

[122] Referat [Mielkes] für die Dienstkonferenz zur zentralen Planvorgabe 1975; BStU, ZA, ZAIG 8642, (künftig: Mielke, Dienstkonferenz 1975), Bl. 94-95.

[123] Vgl. Gunter Holzweißig: Klassenfeinde und "Entspannungsfreunde". West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, Berlin 1995 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 2).

[124] Jeweils Wachstum 1982 zu 1968 (fiktives Rechenbeispiel 1968: 100 Mitarbeiter, 1982: 215 Mitarbeiter, Wachstum: 115 Prozent). Vgl. Mitarbeiterstatistik der Diensteinheiten des MfS Berlin 1954-1989.

Zugleich gewann die Berliner Zentrale leicht an Gewicht gegenüber den territorialen Struktureinheiten: Bis 1982 sank der Anteil der Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen von 48,5 Prozent (1968) auf 44,9 Prozent. Möglicherweise lagen die Schwerpunkte des Wachstums dort anders, weil etwa auf die an der "Basis" stärker vertretenen Linien der inneren Überwachung und Kontrolle (XVIII, XIX, XX) ein größerer Anteil zusätzlichen Personals entfiel. Schließlich kam es auch noch zu Neugründungen von Diensteinheiten wie der Abteilung XXII (Terrorabwehr).

Ungeachtet der weiter zu untersuchenden konkreten Entscheidungskriterien läßt sich festhalten: Die Personalentwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit erscheint als Ausdruck des ständig wachsenden Sicherheitsbedürfnisses der Staats- und Parteiführung der DDR, das von einem allzeit präsenten Grundmißtrauen gegen die eigene Bevölkerung und deren Anfälligkeit für westliche Anfechtungen, seien sie nun politischer, materieller oder auch geheimdienstlicher Art, gespeist war. Eine direkte Rückkopplung mit aktuellen Machtgefährdungen spielte für die Personalpolitik keine Rolle, da die Staatssicherheit immer stärker "präventiv" agierte. Der MfS-Apparat wuchs am schnellsten in den Zeiten internationaler Entspannung und zunehmender Anerkennung der DDR. Vor dem Hintergrund der Zuwachsraten dieser Jahre nehmen sich die Mitarbeiterzahlen in den "kältesten" Zeiten des Kalten Krieges bescheiden aus: Zu Honeckers "entwickelter sozialistischer Gesellschaft" gehörte Mielkes umso kräftiger entwickelter Überwachungsapparat. Regulierend scheinen lediglich die personellen und materiellen Möglichkeiten gewirkt zu haben, und auch dies nur in begrenztem Maße, denn die Staatssicherheit stand außerhalb der regulären Planungsmechanismen.

Erst als Anfang der achtziger Jahre die volkswirtschaftlichen Probleme massiv wurden, mußte die Staatssicherheit kürzer treten. Mit seinem Schreiben vom 25. Januar 1983 setzte der Minister Mielke die seit 1981 gültigen "Richtwerte zur Erweiterung des Planstellenvolumens" für 1983 bis 1985 außer Kraft und verfügte, daß der Mitarbeiterbestand per 28. Februar 1983 "grundsätzlich nicht zu überschreiten" sei. Nur bei "neuen, zusätzlichen oder erweiterten Aufgabenstellungen, die nach verantwortungsbewußter Prüfung nicht mit den vorhandenen Kräften gelöst werden können", sollten Stellenplanerweiterungen möglich sein. Durch Umgruppierung der Kräfte, Zusammenfassung gleicher oder ähnlicher Aufgaben sowie Versetzung von entsprechend befähigten Mitarbeitern zur "politisch-operativen Arbeit am Feind" sollte die Arbeit mit dem vorhandenen Personal effektiviert werden.[125]

Mehr oder minder formale Ermahnungen zur "Stellenplandisziplin" und Sparsamkeit, zur Beschränkung auf den vorhandenen Kaderbestand usw. hatte es auch zu früheren Zeitpunkten im MfS gegeben.[126] Aber mit der ultimativen Form beschritt Mielke Neuland. Zum Hintergrund der Entscheidung nahm er einige Tage nach Erlaß der Weisung Stellung: Er nannte die "äußerst

---

[125] Schreiben des Ministers vom 25.1.1983; BStU, ZA, DSt 102910.

[126] Vgl. Schreiben des Ministers an die Leiter der HA, selbst. Abteilung und BV/V vom 14.2.1961: Neueinstellungen in das Ministerium; BStU, ZA, DSt 101644; Mielke, Dienstkonferenz 1975, Bl. 231-232.

anspruchsvollen volkswirtschaftlichen Aufgaben", vor denen die DDR stünde, das Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge sowie "Reduzierungen der geplanten materiellen und finanziellen Mittel", die "nicht ohne Konsequenzen für den künftigen Umfang und die Entwicklung des Gehalts- und Prämienfonds, der Versorgung mit Diensträumen, Wohnungen, Unterkünften und anderen sozialen Leistungen bleiben" könnten. Außerdem erhöhe der große Mitarbeiterbestand auch die Sicherheitsrisiken.[127] Die Statistik freilich zeigt, daß die Wirkung der Anweisung gering blieb. In den Folgejahren sank die jährliche Zuwachsrate von etwa vier Prozent auf unter zwei Prozent, von einem Stellenstopp aber konnte keine Rede sein.

1986 wurden dann ein neuer Anlauf genommen, um die Weisung von 1983 in die Realität umzusetzen. Auf der Grundlage einer Analyse der Probleme der Nachwuchsgewinnung und der Altersstruktur des MfS beschloß das Kollegium im Juli 1986 die Bildung einer Sonderkommission unter Vorsitz des Leiters der Hauptabteilung Kader und Schulung, Generalmajor Günter Möller, die nach Einsparungsmöglichkeiten im Apparat suchen sollte. Dabei sollte das "Ressortdenken" überwunden und eine Erweiterung des vorhandenen Gesamtplanstellenvolumens ausgeschlossen werden.[128] Ab 1987 konnte das Wachstum des Gesamtbestandes dann tatsächlich gestoppt werden. Allerdings wuchs die Zahl der Berufssoldaten weiter, statt dessen wurde die Zahl der OibE und der HIM - offenbar durchaus bewußt - durch Übernahmen in den normalen MfS-Dienst gesenkt.[129]

Am 31. Oktober 1989 verfügte das Ministerium für Staatssicherheit über 91.015 hauptamtliche Mitarbeiter (Berufssoldaten einschließlich OibE und U-Mitarbeitern, Zeitsoldaten, HIM und Zivilbeschäftigten).[130] Davon hatten etwa 51 Prozent operative Aufgaben im weiteren Sinne (Leitung, operativer Dienst, spezifisch-operativer Dienst, operativ-technischer Dienst), der Rest war mit diversen Tätigkeiten zur Unterstützung und Absicherung dieser eigentlichen geheimdienstlichen und geheimpolizeilichen Arbeit betraut oder befand sich in der Ausbildung.

---

[127] [Mielke] vom 31.1.1983, Referat auf der Dienstbesprechung in der HA KuSch zur Verabschiedung des Generalmajor Otto und zur Einführung des Oberst Möller als Leiter der HA Kader und Schulung; BStU, ZA, ZAIG 4815, Bl. 14.

[128] Leiter der HA KuSch von 1986, Information über Probleme und Erfordernisse zur Entwicklung des Kaderbestandes und der Realisierung des Kaderbedarfs des MfS bis 1990 und darüber hinaus [...]; BStU, ZA, SdM 1964; (künftig: Information 1986) Bl. 39-44; Auszug aus der vom Minister auf der Kollegiumssitzung am 2.7.1986 behandelten "Vorlage zu Aufgaben für die weitere Entwicklung des Kaderbestandes sowie die Realisierung des Kaderbedarfes"; BStU, ZA, HA KuSch BStU-Nr. 63; Leiter der HA KuSch, Konzeption zur Erschließung weiterer Reserven für die Erhöhung der Kampfkraft des MfS; ebenda; Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 2.7.1986; BStU, ZA, SdM 1567, Bl. 103.

[129] Vgl. Statistischer Anhang; Abt. Planung der HA KuSch vom 27.1.1989, Einschätzung der Entwicklung des Gesamtkaderbestandes des MfS im Jahre 1988; BStU, ZA, HA KuSch 265, Bl. 11-18.

[130] Nicht enthalten sind die Angehörigen der dem MfS nachgeordneten Betriebe, die nicht in einem Dienstverhältnis mit dem MfS standen (soweit sie dort nicht als OibE eingesetzt waren): VEB Spezialhochbau, VEB Raumkunst, Institut für technische Untersuchungen (ITU), Institut für Wissenschaftlich-Technische Entwicklung (IWTE) sowie der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb Neuhaus.

Tabelle 3: Tätigkeiten der MfS-Mitarbeiter (achtziger Jahre)[131]

Tätigkeit	darunter	Anteil in Prozent
1. Führung und Leitung		8,9
2. Operativer/operativ-technischer Dienst	politisch-operativer Mitarbeiter	15,0
	Mitarbeiter Paßkontrolle/Fahndung	5,6
	sonstige Mitarbeiter	5,5
3. Operativ-technischer Dienst	Funk/Nachrichtenübertragung	3,0
	sonstige operativ-technische Mitarbeiter	8,0
4. Militärisch-operativer Dienst		5,0
5. Wach- und Sicherungsdienst		22,0
6. Rückwärtiger Dienst	Schreibarbeiten	6,7
	rückwärtige Tätigkeiten	13,6
	sonstige administrative Tätigkeiten	1,3
7. Medizinischer Dienst		1,5
8. Bereich Kader, Bildung		1,9
9. Direktstudenten		1,4
10. Politisch-ideologische Erziehung		0,6

[131] EDV-Analyse der Abteilung Planung der HA KuSch [von 1985]; BStU, ZA, HA KuSch, Bereich EDV, Plg. 16a, unerschlossenes Material; Angaben der Auflösungszeit bestätigen die Proportionen dieser Verteilung: Aufgliederung des Kräftebestandes des ehem. MfS/Amt für Nat[ionale] Sicherheit [o.A.], vom 10.1.1990; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 15 III, unerschlossenes Material.

6. Innere Struktur

6.1. Sozialstruktur

In internen Analysen des MfS spielte die soziale Zusammensetzung seiner Mitarbeiter trotz der nominell betonten Bindung an die "Arbeiterklasse" eine eher untergeordnete Rolle. Individualdaten wurden zwar erhoben und statistisch erfaßt, waren aber nicht Gegenstand regelmäßiger Berichterstattung an die Ministeriumsspitze. Nur zu besonderen Anlässen, etwa zur Gestaltung der Traditionsstätte an der Juristischen Hochschule 1984, wurden entsprechende Zahlen zusammengestellt und ausgewertet.[132] Dabei wurde, wie in der DDR üblich, zwischen "sozialer Herkunft" und "sozialer Stellung vor Eintritt in die bewaffneten Organe" unterschieden - beides definiert nach marxistisch-leninistischen Kriterien.

Tabelle 4: Soziale Herkunft (nach MfS-Angaben, in Prozent)[133]

	1950	1962	1975	1988
Arbeiter	96,5	92,3	85,4	78,9
Angestellte	1,5	3,9	8,7	10,6
Einzelbauern	0,9	1,9	1,0	0,5
LPG-Bauern	0,1	-	1,9	2,6
Intelligenz	-	0,6	2,2	6,6
Selbständige Handwerker oder Gewerbetreibende	1,0	1,4	0,8	0,6
Mitglieder von PGH	0,1	-	0,03	0,6
sonstige	-	-	0,04	0,02

Die soziale Herkunft war durch die soziale Zugehörigkeit des Elternhauses, in der Regel durch den Beruf des Vaters definiert. Vergleicht man diese Zuordnung anhand von Kaderakten mit dem realen Beruf der Väter von MfS-Mitarbeitern, so zeigt sich, daß der Grad an systematischer oder diffuser Abweichung unter zwanzig Prozent lag, die Daten also zumindest Tendenzaussagen zulassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Aufstiegsprozesse, wie sie für die Generation der Väter von MfS-Mitarbeitern typisch waren, durch die übliche Definition der "sozialen Herkunft" nicht erfaßt wurden und somit eine statistische "Proletarisierung" erreicht wurde.[134] Diese Vorbehalte schränken die Aussagekraft der MfS-Zahlen erheblich ein, gleichwohl lassen sie einen zunächst hohen, aber sukzessiv sinkenden Anteil von Arbeiterkindern er-

---

[132] Schreiben des Leiters der HA KuSch an den Rektor der Hochschule des MfS vom 31.3.1982; BStU, ZA, HA KuSch 243, Bl. 227; Schreiben der AKG der HA KuSch an den Leiter der AG Arbeit mit den Kadern des Instituts für politisch-operative Leitung der Hochschule des MfS vom 10.7.1984; BStU, ZA, HA KuSch AKG 51, unerschlossenes Material (künftig: Schreiben 1984), Anlage 1: Soziale Herkunft der Angehörigen des MfS.

[133] 1950: ebenda; 1962 (ohne Wachregiment): Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, Anhang; 1975, 1988: EDV-Ausdrucke Auswertung 16; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 18 III, unerschlossenes Material. Rundungsdifferenzen zu 100 Prozent in den Originaldaten.

[134] Vgl. den Abschnitt 3: "Soziale Herkunft" - zur sozialstatistischen Praxis des MfS, in: Gieseke: Doktoren, S. 13-17.

kennen, während der Anteil der aus Angestellten- und Intelligenzfamilien stammenden MfS-Mitarbeiter beständig stieg.

Tabelle 5: Soziale Stellung vor Eintritt in die bewaffneten Organe (nach MfS-Angaben, in Prozent)

	1962	1975	1988
Arbeiter	76,2	74,6	75,2
Angestellte	16,8	15,4	12,2
PGH u.ä.	-	0,04	0,1
Einzelbauern	0,2	0,1	0,03
Intelligenz	2,7	4,0	4,1
LPG u.ä.	-	0,8	0,7
Gewerbetreibende u.ä.	0,1	0,1	0,02
Studenten	zus.	1,8	1,5
Schüler	4,0	3,3	6,2

Mit der "sozialen Stellung vor Eintritt in die bewaffneten Organe" wurde die frühere berufliche Tätigkeit des Mitarbeiters erfaßt. Zuletzt als Funktionäre der Partei und der Massenorganisationen Tätige wurden hierbei nach der zuvor "überwiegend ausgeübten" Tätigkeit eingestuft. Der Anteil früherer Arbeiter lag hier schon deutlich unter den Angaben zur "sozialen Herkunft" und bewegte sich relativ konstant bei etwa drei Viertel der Mitarbeiter, während der Angestelltenanteil sogar sank. Eine steigende Tendenz wies hingegen der Schüleranteil auf.

Die Mitarbeiter der Staatssicherheit wurden in der offiziellen Sozialstatistik der DDR nicht ausgewiesen. Wie bei allen Angehörigen der bewaffneten Organe hatte ihre statistische Zuordnung entsprechend der vor dem Dienstantritt überwiegend ausgeübten Tätigkeit zu erfolgen, wodurch sie faktisch zum ganz überwiegenden Teil als Angehörige der "Arbeiterklasse" gezählt wurden.

Die reale Zusammensetzung des Mitarbeiterbestandes und ihre Problemlagen wird durch solcherart Sozialstatistik eher verdeckt als offengelegt. Auf der Basis von Primärdaten aus den Kaderunterlagen lassen sich aber charakteristische Phänomene wie die starke Mobilität aus unterprivilegierten Verhältnissen in die, zumindest offiziell, hochangesehene tschekistische Elite herausarbeiten. Die Analyse der Lebensläufe von 400 Doktoranden der JHS bestätigt, daß bei den in den fünfziger Jahren eingestellten MfS-Mitarbeitern der Anteil von Arbeiterkindern mit 91,2 Prozent (1949 bis 1954) hoch war, dieser später aber auf 51,8 Prozent (Einstellungen 1975 bis 1979) sank. Unmittelbar vor der Einstellung waren die Doktoranden nur noch zu 13,1 Prozent selbst als Arbeiter tätig gewesen. Dahinter standen eine ganze Reihe unterschiedlicher Karrierewege durch die Institutionen und Organisationen der frühen DDR (Bewaffnete Organe: 15,6 Prozent, Staatsapparat/Justiz/Bildung u. Wissenschaft: 15,3 Prozent, Volkseigene Wirtschaft: 8,9 Prozent; FDJ-Apparat: 7,9 Prozent; Apparate von SED sowie anderen Massenorga-

nisationen: 2,0 Prozent). Fast ein Drittel (31,7 Prozent) der Untersuchungsgruppe ist direkt als Schüler oder Studenten angeworben worden.[135]

Von besonderem Stellenwert als Karrierestation und - aus MfS-Sicht - Rekrutierungsfeld waren die bewaffneten Organe: 1962 hatten 40,7 Prozent aller MfS-Mitarbeiter zuvor in anderen Organen (einschließlich des hier getrennt aufgeführten Wachregiments des MfS) gedient. In späteren Jahren spielten - neben der internen Rekrutierung von MfS-Zeitsoldaten (1975: 32,0 Prozent; 1988: 39,6 Prozent) - die NVA (incl. Grenztruppen, 1975: 21,5 Prozent, 1988: 20,7 Prozent) sowie die Volkspolizei (1975: 2,5 Prozent; 1988: 2,7 Prozent) eine große Rolle. Der von 1952 bis 1956 bestehende NVA-Vorläufer Kasernierte Volkspolizei und die Zollorgane brachten es zusammen auf 2,2 Prozent (1975) und 0,9 Prozent (1988).[136]

6.2. Bildungsstruktur

Mit den Aktivitäten zur Steigerung des Bildungsniveaus, die ein zentraler Gegenstand der MfS-Kaderpolitik war, ging auch eine intensive regelmäßige Analysetätigkeit einher. In den jährlichen Berichten zum Stand der Kaderarbeit wurde dieser Frage breite Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Entwicklung der Bildungsstruktur spiegelt deutlich die verschiedenen Phasen der MfS-Schulungspolitik von der Schaffung elementarer Bildungsvoraussetzungen in den fünfziger Jahren bis zu einem - gemessen an DDR-Verhältnissen - weit überdurchschnittlichen Qualifikationsniveau in den achtziger Jahren wider. Die Daten zeigen eine Umkehrung der Verhältnisse: Bis in die sechziger Jahre verfügten über achtzig Prozent der Mitarbeiter nur über einen Volksschulabschluß, 1988 besaß ein ebenso hoher Anteil mindestens einen Abschluß der Polytechnischen Oberschule, darunter mehr als zwanzig Prozent Abiturienten. Eine systematische Rekrutierung von - bzw. dienstbegleitende Ausbildung zu - Hoch- und Fachschulkadern wurde bis 1962 nicht betrieben. Erst danach wurde der Anteil deutlich gesteigert. Nach 1975 schwächte sich dann der Zuwachs an Hochschulabsolventen deutlich ab; offensichtlich trat ein gewisser Sättigungseffekt in den entsprechenden Positionen der MfS-Hierarchie ein.

Tabelle 6: Allgemeinbildung (in Prozent)[137]

	1962	1969	1975	1988
ohne Abschluß	zus.	5,2	3,4	1,6
8. Klasse	84,2	57,2	37,7	15,7
10. Klasse	6,2	25,4	43,9	61,6
Abitur	9,6	12,2	14,8	20,9

[135] Gieseke: Doktoren, S. 20.

[136] Siehe Anm. 133.

[137] Siehe Anm. 133; für 1969: [Analyse:] Schulbildung der Angehörigen des MfS, Stand: März 1969; BStU, ZA, HA KuSch 623, unerschlossenes Material; Rundungsdifferenzen zu 100 Prozent in den Originaldaten.

Tabelle 7: Anteil der Hoch- und Fachschulabsolventen am Mitarbeiterbestand (in Prozent)[138]

	1950	1962	1969	1975	1988
Fachschule	4,4	5,0	5,7	10,9	15,1
Hochschule	1,6	1,9	4,9	9,1	11,9

Nach einer Analyse aus dem Jahre 1986 hatten 35,7 Prozent der Hochschulabsolventen Rechtswissenschaften studiert, der überwiegende Teil an der MfS-eigenen Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche. Es folgten technische Wissenschaften (13,2 Prozent), Militärwesen (11,8 Prozent), Wirtschaftswissenschaften (9,9 Prozent), Kriminalistik (8,2 Prozent), Pädagogik (4,8 Prozent), Philosophie (4,6 Prozent), Mathematik und Naturwissenschaften (4,4 Prozent).[139] Bis 1984 wurden an der Juristischen Hochschule des MfS 2.739 Diplomjuristen sowie 7.613 Fachschuljuristen ausgebildet.[140]

6.3. Altersstruktur

Das Durchschnittsalter der MfS-Mitarbeiter war durchgängig im Steigen begriffen. 1950 lag es für die Berufssoldaten bei 28,0 Jahren, 1960 waren schon 30,4 Jahre erreicht. Dieser Wert erhöhte sich 1970 auf 33,2 Jahre und 1980 auf 35,2 Jahre. Die letzten Daten liegen für das Jahr 1983 vor, danach lag es bei 35,7 Jahren.[141] Hinter diesen Werten verbirgt sich eine Altersstruktur, aus der die hohe personelle Kontinuität bei gleichzeitigem ständigem Zufluß junger Kader abzulesen ist.

Tabelle 8: Altersstruktur (in Prozent)[142]

Alter	1950	1962	1975	1988
bis 20	zus.	3,5	5,1	8,9
21-25	42,9	21,9	21,3	22,7
26-30	23,5	22,7	17,6	14,7
31-35		19,6	17,8	16,4
36-40	zus.	8,1	14,1	10,7
41-45	31,5	5,9	11,7	10,3
46-50		5,0	6,7	7,9
51-55		6,4	3,4	5,7
56-60	zus.	5,0	1,2	2,1
61-65	2,1	1,6	0,8	0,3
über 65		0,1	0,1	0,02

[138] Siehe Anm. 137; Rundungsdifferenzen zu 100 Prozent in den Originaldaten.

[139] Sonstige: 7,4 Prozent; Verteilung der H[och]S[chul]-Absolventen auf die Hauptfachrichtungen [o.A., o.D.]; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 16 a, unerschlossenes Material.

[140] Förster: Dissertationen, S. 14.

[141] Schreiben 1984, Anlage: Durchschnittsalter der Angehörigen des MfS.

[142] Siehe Anm. 137.

Schon 1950 war die Mehrheit der Mitarbeiter jünger als 31 Jahre, also in einem Alter, das eine vorherige Bewährung als kommunistische Kader weitgehend ausschloß. Dieser hohe Anteil sehr junger Kader blieb in den fünfziger Jahren bestehen. Nach einem Bericht des Sektors MfS beim ZK waren 1957 mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter unter 25 Jahren alt. Besonders an der Basis, in den Kreisdienststellen, wirkte sich dies aus. So lag in der Kreisdienststelle Seehausen (Bezirk Magdeburg) das Durchschnittsalter bei 22 Jahren. Ein großer Teil der Kreisdienststellenleiter war unter 30 Jahren alt.[143]

Während im Zuge der Personalausweitung ein ständiger Zufluß an Nachwuchs gesichert war, stellte die Generation der in den fünfziger Jahren eingestellten Mitarbeiter den personellen Kernbestand des MfS, aus dem Kader in die Leitungspositionen aufrückten und diese in den achtziger Jahren, abgesehen von der Position des Ministers, komplett besetzten. Aus der Altersstruktur ist außerdem zu erkennen, daß ein nicht geringer Anteil von MfS-Mitarbeitern vorzeitig pensioniert wurde und nicht bis zum regulären Rentenalter Dienst tat. Die Dienstaltersverteilung dokumentiert diese Generationenstruktur. Trotz der ständigen Zufuhr neuer Kader sank der relative Anteil von MfS-Mitarbeitern geringen Dienstalters kontinuierlich.

Tabelle 9: Dienstalterstruktur (in Prozent)[144]

	1962	1969	1975	1988
bis 5 Jahre	44,0	42,0	36,8	31,7
6-10	43,6	22,1	23,6	18,5
11-15	12,4	18,1	16,0	17,1
16-20	-	17,8	10,0	14,0
21-25	-	-	10,1	8,3
26 und mehr	-	-	3,5	10,4
Durchschnitt	6,0	k.A.	12,1	12,1

Die Überalterung des Personalbestandes und die vermehrt auftretenden Ausfälle im Leistungsvermögen der Leitungskader höheren Alters waren seit Ende der siebziger Jahre Gegenstand intensiver Analysetätigkeit der Personalplaner in der Kaderverwaltung des MfS.

6.4. Politische Struktur

Aus der Funktion als "Schild und Schwert der Partei" ergab sich, daß die MfS-Mitarbeiter der SED angehörten. Der tatsächliche Anteil der Parteimitglieder wich im Laufe der Zeit in unterschiedlichem Maße von dieser Norm ab. Dabei ist zu beachten, daß auch die Zeitsoldaten, insbesondere des Wachregiments, gezählt sind, bei denen eine SED-Mitgliedschaft nicht vorgeschrieben und der Anteil der Parteilosen besonders hoch war. 1981 lag der Anteil der Parteilo-

---

[143] Sektor MfS [der Abt. für Sicherheitsfragen beim ZK] vom 9.7.1957 [ohne Titel]; SAPMO-BA, ZPA IV 2/12/103, Bl. 209-213, hier 213.

[144] Siehe Anm. 137.

sen unter den Zeitsoldaten (ohne Wachregiment) bei 56 Prozent.[145] Im ersten Zweijahreslehrgang an der Hochschule des MfS (1956/57) waren bei Einstellung "noch 49 Kursanten parteilos, 96 waren Kandidaten und nur 47 Mitglieder der Partei". Zum Lehrgangsabschluß stellte der stellvertretende Minister Erich Mielke befriedigt fest: "Heute sind bis auf einen Kursanten alle Mitglieder und Kandidaten der Partei." Später war es üblich, daß auch junge Berufssoldaten erst ein Jahr in ihrem "tschekistischen Kollektiv" arbeiteten, ehe sie in den Kandidatenstand aufgenommen wurden.[146] Außerdem unterlag die Parteiorganisation im MfS zuweilen den Aufnahmebeschränkungen der SED für Angehörige bestimmter sozialer Gruppen, die von dem Bemühen bestimmt waren, den Arbeiteranteil in der Partei hoch zu halten.[147] Nach einer Analyse der MfS-Mitarbeiter (ohne Wachregiment) im Alter bis zu 25 Jahren aus dem Jahre 1976 waren damals 25 Prozent parteilos.[148]

Tabelle 10: SED-Mitgliederanteil (in Prozent)[149]

Anteil am Kaderbestand	1959 (o. WR)	1961 (o. WR)	1971	1975	1981	1987
Mitglieder	90,0	90,0	83,7	k.A.	k.A.	k.A.
Kandidaten	3,0	3,3	5,2	k.A.	k.A.	k.A.
gesamt	93,0	93,3	88,9	76,2	78,5	81,2

Für die politisch-ideologische Lage im Ministerium spielten die Parteilosen keine Rolle. Die Führung durch die SED wurde von niemanden in Zweifel gezogen, die Anrede "Genosse" war für alle Mitarbeiter üblich. Aufgrund ihrer großen Zahl hatten die Tschekisten auch in der Gesamtpartei ein gewisses Gewicht: Zuletzt waren 3,2 Prozent aller SED-Mitglieder hauptamtliche Mitarbeiter des MfS.

Von außerordentlicher Bedeutung für das Selbstbild des MfS, für die Motivierung der Mitarbeiter und nicht zuletzt die Legitimationsstrategien in der Öffentlichkeit war seine betonte Verwurzelung in der kommunistischen Arbeiterbewegung und insbesondere im "antifaschistischen Widerstandskampf". Zwar waren die Leitungspositionen in den fünfziger Jahren überwiegend mit bewährten Kommunisten besetzt (vgl. Abschnitt Rekrutierung), der reale Anteil am Mitarbeiterbestand war aber schon in den fünfziger Jahren minimal: Den jun-

---

145 AKG der HA KuSch, Übersicht: Parteilose Soldaten auf Zeit, Stichtag: 30.11.1981; BStU, ZA, HA KuSch 243, Bl. 215-217. Für das Wachregiment liegen keine Daten vor.

146 [Jäkel, SED-Kreisleitung] vom 29.11.1977, Einige Probleme zur Aufnahmetätigkeit von Kandidaten; BStU, ZA, KL SED 934, unerschlossenes Material, Bl. 108.

147 [Jäkel, SED-Kreisleitung] vom 30.12.1972, Einige Hinweise zur Kandidatenarbeit innerhalb der Kreisparteiorganisation des MfS; BStU, ZA, KL SED 246, unerschlossenes Material, Bl. 146-149, hier Bl. 146.

148 Referat des Generalleutnant [Mielke] zum Lehrgangsabschluß der Hochschule Eiche am 8. Jahrestag der Gründung der DDR am 7.10.1957; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 256; HA KuSch, Zur Kaderstruktur der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit im Alter bis zu 25 Jahren, 19.5.1976; BStU, ZA, HA KuSch AKG 29, unerschlossenes Material.

149 Errechnet nach: Kreisleitung der SED im MfS, Statistische Jahresberichte bzw. Änderungsmeldungen; für 1959: BStU, ZA, KL SED 97, unerschlossenes Material, Bl. 944 und 1362; übrige Jahre: KL SED 923, unerschlossenes Material, Bl. 293, 569, 749, 1053.

gen Mitarbeitern stehe, so der bereits zitierte Bericht des Sektors MfS des ZK, "nur ein ganz geringer Anteil älterer Genossen gegenüber, die vor 1933 Mitglieder der Partei oder der Massenorganisationen der Arbeiterklasse waren. Der größte Teil dieser älteren Genossen ist nicht in der operativen, sondern in der Verwaltungsarbeit tätig."[150] Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter war erst in der Nachkriegszeit zur kommunistischen Bewegung gestoßen; in den sechziger Jahren schieden fast alle "alten Kämpfer" aus dem aktiven Dienst aus. Vor 1945 Mitglied der KPD waren 1962 6,4 Prozent, 1975 nur noch 1,5 Prozent der Mitarbeiter, drei Viertel waren erst seit 1955 in die SED aufgenommen worden. In den späten achtziger Jahren wirkte die Kontinuität nur noch in der Person des Ministers fort.

Tabelle 11: Parteialter der SED-Mitglieder (in Prozent)[151]

Parteialter	1975	1988
bis 5 Jahre	23,0	19,2
6-10 Jahre	20,0	14,9
11-15 Jahre	17,0	14,3
16-20 Jahre	15,1	15,2
21-25 Jahre	6,7	8,2
26-30 Jahre	7,6	8,3
31-35 Jahre	0,0	4,9
36-40 Jahre	0,0	1,3
41-45 Jahre	0,1	0,8
46-50 Jahre	1,4	0,0 (abs.: 1)
Durchschnitt	13,4 Jahre	14,7 Jahre

Neben den (Noch-)Parteilosen in den Reihen des MfS gab es weder normativ noch real Spielraum für blockpolitische Zugeständnisse. Mitglieder anderer Parteien der DDR waren im MfS nicht vorgesehen und konnten bislang nicht festgestellt werden. Selbst innerhalb des Spektrums der SED, das ja nominal auch ehemalige Sozialdemokraten sowie außerhalb der kommunistischen Orthodoxie stehende Linkssozialisten umfassen sollte, war das schon vor 1945 politisch aktive MfS-Personal nahezu ausschließlich auf Kommunisten begrenzt. 1962 gab es 138 ehemalige, offenbar im kommunistischen Sinne geläuterte Sozialdemokraten (0,7 Prozent) im MfS. Überraschen kann dieser minimale Anteil nicht, denn insbesondere in der spätstalinistischen Phase bis 1953 gehörte es zu den Aufgaben des MfS, Vertreter solcher Strömungen in Kooperation mit der SED-Parteikontrollkommission zu verfolgen. Allerdings, und dies scheint eine Besonderheit des MfS gewesen zu sein, blieben die in den fünfziger Jahren ansonsten weitgehend aus verantwortlichen Positionen entfernten Mitglieder der illegalen KPD-Lagerleitung des KZ Buchenwald im Ministerium von Säuberungen verschont (Richard Großkopf, unter anderem 1959 bis 1961 Leiter der HVA-Abteilung VI; Rolf Markert, 1953 bis 1981 Leiter

150 Siehe Anm. 143.
151 Siehe Anm. 137.

der Bezirksverwaltung Dresden; Heinz Gronau, unter anderem 1962 bis 1972 Kommandeur des Wachregiments).[152]

Das Einstellungsverbot für ehemalige Nationalsozialisten wurde offenbar grundsätzlich eingehalten. Die in der Literatur bis in jüngste Zeit als Gegenbeweis genannten drei Personen konnten anhand der MfS-Akten bislang nicht als Mitarbeiter identifiziert werden, möglicherweise wurden sie unter falschem Namen geführt.[153] Ausnahmen gab es lediglich bei wenigen Mitarbeitern, die als Jugendliche in der Endphase des Zweiten Weltkrieges als NSDAP-Mitglieder registriert wurden. So waren der letzte Leiter der Bezirksverwaltung Leipzig, Generalmajor Manfred Hummitzsch, zum Führergeburtstag 1943 im Alter von 14 Jahren in die NSDAP aufgenommen worden, der langjährige Leiter der Abteilung Agitation, Oberst Günter Halle, genau ein Jahr später mit 17 Jahren. Generalleutnant Franz Gold, Leiter des Personenschutzes und langjähriges Mitglied der tschechischen KP, war 1938 während einer Inhaftierung als NSDAP-Mitglied registriert worden. Eine MfS-interne Untersuchung nach einer entsprechenden westlichen Presseveröffentlichung kam zu dem Ergebnis, daß dies ohne Wissen Golds auf Initiative seines Onkels, eines aktiven Nazis geschehen sei.[154] Hatten MfS-Mitarbeiter bei der Einstellung eine NS-Belastung verschwiegen, so zog dies bei späteren Hinweisen eine intensive Überprüfung und gegebenenfalls die Entlassung nach sich. Eine systematische Übernahme von einschlägigem Personal aus NS-Organisationen hat es im MfS nicht gegeben.[155]

6.5. Frauen im MfS

Frauen waren im MfS extrem unterrepräsentiert. Ihr Anteil lag 1954 bei 25 Prozent (ohne Wachregiment) und sank dann sukzessiv bis Anfang der sechziger Jahre. 1962 wurden im Gefolge des Kommuniqués des Politbüros "Die Frauen - der Frieden und der Sozialismus" auch

---

[152] Vgl. Biographischen Anhang des Handbuchs; Lutz Niethammer (Hrsg.): Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994 (künftig: Niethammer: Antifaschismus), S. 91; zum Hintergrund: Hermann Weber, Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

[153] Vgl. Heinz Höhne und Hermann Zölling: Pullach intern, Hamburg 1971, S. 253 f. (mit weiteren Literaturnachweisen); zuletzt zitiert in: Für ehrliche Zusammenarbeit, in: Der Spiegel 19 (1994). Die Angaben gehen auf die Aussagen von Überläufern zurück; vgl. Dokument 43, in: Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1962, S. 216. David Childs hat jüngst unter Bezugnahme auf Materialien des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen auf eine weitere Person hingewiesen, auch in diesem Fall konnte eine hauptamtliche Tätigkeit nicht bestätigt werden; vgl. David Childs: Der Zorn war nur geheuchelt (Leserbrief), in: Berliner Zeitung vom 4.5.1995.

[154] Vgl. Biographischen Anhang; Kaderakte Franz Gold; BStU, ZA, KS I 20/84, Bd. 3, Bl. 106, 126-129. Zur Diskussion über die Möglichkeit eines unfreiwilligen NSDAP-Beitritts vgl. Henning Krumrey: Hans-Dietrich Genscher. Das Denkmal bröselt, in: Focus 27 (1994), S.27-28.

[155] Vgl. z.B.: Direktive 49/55 des Staatssekretärs über die Mängel in der Erziehungsarbeit leitender Mitarbeiter mit den ihnen unterstellten Mitarbeitern vom 19.10.1955; BStU, ZA, DSt 101140; Befehl 380/55 des Ministers vom 23.12.1955; BStU, ZA, DSt 100138. So auch Fricke: Staatssicherheit, S. 193-194.

im MfS Maßnahmen zur Frauenförderung ergriffen, so daß der Frauenanteil leicht stieg.[156] Er bewegte sich dann zwischen 13,4 Prozent (1965) und 16,5 Prozent (1977), danach sank er wieder leicht. 1988 gab es 14.102 Frauen im MfS, das entsprach 15,8 Prozent.[157]

Die typischen Aufgabenfelder der MfS-Mitarbeiterinnen folgten traditionellen weiblichen Berufsrollen: 1962 waren 30 Prozent als Sekretärinnen bzw. Schreibkräfte eingesetzt. An der Spitze der Diensteinheiten mit hohem weiblichen Anteil standen die Abteilung M (Postkontrolle) und der Medizinische Dienst mit jeweils 79 Prozent Frauen. Es folgten die Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher, 49 Prozent) und die Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft (33 Prozent).[158] 1989 wiesen nicht-operative Diensteinheiten wie der Zentrale Medizinische Dienst mit 65,5 Prozent, die Abteilung X (Internationale Verbindungen) mit 50 Prozent, sowie die Abteilung Finanzen (46,6 Prozent) die höchsten Werte auf. Den in absoluten Zahlen größten weiblichen Mitarbeiterbestand hatte die Verwaltung Rückwärtige Dienste mit 934 Frauen (28,4 Prozent). Allerdings wiesen auch operativ bedeutsame Diensteinheiten wie die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (34,7 Prozent), die Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung (27,3 Prozent) und die Hauptabteilung VI (Paßkontrolle/Tourismus, 23,6 Prozent) überdurchschnittliche Anteile auf.[159]

Die operative Arbeit sowie die Führung und Leitung des Ministeriums waren nachgerade absolute Männerdomänen. In die Generalität rückte niemals eine Frau auf, was auch normativ seinen Niederschlag fand: In der Bekleidungsordnung von 1981 war eine weibliche Generalsdienstkleidung gar nicht erst vorgesehen.[160] 1979 bildeten 13 Oberstleutnants die Spitze der weiblichen Offizierspyramide. Zuletzt waren der Offizier im besonderen Einsatz Oberst Sigrid Schalck-Golodkowski, die am 1. Oktober 1989 beförderte Leiterin der Abteilung Studienangelegenheiten der Hauptabteilung Kader und Schulung, Oberst Christa Wieland, sowie die stellvertretende Leiterin des Bereiches Planung der VRD, Oberst Monika Kretzschmar, die ranghöchsten Frauen des MfS.[161] In leitenden Dienststellungen, vor allem als (stellvertretende) Referatsleiterinnen, waren 1962 20 Frauen beschäftigt; 1964 kam man auf 60 weibliche Leitungs-

---

[156] Die Frauen - der Frieden und der Sozialismus; Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 16.12.1961; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band VIII, Berlin [Ost] 1962, S. 504-509; Befehl 177/62 des Ministers; BStU, ZA, DSt 100343.

[157] Zu den absoluten jährlichen Daten vgl. Statistischen Anhang. Aufgrund des geringen Frauenanteil im ab 1963 statistisch berücksichtigten Wachregiment sank der Gesamtanteil in diesem Jahr entsprechend. Die früher zitierte Angabe Mielkes von 19 Prozent für 1986 bezieht sich offenbar ebenfalls auf den Personalbestand ohne Wachregiment; vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 15.

[158] Zusammenfassung der Vorschläge ... [zur Durchführung der Aufgaben aus dem Kommuniqué "Die Frauen - der Frieden und der Sozialismus", o.A.] von 1962; BStU, ZA, HA KuSch AKG 48, unerschlossenes Material, S. 2-3.

[159] Die - sehr kleinen - Sekretariate des Ministers und seiner Stellvertreter wurden hier nicht berücksichtigt; Kaderbestandsmeldung vom 30.9.1989; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 15, unerschlossenes Material.

[160] Ordnung 9/81 des Ministers über die Trageweise der Bekleidung und Ausrüstung im MfS - B/A-Ordnung; BStU, ZA, DSt 102792.

[161] Zentralkarteikarten Sigrid Schalck-Golodkowski, Christa Wieland; BStU, ZA; Organisationsstruktur MfS, Abschnitt VRD.

kader. 1975 wurde der Anteil auf 2,8 Prozent, also etwa 190 weibliche Angehörige beziffert.[162] 1988 waren 1,8 Prozent der Abteilungsleiter und 2,8 Prozent der stellvertretenden Abteilungsleiter weiblichen Geschlechts. Auf der niedrigeren Position eines Referatsleiters fanden sich 4,8 Prozent Frauen; der weibliche Anteil unter den stellvertretenden Referatsleitern lag bei 6,8 Prozent.[163]

In der Besoldungsliste der "oberen Zweitausend" des MfS von 1989 sind 48 Frauen genannt, von denen nur 4 aus operativ tätigen Diensteinheiten kamen: der bereits erwähnte OibE der AG Bereich Kommerzielle Koordinierung, Sigrid Schalck-Golodkowski, die stellvertretende Leiterin der Abteilung VIII (Beobachtung/Ermittlung) der Bezirksverwaltung Cottbus, Oberstleutnant Christel Bergmann, die Leiterin der AG Kader und Schulung der Hauptabteilung VIII (Beobachtung/Ermittlung), Oberstleutnant Edeltraud Sarge, sowie der Sekretär der SED-Grundorganisation der Abteilung 26 (Telefonkontrolle), Oberstleutnant Helga Höfner.[164]

Tabelle 12: Frauen unter den "oberen Zweitausend"[165] der Besoldungsliste des MfS

Diensteinheit	Anzahl
Medizinischer Dienst (Zentrale/Bezirksverwaltungen)	31
Juristische Hochschule des MfS	3
Hauptabteilung Kader und Schulung	3
SED-Kreisleitung	1
AG Bereich Kommerzielle Koordinierung	1
Hauptabteilung/BV-Abteilungen VIII (Beobachtung/Ermittlung)	2
Abteilung 26 (Telefonüberwachung)	1
SV Dynamo	6

Der Frauenanteil an den operativen und insbesondere den IM-führenden Mitarbeitern ist derzeit nicht genau zu ermitteln, er war aber denkbar gering. So gab es in der Bezirksverwaltung Gera 1989 vier Frauen mit dem Status einer operativen Mitarbeiterin - sie waren sämtlich in der Auswertungs- und Kontrollgruppe mit der Eingabe von Informationen in die Datenspeicher der Bezirksverwaltung beschäftigt.[166] Zwar wiesen die dienstlichen Grundsätze keine geschlechtsspezifischen Unterscheidungen auf, wie der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung als "wichtiges Ergebnis der Durchsetzung der Frauenpolitik der Partei im MfS" 1979 selbstgefällig

---

162 HA KuSch vom 22.7.1964, Fragen der Durchsetzung des Frauenkommuniques und der Auswertung des Frauenkongresses im MfS (künftig: KuSch, Fragen 1964); BStU, ZA, HA KuSch AKG 48, S. 2-3; AIG der HA KuSch vom 18.6.1975, Gesichtspunkte, die aus dem Zahlenmaterial der Auswertung über die weiblichen Angehörigen und Zivilbeschäftigten [...] deutlich werden; BStU, ZA, HA KuSch AKG 29, unerschlossenes Material, S. 4a.

163 Schreiben des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Felber, an den Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK, Herger, vom 10.8.1988; BStU, ZA, KL SED 685, unerschlossenes Material.

164 Nach den Zentralkarteikarten der genannten Mitarbeiterinnen; BStU, ZA; vgl. "Die oberen Zweitausend auf den Gehaltslisten der Stasi", in: Die Andere - 12 (1991), Beilage (künftig: Die oberen Zweitausend); der hohe Anteil des Medizinischen Dienstes resultiert u.a. aus den Gehaltszuschlägen für MfS-Ärzte.

165 Gemeint sind die zweitausend MfS-Mitarbeiter mit den höchsten Jahresgehältern, ausgewiesen in: ebenda. Oberst Monika Kretzschmar ist in dieser Liste nicht aufgeführt.

166 Renate Ellmenreich: Operativ-psychologische Strategien gegen Frauen, in: Frauen im Visier der Stasi, hrsg. von der Redaktion "Weibblick", Unabhängiger Frauenverband, Berlin 1995, S. 8-17, hier S. 9.

festhielt. Aber noch 1986 ließ sein Nachfolger das Vorhandensein besonderer "für weibliche Angehörige geeignete[r] Tätigkeiten" im operativen Bereich prüfen, um "männliche Angehörige für die Lösung von Schwerpunktaufgaben freizusetzen".[167]

Das patriarchale Rollenverständnis im MfS speiste sich aus drei Quellen: Zum einen wurden Frauen in dem militärisch verfaßten Männerbund mit seinen informellen Normen und Ritualen als Fremdkörper betrachtet. Zwar hatte die praktische Arbeit der Staatssicherheit, sieht man von Vorbereitungen auf den Spannungsfall ab, nichts mit militärischen Arbeiten im eigentlichen Sinne zu tun und es gab nur in Ausnahmefällen Situationen, wo eine männliche körperliche Überlegenheit eine Rolle hätte spielen können. Die Vorstellung aber, ein weiblicher Offizier hätte einen männlichen IM zu führen oder männliche MfS-Angehörige als Vorgesetzte anzuleiten, erfüllte offensichtlich viele Vorgesetzte mit Widerwillen.

Zum zweiten erschien die übliche Dreifachbelastung der Frauen in der DDR als Berufstätige, Ehefrauen und Mütter nicht vereinbar mit den dienstlichen Erfordernissen wie dauernder Einsatzbereitschaft und permanenten Überstunden. Wichtigstes Thema der Maßnahmen zur Frauenförderung war denn auch die Schaffung von "Erleichterungen" wie der Erweiterung der Kindergartenplätze und besseren Einkaufsmöglichkeiten. Auf einer SED-Delegiertenkonferenz im MfS im Jahre 1967 empörte sich die Leiterin der Frauenkommission der Kreisparteileitung, Margot Hecker, über diese Logik:

> "Wir befinden uns mitten in der Ablösung jahrtausendealter Lebensformen und Familienbeziehungen, die von ökonomischer Abhängigkeit und Entrechtung der Frau geprägt war. [...] Dabei ergeben sich notwendigerweise Konflikte und Schwierigkeiten - der Zusammenstoß von alten Lebens- und Denkgewohnheiten mit den neuen. Niemand ist ganz frei von den Wirkungen der alten Traditionen. Worin zeigt sich das unter anderem? Z.B. wenn von Erleichterungen für die Hausarbeiten gesprochen wird, dann heißt es 'Erleichterungen für die Frauen' (der Mann hilft im Haushalt bestenfalls!); Kindergärten 'für die Frauen' (haben Männer keine Kinder?); die Versorgung durch die Betriebsverkaufsstelle klappt nicht, 'Soll sich die Frauenkommission darum kümmern'. Ist das tatsächlich nur für die Frauen? Es geht darum, die Konsequenzen einer gesellschaftlichen Veränderung voll bewußt zu machen, die längst eingetreten ist, und die von uns allen, Frauen und Männern, neue Denk- und Verhaltensweisen verlangt, noch mehr genutzt bzw. weiter entwickelt werden muß."[168]

Schließlich gab es wohl auch eine gehörige Portion Zweifel, ob Frauen die für die operative Arbeit als notwendig erachteten tschekistischen Persönlichkeitsmerkmale wie Verschwiegen-

---

[167] Leiter der HA KuSch vom 15.8.1979, Zu wichtigen Ergebnissen der Durchsetzung der Frauenpolitik der Partei im MfS; BStU, ZA, HA KuSch AKG 32, unerschlossenes Material; Information 1986 (siehe Anm. 128), Bl. 43.

[168] Rede Margot Hecker - GO I/1 auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS 1967; BStU, ZA, KL SED 933, unerschlossenes Material, Bl. 862-867, hier Bl. 868.

heit und Härte in ausreichendem Maße aufbringen würden. Für "Schwatzhaftigkeit", eine der verpöntesten Charaktereigenschaften, galten Frauen als besonders anfällig. Nur als "funktionierende Schräubchen", so die resümierende Formulierung einer ehemaligen MfS-Mitarbeiterin, fanden die Frauen ihren Platz im MfS - dem "Patriarchat im Patriarchat".[169]

[169] Die Stasi - das Patriarchat im Patriarchat. Interview mit einer ehemaligen Hauptamtlichen zur Arbeit von Frauen im MfS, in: Die Tageszeitung vom 8.3.1993.

7. Materielle Lage

Die materielle Lage der MfS-Mitarbeiter war von verschiedenen Faktoren bestimmt. Hier sind neben der eigentlichen Besoldung zu nennen: weitere finanzielle Leistungen durch Prämien, Auszeichnungen usw., die kostenlose bzw. subventionierte Bereitstellung von Dienstleistungen, außerdem der Zugang zu Waren und Dienstleistungen, die in der DDR ansonsten gar nicht oder nur sehr schwer zu erhalten waren. Das MfS baute zur Versorgung seiner Mitarbeiter im Laufe der Zeit ein System von Einrichtungen auf, das zwar der Form nach den üblichen Einrichtungen in DDR-Betrieben und -Institutionen entsprach, faktisch aber in vielfältiger Hinsicht die Basis einer ausgesprochen privilegierten Lage der Mitarbeiter bildete. Das vielzitierte und in anderer Hinsicht irreführende Diktum vom "Staat im Staate" hat in diesem Zusammenhang insofern seine Berechtigung, als mit dem Versorgungssystem eine nachgerade komplette Lebenswelt geschaffen wurde, in der die Mitarbeiter und ihre Familien von der Kinderbetreuung bis zur Ferienreise versorgt wurden. Das für das Selbstverständnis der MfS-Mitarbeiter konstitutive Machtbewußtsein, sowie die dem "Klassenauftrag" geschuldete Opferbereitschaft in persönlichen Angelegenheiten mutierten in der Versorgungspolitik zu einer kollektiven Selbstbedienungsmentalität. Dem konnte auch durch die in der internen Erziehungsarbeit propagierte persönliche Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit des Ministers Mielke und seiner Kampfgefährten aus der Gründergeneration nur bedingt entgegengewirkt werden, nicht zuletzt, weil die interne Hierarchisierung fortschritt und der tatsächliche Lebensstil nicht weniger Leiter diesem Bild kaum entsprach.

7.1. Besoldung

Der Sold der Zeit- und Berufssoldaten des MfS setzte sich aus mehreren Elementen zusammen: den Vergütungen für den Dienstgrad, für die Dienststellung sowie einem prozentualen Aufschlag entsprechend dem Dienstalter. Außerdem gab es Zulagen und Zuschläge für bestimmte Tätigkeiten. Vom MfS delegierte Studenten erhielten ein Stipendium. Sofern sie schon vorher einen darüber hinausgehenden Sold bezogen hatten, wurde statt dessen dieser weitergezahlt. Die Zivilbeschäftigten wurden gesondert, ab 1969 nach einem mit der FDGB-Leitung im Ministerium abgeschlossenen Rahmenkollektivvertrag, bezahlt.[170]

---

[170] Die wichtigsten Regelungen: Anordnung 2/59 des Ministers: Arbeitsrechtliche Stellung und Gehaltsregelung für Zivilbeschäftigte im Dienstbereich des MfS; BStU, ZA, DSt 100069; Rahmenkollektivvertrag für Zivilbeschäftigte des MfS vom 1.9.1969; BStU, ZA, DSt 101457; Rahmenkollektivvertrag für die Zivilbeschäftigten des MfS von 1980; BStU, ZA, DSt 102641; jeweils mit diversen Änderungen und Nachträgen.

Tabelle 13: Vergütung für den Dienstgrad (Berufssoldaten, in Mark)[171]

Dienstgrad	1969	1975	1987
Soldat	120	220	220
Gefreiter	130	230	230
Stabsgefreiter	150	250	250
Unteroffizier	180	275	275
Unterfeldwebel	200	300	300
Feldwebel	225	325	325
Oberfeldwebel	250	375	375
Stabsfeldwebel	300	400	400-475*
Fähnrich	-	-	450
Oberfähnrich	-	-	500
Stabsfähnrich	-	-	550
Stabsoberfähnrich	-	-	600
Unterleutnant	300	400	400
Leutnant	350	450	450
Oberleutnant	400	500	500
Hauptmann	450	550	550
Major	550	600	600
Oberstleutnant	600	650	650
Oberst	800	800	800
Generalmajor	1.000	1.000	1.000
Generalleutnant	1.200	1.200	1.200
Generaloberst	1.400	1.400	1.400

* nach 10 Dienstjahren: 425
nach 15 Dienstjahren: 450
nach 20 Dienstjahren: 475

Beim zweiten Element, der Vergütung für die Dienststellung, wurde die Tätigkeit entsprechend eines Bewertungskatalogs einer bestimmten Vergütungsstufe zugeordnet. Sie bestimmte die Endvergütung in der jeweiligen Position; in der Regel wurden die Mitarbeiter zunächst eine bis zwei Stufen niedriger bezahlt und nach einiger Zeit höhergruppiert. Bei den Beträgen wurde zwischen dem MfS Berlin und den Bezirksverwaltungen (einschließlich Kreisdienststellen) unterschieden. Für die Berliner Bezirksverwaltung und das Wachregiment wurden später ebenfalls die Sätze der Zentrale zugrundegelegt, nachdem zuvor bereits eine "Hauptstadtzulage" gezahlt worden war.

[171] Ordnung des Ministers über die Besoldung der Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten des MfS - Besoldungsordnung -; BStU, ZA, DSt 101130 (künftig: Besoldungsordnung 1969), Änderung 1975; Ordnung 3/87 des Ministers über die Besoldung der Berufsoffiziere, Fähnriche, Berufsunteroffiziere und Unteroffiziere auf Zeit des MfS - Besoldungsordnung -; BStU, ZA, DSt 103377 (künftig: Besoldungsordnung 1987).

Tabelle 14: Vergütung für die Dienststellung (Berufssoldaten, in Mark)[172]

Vergütungs-stufe (VS)	Tätigkeiten (Beispiele)	1969 MfS Berlin	1969 BV/V	1987 MfS/BV Berlin, WR	1987 andere BV
I	Wachkräfte	350	300	600	500
II	Funktionsunteroffizier im Wachdienst	380	330	650	550
III	Teilfacharbeiter Versorgungsbereich	410	360	700	600
IV	Teilfacharbeiter Versorgungsbereich	450	400	750	650
V	Teilfacharbeiter Versorgungsbereich	500	450	800	700
VI	Teilfacharbeiter Versorgungsbereich	550	500	850	750
VII	Facharbeiter im operativ-technischen Dienst	600	550	900	800
VIII	Facharbeiter im operativ-technischen Dienst	650	600	950	850
IX	Facharbeiter mit Spezialkenntnissen "	700	650	1.000	900
X	Mitarbeiter im Haftvollzug	750	700	1.050	950
XI	Operativer Karteimitarbeiter	800	750	1.100	1.000
XII	Operativer Beobachter	850	800	1.150	1.050
XIII	Operativer Mitarbeiter (IM-führend)	900	850	1.200	1.100
XIV	Operativer Mitarbeiter (IM-führend)	950	900	1.250	1.150
XV	Operativer MA bei Schwerpunktaufgaben	1.000	950	1.300	1.200
XVI	Referatsleiter, stellv. KD-Leiter	1.100	1.000	1.400	1.300
XVII	Leiter eines selbständigen Referates in BV, stellv. KD-Leiter	1.250	1.100	1.550	1.450
XVIII	Stellv. Abteilungs-Leiter in HA und BV	1.400	1.200	1.700	1.600
XIX	Abteilungs-Leiter in HA und BV; KD-Leiter	1.500	1.300	1.850	1.750
XX	Bereichsleiter in HA	1.700	1.500	2.000	1.900
XXI	Stellv. HA-Leiter, stellv. BV-Leiter	1.800	1.600	2.150	2.050
XXII	1. Stellv. HA-Leiter, 1. Stellv. BV-Leiter	1.900	1.700	2.300	2.200
XXIII	HA-Leiter, BV-Leiter; 1. Stellv. Leiter HV A	2.000	1.900	2.450	2.350
-	Stellvertretender Minister	k.A.	-	3.350	-

1985 wurden als "Mittel zur weiteren Erhöhung der Qualität und Effektivität in der Arbeit mit IM" Von-Bis-Spannen für IM-führende Mitarbeiter eingeführt (Hauptverwaltung Aufklärung: Vergütungsstufe XI-XV, MfS Berlin außer HV A: Vergütungsstufe X-XII, Bezirksverwaltungen/Kreis- und Objektdienststellen: Vergütungsstufe IX-XI). Zu diesem Zweck hatten die Leiter der entsprechenden Diensteinheiten jährlich die Leistungen der einzelnen Mitarbeiter in der IM-Arbeit zu beurteilen - dabei sollten auch Rückstufungen bei mangelnder Qualität nicht ausgeschlossen sein.[173] Der Minister erläuterte: "Jede ungenügende Beachtung dieser Zielsetzung, jede unobjektive und undifferenzierte Bewertung der tatsächlichen Arbeitsergebnisse, jegliche Gleichmacherei ist auszuschalten."[174] 1987 ermahnte der Minister die Kollegiumsmitglieder, daß die "jeweils höchste Vergütungsstufe nur den Angehörigen zu gewähren ist, die auch tat-

---

172 jeweils Endvergütung; Besoldungsordnung 1969; Tätigkeiten und Angaben 1987 nach: Rahmenkatalog 1987 (siehe Anm. 54).

173 Schreiben des Leiters der HA KuSch an den Leiter der HV A sowie der anderen Diensteinheiten vom 2.3.1985; BStU, ZA, DSt 103152.

174 Referat Mielkes auf der erweiterten Kollegiumssitzung zur weiteren Vorbereitung des XI. Parteitages der SED am 7.6.1985; BStU, ZA, ZAIG 8664, Bl. 1-115, hier Bl. 101.

sächlich Arbeitsergebnisse von hoher Qualität aufzuweisen haben", Spezialisten und Führungsoffiziere besonders bedeutsamer IM seien "noch umfassender zu stimulieren".[175]

Das dritte Element der Bezahlung war der Dienstalterzuschlag, mit dem das Gehalt bis zu einem Viertel erhöht wurde. Bei der Berechnung des Dienstalters wurde nicht nur der Dienst im MfS, sondern auch in anderen bewaffneten Organen der DDR, zuweilen auch vorherige IM-Tätigkeiten, Haftzeiten und andere honorierenswert erscheinende Sachverhalte berücksichtigt.[176]

Tabelle 15: Dienstalterzuschlag (in Prozent der monatlichen Vergütung für Dienstgrad, Dienststellung und Zulagen)

nach Ablauf von	Zuschlag in Prozent
3 Dienstjahren	8
5 Dienstjahren	10
10 Dienstjahren	15
15 Dienstjahren	20
20 Dienstjahren	25

Neben diesen Standardelementen der Besoldungssystematik gab es noch Zulagen unterschiedlicher Höhe, zum Beispiel für Kraftfahrer (50 bis 150 Mark), Flugpersonal (250 bis 550 Mark), Ärzte, Zahnärzte und Apotheker (100 bis 600 Mark) sowie die Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Juristischen Hochschule (Differenz zur Vergütung von Hochschullehrern und Wissenschaftlern an zivilen Hochschulen der DDR).[177] Zuschläge wurden zur Kompensation "besonderer physischer und psychischer Belastungen", wie Schicht- und Grenzdienst, gezahlt. Mit der leistungsabhängigen "Von-bis-Vergütung" wurde 1985 außerdem eine Zulage für IM-führende Mitarbeiter und Leiter IM-führender Diensteinheiten von 150 Mark eingeführt.[178] Das Einkommen der MfS-Mitarbeiter war weitgehend steuerfrei, lediglich die Vergütung für den Dienstgrad unterlag der Lohnsteuerpflicht. Außerdem zahlten die Mitarbeiter zehn Prozent des Bruttolohns als Beitrag zur Sonderversorgungskasse des MfS. Hieraus bezogen sie später ihre - infolge des Gehaltsniveaus und der Trennung von der allgemeinen Rentenkasse - recht hohe Altersversorgung (75 Prozent vom Bruttoverdienst).[179]

Neueingestellte Offiziersschüler, die im MfS-Auftrag studierten, erhielten pauschalierte Dienstbezüge (1. Dienstjahr: 675 Mark, 2. Dienstjahr: 725 Mark, 3. Dienstjahr: 775 Mark, 4.

---

[175] Hinweise [Mielkes] zum Punkt 2 der Kollegiumssitzung am 15.5.1987 - Erlaß von Bestimmungen zur Kaderarbeit; BStU, ZA, SdM 1987, Bl. 184-192, hier Bl. 189.

[176] Beschluß der Sicherheitskommission des Politbüros vom 5.11.1959; BStU, ZA, SdM 408, Bl. 174.

[177] Beträge nach dem Stand der Besoldungsordnung 1987.

[178] Siehe Anm. 173.

[179] Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport ´90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990 (künftig: Winkler: Sozialreport 90), S. 330 f.

Dienstjahr: 850 Mark). Offiziersschüler, die zuvor als Unteroffiziere gedient hatten, erhielten ganz oder teilweise ihren bisherigen Sold, sofern er höher als die genannten Sätze lag.[180]

Die Gehälter der Generalität des MfS bewegten sich ausweislich der geschilderten Systematik und der Besoldungsliste 1989 in einer Größenordnung von etwa 4.000 bis 6.500 Mark, je nach Rang und Funktion. An der Spitze stand der Minister Erich Mielke mit einem Jahreseinkommen von zuletzt 79.062,50 Mark.[181] Ein als Führungsoffizier für IM eingesetzter Hauptmann mit mindestens zehn Dienstjahren kam mit den oben beschriebenen Elementen auf bis zu 2.242,50 Mark, je nach Einstufung seiner Leistung. Zum Vergleich: Das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen betrug 1989 in der DDR 1.172 Mark (volkseigener produzierender Bereich, ohne Prämien), Hoch- und Fachschulkader im Industrie- und Bausektor verdienten 1988 im Durchschnitt 1.477 Mark.[182] Innerhalb der relativ nivellierten Einkommensverteilung der DDR war die Mehrzahl der Mitarbeiter der Staatssicherheit damit deutlich oberhalb des Durchschnitts plaziert.[183]

Zu den regulären Gehaltszahlungen kamen noch weitere Faktoren. So wurden den nicht kaserniert untergebrachten Berufssoldaten Wohn-, Bekleidungs- und Verpflegungsgeld gezahlt, hinzu kamen außerdem mit Auszeichnungen verbundene finanzielle Gratifikationen.

Seit 1974 verfügte das MfS über eine eigene Sparkasse, bei der die Mitarbeiter ihre Gehalts- und Sparkonten führten und auch Kredite aufnehmen konnten. Sie diente nicht nur der konspirativen Abdeckung der Gehaltszahlungen an die Mitarbeiter, sondern auch zur Kontrolle ihrer finanziellen Verhältnissen. Größere und längere Kontoüberziehungen wurden als Indiz für Finanzschwierigkeiten gewertet und aufgrund der damit verbundenen potentiellen Angriffspunkte feindlicher Geheimdienste disziplinarisch geahndet.[184]

7.2. Andere materielle Leistungen

Die Besoldung allein ist für die Bestimmung der realen materiellen Lage nur bedingt aussagekräftig, da den vorhandenen finanziellen Mitteln in der DDR kein quantitativ und qualitativ adäquates Warenangebot gegenüberstand. Entscheidend waren die Zugangsmöglichkeiten zu knappen oder regulär gar nicht erhältlichen Waren und Dienstleistungen. Einer der mehr oder weniger informellen Beschaffungswege war den MfS-Mitarbeitern aufgrund des Verbots von

---

[180] Besoldungsordnung 1987, Bl. 301.

[181] Die oberen Zweitausend, S. III.

[182] Winkler: Sozialreport 90, S.113, 116.

[183] Zur Einkommensverteilung vgl. die "Lorenzkurve", in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 503.

[184] Vereinbarung zwischen dem MfS der DDR und der Staatsbank der DDR über die Bildung von Betriebssparkassen im Bereich des MfS, 31.1.1974; BStU, ZA, SdM 423, Bl. 196-200. Zuvor gab es bereits eine eigene Sparkasse beim Wachregiment; Schreiben des Leiters der Abt. Finanzen des MfS an das Sekretariat des Ministers vom 4.3.1974; ebenda, Bl. 193. Zu den Kontoüberziehungen vgl. die im Abschnitt Disziplinarmaßnahmen zitierten Berichte.

privaten Westkontakten erschwert: der Erwerb und Einsatz von Devisen. Dieses Manko wurde durch ein System eigener Versorgungseinrichtungen kompensiert, in dem sich MfS-Mitarbeiter vieles leicht beschaffen konnten, was den normalen DDR-Bürger einige Mühe kostete. So wurden die Betriebsverkaufsstellen des MfS, wie es schon 1964 hieß, "durch Warenlieferungen der H[aupt]A[bteilung] Verwaltung und Wirtschaft unterstützt". Damals gab es allerdings vor allem bei "hochwertigen Nahrungsmitteln sowie Genußmitteln" noch "Sortimentslücken".[185] Hier wurden offenbar auch beschlagnahmte Waren aus der Kontrolle von Westpaketen angeboten.[186] Den Spitzenkadern des MfS stand darüber hinaus der sogenannte "Leitershop", eine Verkaufseinrichtung in der MfS-Zentrale offen, in der sie sich mit Produkten versorgen konnten, die gemeinhin nur gegen Devisen im Intershop erhältlich waren. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, im "Centrum"-Warenhaus am Berliner Alexanderplatz mit "Sonderberechtigung" begehrte Produkte zu erstehen. Der Zugang zu Luxusgütern im engeren Sinne, wie etwa Fahrzeuge oder ausgefallene Wohnungseinrichtungen aus Westproduktion (bis hin zu Sauna und Solarium), waren allerdings weitgehend dieser kleinen Spitzengruppe vorbehalten.[187]

Das MfS gehörte zu den Nutznießern der Wohnungsbauprogramme, die insbesondere seit dem VIII. Parteitag 1971 in Angriff genommen wurden. Eine eigene Wohnungsverwaltung war für die Vergabe von Neubauwohnungen in den gesonderten Wohngebieten des MfS zuständig. Schon in den sechziger Jahren verfügte die Staatssicherheit über eine große Zahl von Wohnobjekten für ihre Mitarbeiter. In Berlin gab es bereits 1967 mindestens 527 Wohnhäuser für MfS-Mitarbeiter, damals vor allem in den Bezirken Weißensee, Lichtenberg und Treptow. 1987 wurden durch die Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) insgesamt 18.500 Wohnungen verwaltet, zum gleichen Zeitpunkt gab es aber noch 4.846 Anträge auf Zuweisung von Wohnraum - dennoch wertete der Leiter der Verwaltung diesen "hohen Versorgungsgrad" als "wirksamen Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem auch im MfS".[188]

Legitimiert wurde (und wird) die großzügige finanzielle und materielle Versorgung mit den besonders wichtigen Aufgaben des Ministeriums und der damit verbundenen hohen Belastung durch Überstunden und Dienstbereitschaften. Schon in der "Vorläufigen Geschäfts- und Büroordnung" des MfS vom April 1950 wies der Minister Zaisser an, daß über die damals geltende Wochenarbeitszeit von 48 Stunden hinaus "im Interesse des Aufbaus des Ministeriums [...] jeder Mitarbeiter verpflichtet" sei, Mehrarbeit - ohne zusätzliche Vergütung - zu leisten.[189] In

---

185 HA KuSch, Fragen 1964 (siehe Anm. 162), S. 8.

186 Vgl. Uwe Bastian: Postraub, in: Wochenpost vom 17.8.1995, S. 56.

187 Honecker gibt an, 14 Westautos, die er als Geschenke bei Auslandsreisen erhalten habe, dem MfS - vermutlich als Dienstwagen - überlassen zu haben; Andert/Herzberg: Der Sturz, S. 383; Vgl. Talk im Turm I, in: Der Spiegel 42 (1990).

188 Aus der zitierten Quelle geht nicht hervor, ob sich diese Angaben auf Berlin oder das gesamte MfS beziehen; Berichterstattung des Mitglieds des Sekretariats der Kreisleitung und Leiters der VRD zur Durchsetzung der Sozialpolitik der SED vor dem Sekretariat der Kreisleitung am 14.7.1987; BStU, ZA, KL SED 106, unerschlossenes Material, Bl. 4-21, hier Bl. 6-7.

189 Vorläufige Geschäfts- und Büroordnung des Ministeriums für Staatssicherheit vom 18.4.1950; BStU, ZA, DSt 101157, § 9.

den siebziger Jahren zitierten leitende MfS-Mitarbeiter in einer Forschungsarbeit Fälle von neueingestellten Mitarbeitern, die vorwiegend aus materiellen Motiven zum MfS gekommen wären und sich den hohen Arbeitsanforderungen dann nicht gewachsen gefühlt hätten.[190]

Die Vergünstigungen hielten MfS-Mitarbeiter nicht davon ab, zuweilen ihre dienstlichen Befugnisse zur persönlichen Bereicherung in einem Maße zu mißbrauchen, das über die in der DDR übliche Nutzung persönlicher Beziehungen weit hinaus ging.[191] Zwar drohten diesen Mitarbeitern scharfe disziplinarische Sanktionen, es muß aber von einer hohen Dunkelziffer, insbesondere unter leitenden Kadern und operativen Mitarbeitern ausgegangen werden. Für die Beschaffung von Westprodukten durch mit Operativgeld ausgestattete IM, die Versorgung von Familienangehörigen mit gutdotierten Arbeitsstellen, aber auch die Nutzung von Untergebenen als kostenlose Arbeitskräfte gibt es eine Reihe von Belegen.[192]

---

[190] Forschungsarbeit innere Sicherheit, S.48.

[191] Vgl. den Überblick über die Konjunkturen dieser Schattenökonomie bei Jörn Schütrumpf: Alltag in der DDR. Beobachtungen, in: Dietmar Keller u.a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Band III, Bonn, Berlin 1994, S. 257-282.

[192] Vgl. Leiter der HA KuSch vom 28.12.1983, Bericht über Beeinträchtigungen der inneren Sicherheit des MfS; BStU, ZA, HA KuSch 275, Bl. 1-18; zahlreiche Einzelfälle sind in den Disziplinarakten dokumentiert.

8. Motivation

Eine Rekonstruktion der Motivationslagen von Mitarbeitern der Staatssicherheit ist schwierig, zumal Motive innere Geisteshaltungen sind, die sich kaum objektivierbar festhalten oder gar in der rückblickenden Betrachtung rekonstruieren lassen. Noch dazu ist die Forschung fast ausschließlich auf Erinnerungen der Mitarbeiter angewiesen, die naturgemäß der bewußten und unbewußten Umwertung zurückliegender Vorgänge unterliegen. Andere Quellen wie zum Beispiel MfS-interne zeitgenössische Untersuchungen bieten ein gewisses Korrektiv, sind aber selber hochgradig ideologisch determiniert und verstärken zuweilen noch das Verzerrungspotential, etwa hinsichtlich der Betonung "hoher Ideale" gegenüber privaten, pragmatischen Handlungsantrieben. Diese Vorbehalte sind bei der Skizzierung der Motivlage der Mitarbeiter für ihren Dienst bei der Staatssicherheit nicht außer acht zu lassen.

Die Entscheidung, als hauptamtlicher Mitarbeiter in den Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit zu treten, implizierte eine in der Regel lebenslange Bindung an das "Organ". Den Motiven bei dieser Berufswahl, aber auch der Motivation im späteren Dienst kam daher zentrale Bedeutung zu. Wie bei jeder zentralen Lebensentscheidung war es ein Bündel unterschiedlicher Faktoren, das den Ausschlag zum Eintritt in die Reihen des MfS gab: Interessen, Gefühle, Einstellungen, darunter im gesellschaftlichen Leben hoch angesehene Motive, aber auch ganz private. Die Theoretiker der Juristischen Hochschule folgerten:

> "Bei der Feststellung und Beurteilung von Motiven operativ-interessanter Verhaltensweisen ist immer der Komplexcharakter (Motivationsgefüge, 'Motivationsbündel', Motivkomplexe) zu beachten, der im Verflochtensein und gleichzeitigem Aufeinanderwirken verschiedener, z.T. gegensätzlicher Motive im Prozeß der Entstehung einer Handlung besteht. Das Entwickeln und Festigen gesellschaftlich bedeutsamer und der Lösung politisch-operativer Aufgaben dienender Motive ist ständiger Bestandteil der klassenmäßigen Erziehung der Angehörigen des MfS."[193]

Im Zentrum dieser Erziehung, die schon mit der Auswahl und Anwerbung von Kandidaten für den hauptamtlichen Dienst einsetzte, stand die Herausbildung des "sozialistischen Wehrmotivs", also der "Gesamtheit der politisch-moralischen Beweggründe des Willens der Bürger des sozialistischen Staates, ihren persönlichen Beitrag zur Vervollkommnung der Landesverteidigung zu leisten [...]". Es beinhaltete verschiedene Elemente wie die Überzeugung von der Verteidigungswürdigkeit und historischen Überlegenheit des Sozialismus, der Gesetzmäßigkeit seines Sieges, der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, aber auch dem "Haß auf die Feinde des Sozialismus".[194]

---

[193] JHS: Wörterbuch für die politisch-operative Arbeit, Potsdam 1969; BStU, ZA, JHS GVS 300/69, S. 178-179. In der vom BStU veröffentlichten zweiten Auflage ist das Stichwort nicht mehr enthalten.

[194] Kleines Politisches Wörterbuch, 3. überarb. Aufl. Berlin [Ost] 1978, S. 839.

Das sozialistische Wehrmotiv zielte in erster Linie auf die militärische Verteidigungsbereitschaft im engeren Sinne. Die MfS-Tätigkeit wurde aber ebenfalls als Element des "Systems der Landesverteidigung" im Kalten Krieg begriffen, gerichtet gegen den im Inneren und von außen subversiv wirkenden "Feind". Im Gegensatz zur NVA, die ja in Friedenszeiten lediglich präventive Aufgaben hatte, standen die Mitarbeiter des MfS - so das Selbstverständnis - in ihrer tagtäglichen Arbeit in direktem Feindkontakt und mußten über eine entsprechend hohe und gefestigte Motivation verfügen.

Voraussetzung einer entsprechenden Wehrmotivation war eine positive Grundeinstellung zum gesellschaftlichen System der DDR und zur herrschenden Ideologie. Aufgrund der strengen Auswahlkriterien der MfS-Werber und ihrer vorrangigen Kandidatensuche in Elternhäusern, deren Erziehung systembejahende Werte und Einstellungen förderte, war eine solche "fortschrittliche Einstellung" unter den Werbungskandidaten gleichsam selbstverständlich. Sowohl in zeitgenössischen als auch in retrospektiven Äußerungen von MfS-Mitarbeitern über ihre Motive für den Dienst steht an erster Stelle dieser Wunsch, den sozialistischen Staat zu schützen und zu verteidigen. Die DDR zählte für sie zu den "Siegern der Geschichte", wie sich ein ehemaliger Mitarbeiter der Hauptabteilung VII erinnert.[195] Die unter dem Oberbegriff des sozialistischen Wehrmotivs gefaßten konkreten Motivationselemente und Überzeugungen konnten individuell sehr unterschiedlichen Stellenwert haben. Die Gewichte zwischen ihnen verschoben sich im Laufe der Zeit.

Die Altkommunisten, die in der Gründergeneration die Leitungspositionen einnahmen, bezogen ihre Motive für den MfS-Dienst aus ihrem Lebensweg, der sie in der Zeit des Nationalsozialismus mit der kommunistischen Partei, nicht selten unter härtesten Bedingungen, verbunden hatte. Sie dienten der SED, in Einzelfällen sogar trotz selbst erlittener stalinistischer Verfolgung im sowjetischen Exil, in parteisoldatischem Bewußtsein, das in dem Spruch "Ich diene dort, wo die Partei mich hinstellt" seinen Ausdruck fand und empfanden es als besonders ehrenhaft, an so zentraler Stelle das System, das die Verwirklichung ihres Lebensziels darstellte, gegen seine Feinde verteidigen zu können.

Für die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter, die nicht selbst an den prägenden Kämpfen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus teilgenommen hatte, lag die Bedeutung dieser Gruppe in ihrer Vorbildfunktion. Bis zuletzt bildeten die - freilich im Sinne des "gesäuberten" Antifaschismus stilisierten[196] - Ideale und Schicksale dieser "alten Kämpfer" den Dreh- und Angelpunkt der propagierten, und zu einem guten Teil auch internalisierten, Wertvorstellungen der Mitarbeiter. Noch zum vierzigsten Jahrestag der MfS-Gründung sollten "Lebensbilder und Episoden" einiger im MfS-Sinne besonders verdienter "Aktivisten der ersten Stunde" in einer dreibändigen Minibuch-Kassette die Erinnerung an "Leben und Kampf der

---

[195] Ralf Peters: Wir haben das eigene Volk zum Feind gemacht, in: Zwiegespräch 7 (1992), (künftig: Peters in Zwiegespräch), S. 24.

[196] Vgl. Niethammer: Antifaschismus.

Genossen als Internationalisten in den Reihen der Interbrigaden, als Partisanen und Kundschafter an der Seite der Roten Armee, als Angehörige antifaschistischer Widerstandsorganisationen in Deutschland sowie als Tschekisten beim Aufbau und bei der Sicherung der DDR" bei den MfS-Mitarbeitern wachhalten.[197]

Besonders in den fünfziger Jahren wirkte das persönliche Vorbild der KPD-Kader noch stark. Die damalige junge Generation, die später selbst in die Leitungspositionen nachrückte und diese bis zur Auflösung besetzte, erlebte diese alten Genossen in der unmittelbaren Arbeit und identifizierte sich mit ihnen:

> "Dürfen wir davon absehen, daß es sich bei vielen Betroffenen [d.i.: MfS-Mitarbeitern] um ein reales Moment ihrer konkreten Sozialisation handelt, die zum Beispiel in KZ und in der Emigration stattfand? Und die sich teilweise auf die Folgegeneration vererbte? Ich selbst habe unter den Nazis - sieht man von den Kriegswirkungen ab - nichts erlitten. Aber ich war empfindsam genug nachzuerleiden, was meine politischen Väter in Buchenwald und Auschwitz erlitten, in der Emigration in der Sowjetunion, in Frankreich, China, Israel [sic!] und Mexiko erlebten, und in den Schützengräben Spaniens, im Maquis in Frankreich und an anderen Orten bestanden. [...] Einen Teil der Härte und Konsequenz meiner politischen Väter habe ich bewußt übernommen."[198]

Besonders MfS-Mitarbeiter, die in den letzten Kriegsjahren noch mit jugendlicher Begeisterung selbst zur Wehrmacht gegangen waren, empfanden den Dienst als tätige Reue. Der stellvertretende Minister Rudi Mittig erinnert sich:

> "Meine damaligen Vorgesetzten, ich lege Wert auf die Betonung militärische Vorgesetzte, waren durchweg antifaschistische Widerstandskämpfer, die teilgenommen hatten am spanischen Bürgerkrieg, am Kampf der Roten Armee gegen den Faschismus, die im Konzentrationslager waren. Alles Menschen, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatten, denen ich, was ihr Leben betrifft, ihren Einsatz gegen den Faschismus, ihre ganze Persönlichkeit, volles Vertrauen schenkte. [...] Ja, ich hatte große Achtung. Sie hatten sich - im Gegensatz zu mir - in der Zeit des Faschismus bewährt."[199]

Dem starken Bedürfnis nach weltanschaulicher Orientierung aufgrund der Kriegs- und Zusammenbruchserfahrung des Jahres 1945 kam die SED mit ihrem gesellschaftspolitischen Modell, das Frieden und soziale Gerechtigkeit verhieß, entgegen, insbesondere bei vormals unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, für die sich attraktive Perspektiven - der Dienst in

---

197 Schreiben des Leiters der ZAIG an den Minister vom 20.10.1986, Minibuchkassette zum 40. Jahrestag der Bildung des MfS; BStU, ZA, HA IX, SV 257/87, Bl. 6-8; Aktivisten der ersten Stunde, 3 Bde., Berlin 1989 [MfS-interne Veröffentlichung].

198 Wolfgang Hartmann: Immer noch: "Ja, aber" oder: Der arge Weg der Erkenntnis, in: Zwiegespräch Nr. 17 [1993], S. 15-24, hier S. 18 - 19.

199 Interview mit Rudi Mittig, in: Ariane Riecker, Annett Schwarz und Dirk Schneider: Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS-Angehörigen, Leipzig 1990 (künftig: Riecker u.a.: Stasi intim], S. 166-167.

den bewaffneten Organen gehörte dazu - eröffneten. Die späteren Mitarbeiter, die ihre politische Sozialisation in der DDR erlebten, begriffen den Dienst im MfS als Verpflichtung gegenüber den Vorvätern des Antifa-Kampfes, aber auch gegenüber dem System als ganzem, das ihnen nicht nur abstrakt als das bedrohte "bessere Deutschland" erschien, sondern das ihnen auch konkrete berufliche und persönliche Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten bot:

> "Für mich war also die DDR mein Vaterland, mit dem ich mich voll und ganz identifizierte. Aus dieser Haltung heraus hatte ich viele Gründe für meinen Eintritt in das Ministerium für Staatssicherheit. Da gab es den offenen und verdeckten Wirtschaftskrieg gegen die DDR. Tausende gut ausgebildete Fachkräfte wanderten gen Westen. Der Weltfrieden war durch blutige kriegerische Auseinandersetzungen auf vielen Schauplätzen gefährdet. Ich dagegen war wohlbehütet aufgewachsen. Der innere Wunsch, selbst einen Beitrag für den Schutz und die Sicherung dieses meines Landes leisten zu wollen, erwuchs daraus mit mehr oder weniger logischer Konsequenz und deckte sich mit den Werbebemühungen der Staatssicherheit."[200]

Im Bewußtsein der MfS-Mitarbeiter spielte dabei die Vorstellung, daß mit der Existenz des politischen Systems auch der staatliche Bestand der DDR verknüpft war, eine besondere Rolle: "Ich war mein ganzes Leben lang davon motiviert, eine Arbeit zu leisten, die das verhindert, was nun mit unserem Land geschehen ist."[201]

Im MfS zu dienen, wurde als Auszeichnung und Ehre begriffen.[202] Die Argumente für den MfS-Dienst, so der HVA-Mann Heinz Günther, seien ihm gegenüber anderen bewaffneten Organen "irgendwie bedeutender" erschienen.[203] Man hoffte, wie der vormalige Lehrer Udo M., dort mehr als an anderer Stelle für den Sozialismus tun zu können,[204] oder empfand es als Bestätigung der vorherigen Arbeit bei anderen "bewaffneten Organen", für das MfS geworben zu werden.[205] Und auch der HVA-Chef Markus Wolf stellt fest: "Ich hielt diese Arbeit für wichtig und ehrenvoll. Wir waren doch damals absolut motiviert. Schon durch den Beginn der Wiederaufrüstung."[206]

Besonders angesprochen wurde dieses Ehrgefühl durch das gleichsam als Initiationsritus wirkende Werbungsgepräch. Allein der Umstand, von Vertretern seines künftigen Dienstherrn persönlich angesprochen zu werden, wirkte nachhaltig auf das Selbstwertgefühl der Kandidaten. Sie werteten das Angebot als Vertrauensbeweis und Bestätigung der bisherigen schuli-

---

[200] Peters in Zwiegespräch, S. 24-25.

[201] Heinz K., geb. 1937, in: Gisela Karau: Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des "Ministeriums für Staatssicherheit" der DDR, Frankfurt/M. 1992 (künftig: Karau, Stasiprotokolle), S. 168.

[202] Bodo Germann, Interview, in: Zwiegespräch Nr. 1 [1991], S. 19-27, (künftig: Germann: Interview) hier S. 19.

[203] Heinz Günther: Wie Spione gemacht wurden, Berlin o.J. [1990], S. 7-8.

[204] Udo M., geb. 1948, Einstellung 1974, in: Karau: Stasiprotokolle, S. 9.

[205] So ein Mitarbeiter der HA XIX, seit 1955 bei der Trapo, seit 1961 beim MfS; in: Riecker u.a.: Stasi intim, S. 248.

[206] Irene Runge und Uwe Stelbrink: Markus Wolf. "Ich bin kein Spion", Berlin 1990, S 19.

schen, beruflichen und politischen Leistungen und Aktivitäten, zuweilen als "einen der Höhepunkte meines Lebens".[207] Der persönliche Referent des Leiters der Bezirksverwaltung Leipzig berichtet, er sei seinerzeit stolz gewesen, "einer derjenigen zu sein, die entscheidend für die Entwicklung in unserer Republik und für die Sicherheit wirken [...], sagen zu können, jetzt ist jemand zu mir gekommen, und hat mich gefragt, willst Du dort arbeiten".[208] Aufgrund der intensiven Überprüfungen vor der persönlichen Ansprache waren die MfS-Werber in der Lage, mit ihrer Offerte sehr genau auf die Bedürfnisstruktur des Kandidaten einzugehen und die von ihnen antizipierten Ansatzpunkte zur Motivation zu nutzen. Die auch in der IM-Werbung zunehmend genutzten Kenntnisse der "operativen Psychologie" kamen ihnen dabei zugute.

Neben diesen politischen Idealen lassen sich weitere Motive vermuten. Frühere Mitarbeiter bestreiten, daß die Zugehörigkeit zu einer "elitären Einrichtung"[209] ein Antrieb für sie gewesen sei. Durchweg betonen sie ihre Rolle als "Dienende" und das Gefühl der Verpflichtung. Zugleich aber prägte sie durchaus das Bewußtsein, im Ergebnis eines Ausleseprozesses geworben worden zu sein. So erinnert sich Oberstleutnant Heinz K., Leiter der Spionageabwehr in Halle, daß die Werber ihm 1955 mitgeteilt hätten, er sei einer der "Auserwählten [...], die für das MfS in Frage kommen".[210] Und auch der persönliche Referent des Leiters der Leipziger Bezirksverwaltung empfand es "als eine Ehre, mit dafür ausgewählt zu sein".[211] Diese Haltung korrespondierte mit dem dienenden Gestus des MfS gegenüber der SED, die sich wiederum selbst als - im Leninschen Sinne mit avantgardistischem Sonderbewußtsein ausgestattete - "Partei der Arbeiterklasse" legitimiert sah. Insofern bedeutete der Eintritt in den MfS-Dienst eine Teilhabe am kollektiven Machtbewußtsein als "Schild und Schwert", das sich insbesondere in den fünfziger Jahren in der intern immer wieder beklagten "Überheblichkeit" der Mitarbeiter und einem arroganten und äußerst rüden, zuweilen brutalen Umgang mit Verfolgten niederschlug.

Da die Mitarbeiter bei der Anwerbung in aller Regel nur eine sehr unpräzise Vorstellung davon haben konnten, was ihre spätere Aufgabe bei der Staatssicherheit sein würde, spielte auch das Bild, das in der DDR über das MfS bestand, eine gewisse Rolle. So wurde durch Berichte und Filme über "Kundschafter", etwa Richard Sorge, in späteren Jahren auch Günther Guillaume, die Abenteuerlust und das Interesse an der geheimnisvollen Welt der Spionage angeregt. Zugleich dienten solche Agitationsinstrumente dazu, den anrüchigen Charakter der Institution zu überspielen und sie zu legitimieren.

---

207 "Nachdem ich Abitur gemacht hatte und eigentlich nach Leningrad zum Studium wollte, ich sollte ein richtiges Finanzerlein werden, wurde mir gesagt: Die ganzen Finanzen taugen nichts, wenn die Macht nicht gesichert ist [...], als die Kameraden vom MfS kamen und sagten, ob ich nicht das und das werden wolle. Es war einer der Höhepunkte meines Lebens, da mach ich auch heute noch kein Hehl daraus." Horst R., geb. 1931, Oberst in der HA XVIII, in: Karau: Stasiprotokolle, S. 20-21; weitere entsprechende Äußerungen: ebenda, S. 37; Riecker u.a.: Stasi intim, S. 35, 166, 248.

208 Riecker u.a.: Stasi intim, S. 35.

209 So die Formulierung der Interviewer in Riecker u.a.: Stasi intim, S. 35.

210 Karau: Stasiprotokolle, S. 168.

211 Riecker u.a.: Stasi intim, S. 35.

Für einen Teil der Mitarbeiter spielte die Weiterentwicklung in ihrem Beruf eine Rolle bei der Entscheidung für die MfS-Mitarbeit. Dies betraf, insbesondere seit den sechziger Jahren, vor allem technisch ausgebildete Kräfte, die in den operativ-technischen Bereichen des MfS eingesetzt wurden, aber auch Spezialisten und Hochschulkader, die ihre Fachkenntnisse zum Beispiel in der wissenschaftlich-technischen Spionage oder in den für Volkswirtschaft und Verkehr zuständigen Diensteinheiten einsetzen sollten. Außerdem konnte das MfS den Weg in Studiengänge eröffnen, die sonst nur schwer zu erreichen gewesen wären.

Eine an der Juristischen Hochschule 1979 erstellte Untersuchung über die Motive von Zeitsoldaten des MfS, sich zum Dienst als Berufssoldaten bereitzuerklären, verdeutlicht die Breite des Spektrums: Neben der "Überzeugtheit von der Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes der DDR" und dem "Stolz auf die Zugehörigkeit zum MfS" nannten die Soldaten auf Zeit das "Sehen einer gesicherten persönlichen Perspektive", die Aussicht, "verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen und sich selbst zu fordern", aber auch die "Möglichkeit der Verbindung der Berufsausbildung mit den dienstlichen Aufgaben" sowie ein "Interesse an einer Tätigkeit (auch Berufssoldat) im Raum Berlin, da zwischenzeitlich eine Partnerin gefunden wurde und Absicht der Seßhaftmachung in Berlin besteht". Es sei die absolute Ausnahme, so die Autoren, daß sich Zeitsoldaten allein aus politischer Überzeugung für den dauerhaften Dienst entschieden. Die Werbetätigkeit müsse vielmehr die Verknüpfung politischer mit persönlichen Motiven berücksichtigen.[212]

Trotz der demonstrativen Nähe zum militärischen Regularium gab es auch einige Mitarbeiter, die es gerade vermeiden wollten, in KVP bzw. NVA zu dienen. So zogen in den fünfziger Jahren auch junge Mitarbeiter, ungeachtet ihres Einsatzwillens für den Sozialismus den MfS-Dienst, aufgrund negativer Kriegserfahrungen den kollektiven "Freiwilligmeldungen" zum Militärdienst vor. Nach der Einführung der Wehrpflicht bedeutete der Dienst "beim 'Feliks' [also dem Wachregiment des MfS] mehr Urlaub, besseren Verdienst und ein zivileres Armeeleben" und führte die Wehrpflichtigen zugleich an den regulären MfS-Dienst heran.[213]

Die privilegierte materielle Lage des MfS-Mitarbeiter wird von ehemaligen Mitarbeitern in der Regel als Motiv für die eigene Entscheidung für das MfS bestritten. Gleichwohl war ihnen das überdurchschnittliche Gehaltsniveau auch schon vor der Einstellung bewußt. So berichtet ein 1989 im Studium befindlicher Perspektivkader, er habe sich zwar überlegt, daß er später mal ein gutes Einkommen haben werde, für seine Zusage sei dies - wie er betont - jedoch nicht bestimmend gewesen.[214] Mitarbeiter schätzen aber auch ein, daß es Genossen gegeben hätte,

---

[212] Gunter Bittner und Wolfgang Popek: Erarbeitung von Erkenntnissen über Motivationen junger Angehöriger im Dienstverhältnis Soldat auf Zeit im MfS, welche die Bereitschaft und den Willen dieser bestimmen, Berufssoldat im MfS zu werden bzw. über Motivationen, die zur Ablehnung dieses Dienstverhältnisses führen; Fachschulabschlußarbeit JHS 1979; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Kader 6/9, unerschlossenes Material, S. 21-23.

[213] So ein 1985 zum Wachregiment eingezogener späterer Perspektivkader; Riecker u.a.: Stasi intim, S. 196.

[214] Ebenda.

die sich "nur für ihr Geld" interessierten, die "ihre Arbeit auch beim Verfassungsschutz oder beim BND machen" würden. Die 1985 eingeführten "differenzierten Einkommenserhöhungen" sowie die Massierung von mit Prämien verbundenen Auszeichnungen hätte der Minister Mielke sogar bewußt eingesetzt, um diese Mitarbeiter bei der Stange zu halten.[215] Vor allem in den achtziger Jahren hätte der Stellenwert der materiellen Anreize zugenommen, wie ein Oberleutnant der Militärabwehr schildert: "Ich muß [...] sagen, daß die Geldfrage für mich nicht so eine große Rolle gespielt hat, damals war die Einstellung zur Sache das Herausragende, später hatte ich dann den Eindruck, daß vieles über Geld abgewickelt wurde. Aus heutiger Sicht sage ich mir, je wackliger das System wurde, desto mehr war es angewiesen auf Massenanwerbungen und Versprechungen aus materieller Sicht, Geld, Studium, Karriere."[216]

Trotz dieser wachsenden Rolle materieller Motive scheint auch in den achtziger Jahren eine Mischung von Machtbewußtsein, elitärem Korpsgeist und politischer Überzeugung die Basis der tschekistischen Motivation gebildet zu haben. Der vorzeitig ausgeschiedene Mitarbeiter Wanja Abramowski hat die Stimmungslage beschrieben:

> "Die MfS-Mitarbeiter der 80er Jahre waren aufgrund ihres Ausbildungsstandes, ihrer politischen und persönlichen Entwicklung fachlich versiert und in der Mehrzahl der SED-Führungsspitze und der gesamten Hierarchie treu geblieben. Sie identifizierten sich mit dem Marxismus-Leninismus ebenso wie mit der sozialistischen Wirklichkeit und akzeptierten die ihnen vorgegebenen Mechanismen der Macht bedingungslos. Aus diesen persönlichen Voraussetzungen zur Mitarbeit konstituierte sich im Prozeß der operativen Tätigkeit eine psychologische Grundsituation, die auf dem Gefühl basierte, 'Sieger der Geschichte' zu sein. Dies führte zu einem einerseits selbstherrlichen, andererseits unterwürfigen Umgang mit dieser Macht. [...] Dermaßen politisch-psychologisch motiviert traf man sich bei Dienstbesprechungen oder am Mittagstisch mit dem Gefühl und Anspruch: 'Wir sind über alles informiert. Die Partei entscheidet, ob, wann und wo etwas passiert'."[217]

---

[215] Germann: Interview, S. 11.

[216] Gerd R., in: Karau: Stasiprotokolle, S. 37.

[217] Wanja Abramowski: Im Labyrinth der Macht. Innenansichten aus dem Stasi-Apparat, in: Bernd Florath u.a. (Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 212-233, hier S. 213.

9. Disziplinarmaßnahmen

9.1. Bestrafungen

Die tschekistischen Verhaltensregeln, und damit das Spektrum möglicher disziplinarischer Verstöße gegen sie, waren nicht auf (geheim-)dienstliche und politische Angelegenheiten beschränkt, sondern umfaßten ebenso die zwischenmenschlichen Beziehungen und Lebensgewohnheiten der Mitarbeiter und ihrer Angehörigen, die den "Werten und Normen der sozialistischen Lebensweise" zu entsprechen hatten. Offizieller Leitgedanke war dabei, jeglichen Ansatzpunkt für das Eindringen - gemäß der kommunistischen Sicherheitsdoktrin sehr weit definierter - feindlicher Kräfte auszuschalten.

Die Mitarbeiter unterlagen einer mehrfachen Kontrolle. Neben dem militärischen Disziplinarrecht waren die SED-Mitglieder auch der Parteidisziplin unterworfen. Im Apparat waren mehrere Institutionen, die unter den Mitarbeitern "ebenso bekannt wie gefürchtet"[218] waren, mit der Kontrolle und Überwachung befaßt.

- Der Bereich Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung (bzw. seine Vorläufer) war federführend in der Disziplinararbeit des MfS, er führte Untersuchungen zu "sicherheitspolitisch relevanten Sachverhalten" im Zusammenhang mit Mitarbeitern und ihren Angehörigen durch, fahndete unter anderem nach vom Dienst ferngebliebenen Mitarbeitern und hatte die Aufgabe, tödliche Unglücksfälle mit MfS-Beteiligung zu untersuchen.[219] Für ihre Aufgaben standen der Abteilung 4 des Bereiches 50 OibE bzw. U-Mitarbeiter (1989) zur Verfügung, die verdeckt gegen ihre Kollegen eingesetzt werden konnten.
- Die Abteilung 1 der Hauptabteilung II war für die innere Spionageabwehr im MfS-Apparat verantwortlich. Hier wurden unter anderem Untersuchungen gegen tatsächliche oder vermeintliche "Verräter" in den eigenen Reihen geführt. Von 1960 bis 1980 wurden die entsprechenden Aufgaben von der Abteilung bzw. Hauptabteilung XXI (Innere Sicherheit) wahrgenommen.
- Die Abteilung 5 der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) führte Ermittlungsverfahren gegen MfS-Mitarbeiter durch, denen staatsfeindliche oder auch gewöhnliche kriminelle Delikte vorgeworfen wurden.
- Die Zentrale Kontrollgruppe (Arbeitsgruppe 1 des Bereiches 2 der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe) konnte mit drei Kontrollbrigaden die Arbeit in den Diensteinheiten des MfS untersuchen. Ihre Arbeit zielte zwar auf die Analyse von Problemen in den operati-

[218] Vgl. Gerd Knauer: Innere Opposition im Ministerium für Staatssicherheit?, in: Deutschland Archiv 7 (1992), S. 718-727 (künftig: Knauer: Innere Opposition), hier S. 721.

[219] Struktur- und Stellenplan der Hauptabteilung Kader und Schulung 1989; BStU, ZA, HA KuSch Plg. 4, unerschlossenes Material, S. 49. Die institutionellen Vorläufer reichen bis in das Jahr 1951 zurück, vgl. den Handbuch-Beitrag zur HA KuSch [erscheint demnächst].

ven Arbeitsprozessen, gleichwohl gaben sie aber bei diesen Einsätzen festgestellte Disziplinverstöße an den Bereich Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung weiter.[220]

- Schließlich sind die Kontrollinstanzen der SED zu nennen, an deren Spitze die Kreisparteikontrollkommission stand. Sie führten, nicht selten parallel zu dienstlichen Disiziplinarverfahren, Parteiverfahren gegen die SED-Genossen unter den Mitarbeitern durch.[221]

Das Instrumentarium des militärischen Disziplinarrechts umfaßte folgende Strafen: Tadel (ab 1964), Zusatzdienste und Urlaubs-/Ausgangssperren (nur Zeitsoldaten sowie Unteroffiziers- und Offiziersschüler im Lehrgang), Verweis, strenger Verweis, Hausarrest (nur männliche Offiziere bis Hauptmann), Arrest in der Arrestanstalt (nicht für Frauen und Offiziere), Aberkennung von Auszeichnungen (1964 bis 1985, nicht für Offiziere), Verwarnung (ab 1964), Herabsetzung in der Dienststellung sowie im Dienstgrad (letzteres 1964 bis 1985 nicht für Generale), bis zur Entlassung (1964 bis 1985 nicht für Generale). Die Arreststrafen wurden 1964 von zwanzig auf zehn Tage begrenzt.[222] Die Zivilbeschäftigten unterlagen einem gesonderten Disziplinarrecht, das der Form nach den Regelungen des Arbeitsgesetzbuches entsprach.[223]

Für die politisch wechselhaften fünfziger Jahre liegen nur vereinzelte Angaben über das Disziplinargeschehen vor. Das JHS-Studienmaterial zur Geschichte des MfS verrät dem Leser: "Die ideologischen Probleme der Gesamtpartei in jenen Jahren [nach dem III. SED-Parteitag 1950] widerspiegelten sich auch in der Parteiorganisation des MfS" - näheres wird aber nicht offenbart.[224] Insbesondere die personellen Konsequenzen der Junikrise 1953 und der Ablösung Zaissers liegen noch weitgehend im dunkeln. Das vorliegende Material deutet daraufhin, daß es zwar Bestrafungen gegen Mitarbeiter gegeben hat, die sich nicht adäquat verhalten haben, eine Entlassungswelle aber ausblieb.[225] Die Mitarbeiter der Staatssicherheit, so die von Ulbricht auf dem 15. ZK-Plenum ausgegebene offizielle Linie, seien in erster Linie dem Mißbrauch des Apparates durch den ehemaligen Minister Zaisser zum Opfer gefallen.[226]

Konkrete Daten aus diesen frühen Jahren liegen nur punktuell vor; sie deuten daraufhin, daß damals relativ viele Mitarbeiter von den an sie gestellten Erwartungen noch recht weit entfernt waren. So gab es in der Bezirksverwaltung Dresden 1955 bei etwas über tausend Mitarbeitern

---

220 Vgl. den Handbuch-Beitrag zur ZAIG von Roger Engelmann und Frank Joestel [erscheint demnächst].

221 Vgl. den Handbuch-Beitrag zur Parteiorganisation im MfS von Silke Schumann [erscheint demnächst].

222 Vorläufige Anweisung des Staatssekretärs über die Rechte des Vorgesetzten zur Belobigung und Bestrafung, Anhang zur Dienstanweisung 43/53; BStU, ZA, DSt 100885; Disziplinarvorschrift des MfS vom 1.4.1964; BStU, ZA, DSt 101363; Ordnung 14/85 des Ministers über Disziplinarbefugnisse und disziplinarische Verantwortlichkeit im MfS - Disziplinarordnung -; BStU, ZA, DSt 103201.

223 Ordnung des Ministers über die Rechte und Pflichten der Zivilbeschäftigten im MfS - Disziplinarordnung - vom 1.2.1969; BStU, ZA, DSt 101326.

224 Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil III, S. 43.

225 So wurde der Leiter der BV Potsdam, Emil Wagner, der am 17. Juni seinen Urlaub nicht unterbrochen hatte, dafür zur SED-Bezirksleitung zitiert, aber schon im November 1953 befördert; BStU, ZA, KS 9985/90, Bl. 3-4; siehe auch: BStU, ZA, KS 23483/90, Bl. 59 und 80.

226 Vgl. die Debatten auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS zur Vorbereitung des IV. Parteitages im März 1954; BStU, ZA, KL SED 815, unerschlossenes Material. Dort ist von 19 Parteiverfahren die Rede, ebenda, Bl. 49.

77 disziplinarische Bestrafungen und 15 Entlassungen, was einer Quote von knapp 9 Prozent entspricht, parallel wurden 22 Parteiverfahren durchgeführt.[227] Der Kaderchef des Ministeriums, Robert Mühlpforte, bilanzierte das Jahr 1957 mit einer deutlich höheren Quote: 18 Prozent der Mitarbeiter des MfS seien bestraft worden, davon wurde die Hälfte, also etwa 1.300 Personen, aus dem Dienst entlassen. Diese "ungesunde Erscheinung" resultiere aus ungenügender politischer Erziehung und der Einstellung von Mitarbeitern, die "den Bedingungen des MfS nicht entsprachen".[228]

Seit 1962 wurden im Gefolge der Dienstanweisung 5/62, die den Leitern der Diensteinheiten verstärkte erzieherische Verantwortung zuwies, die disziplinarischen Verfehlungen in regelmäßigen Berichten bilanziert. 1961 lag der prozentuale Anteil der Bestrafungen bei 5,7 Prozent der Mitarbeiter, er wurde in den folgenden Jahren bis 1966 auf einen Wert von 3,3 Prozent gesenkt. Danach bewegte sich der Anteil der Disziplinierten kontinuierlich um etwa 3 Prozent.[229] Die Zahlen für 1988/89 weisen allerdings Werte unter zwei Prozent aus. Diese Quote vermittelt nur einen provisorischen Eindruck vom inneren Zustand des MfS, da die Disziplinarpraxis durch Konjunkturen "harter" und "weicher" Kurse, zum Beispiel nach besonders aufsehenerregenden Vorfällen, beeinflußt wurde und die Dunkelziffer nicht zur Bestrafung gelangter Verfehlungen nicht abzuschätzen ist.[230] Gleichwohl vermitteln die Berichte den Eindruck eines bis Mitte der sechziger Jahre fortschreitenden inneren Festigungs- und Säuberungsprozesses, durch den ein recht stabiles Niveau an Normentreue erreicht wurde. Insbesondere der permanente Zustrom von Nachwuchskadern, die sich an die disziplinarischen Maßstäbe erst gewöhnen mußten, sorgte in den "langen" siebziger Jahren aber weiterhin für eine gewisse Bestrafungsquote.[231] Daneben wurden auch bei langgedienten Tschekisten immer wieder Verfehlungen aufgedeckt, wovon die Leitungsebene des Apparates nicht verschont blieb: Regelmäßig wurde in den Berichten zur disziplinarischen Lage beklagt, daß der Anteil von Leitungspersonal an den Bestraften konstant bei etwa 10 Prozent der Bestraften lag und damit im Verhältnis zur Gesamtmitarbeiterzahl sogar leicht überdurchschnittlich war (vgl. Tabelle 3).[232]

---

[227] SED-Parteiorganisation der BV Dresden, Rechenschaftsbericht [vermutlich abgegeben auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation am 11.2.1956]; SAPMO-BA, ZPA, 2/12/102, Bl. 48-49.

[228] Protokoll der Kollegiumssitzung am 11.3.1958; BStU, ZA, SdM 1554, Bl. 140.

[229] Dienstanweisung 5/62 des Ministers vom 26.4.1962 und Instruktion zur Dienstanweisung 5/62 vom 17.2.1964; BStU, ZA, DSt 101040; vgl. die Einschätzungen und Berichte zum politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustand der Diensteinheiten des MfS in: BStU, ZA, HA KuSch 487, Bl. 1-11; sowie: Bündel AKG 29, AKG 47 und AKG 48, unerschlossenes Material.

[230] HA KuSch vom April 1967, Einschätzung einiger Seiten des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes der Diensteinheiten des MfS im Jahre 1966; BStU, ZA, HA KuSch AKG 47, S. 19-20; Einige Bemerkungen zur Disziplinarpraxis im MfS und deren Bedeutung für die innere Ordnung und Sicherheit, [o.A. o.D., ca. 1980]; BStU, ZA, HA KuSch 275, Bl. 104-105.

[231] Vgl. z.B.: Leiter der HA KuSch vom 19.4.1977, Bericht an das Sekretariat der SED-Kreisleitung zur Entwicklung des politisch-ideologischen und moralischen Zustandes des MfS im Jahre 1976; BStU, ZA, HA KuSch AKG 29 (künftig: Bericht 1976), S. 11.

[232] Leiter der HA KuSch vom 19.6.1976, Probleme des Standes und der erreichten Ergebnisse bei der weiteren Festigung der sozialistischen militärischen Disziplin im MfS; BStU, ZA, SdM 1576, Bl. 18-96, hier Bl. 26;

Tabelle 16: Bestrafungsgründe 1989 (in Prozent)[233]

Delikte	Anteil
Verletzung dienstlicher Pflichten, Befehle und Weisungen	18,6
strafrechtlich relevante Handlungen	10,7
wiederholte Kontoüberziehung	10,1
Schädigung des Ansehens des MfS	9,5
Verstöße gegen Befehl 13/85 [Alkohol im Dienst]	9,5
fahrlässiger Umgang mit Dienstausweisen, Dokumenten, Waffen	8,5
Verstoß gegen Meldepflicht von Kontakten und Verbindungen	7,6
Verkehrsdelikte in Verbindung mit Alkohol	5,5
unerlaubte Entfernung/Fernbleiben vom Dienst	4,9
Schwatzhaftigkeit	4,6
Wachvergehen	3,0
Herbeiführung von Verkehrsunfällen	2,7
Verstoß gegen Operativgeldordnung	2,1
Widerstand gegen die Volkspolizei	1,5
moralwidriges Verhalten	1,2
gesamt	100
(nachrichtlich: Bestrafungen)	(absolut: 1301)

Eine detaillierte Untersuchung der Bestrafungsgründe und dahinter stehender Sachverhalte kann hier nicht vorgenommen werden. Die in Tabelle 16 dokumentierten Deliktgruppen vermitteln aber einen Eindruck von der Breite der möglichen Tatbestände. Politische Disziplinierungen im engeren Sinne spielten ganz offenkundig eine untergeordnete Rolle. Verletzungen dienstlicher Normen, insbesondere der Konspirationsregeln, standen im Vordergrund der Bestrafungen. Eine besondere Rolle spielte Alkoholeinfluß bei Disziplinarvergehen. Schon 1958 stellte das Kollegium des MfS kategorisch fest: "Die Trinkereien sind zu unterbinden, besonders in den KD [Kreisdienststellen]." Aber noch 1989 konstatierte der Bereich Disziplinar, daß "Fehlverhalten im Zusammenhang mit Alkoholgenuß [...] einen wesentlichen Anteil der erzieherischen Auseinandersetzungen mit Angehörigen des MfS" bildete, ihr Anteil hätte bei 24,5 Prozent aller Bestrafungen gelegen.[234] Die "Möglichkeiten und Grenzen zur Eindämmung des Alkoholismus" betrachtete der Leiter des Zentralen Medizinischen Dienstes, Generalmajor Dr. Günter Kempe, 1984 in einem Memorandum als eines der wichtigsten Probleme der medizinischen Betreuung der Mitarbeiter.[235]

Ahndungen von Übergriffen gegen Häftlinge, Festgenommene u.ä. tauchen in den Disziplinarstatistiken nur in wenigen Fällen, dann als "Verstöße gegen die demokratische bzw. sozialisti-

[Vortrag an der Hochschule, o.A., o.D., ca. 1984], Die Disziplinarpraxis im MfS und ihr Einfluß auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit; BStU, ZA, HA KuSch 182, Bl. 81-87, hier Bl. 86.

233 Ohne Wachregiment, Stand 30.9.1989: Bereich Disziplinar der HA KuSch vom 10.10.1989 [ohne Titel]; BStU, ZA, HA KuSch 487, Bl. 1-11.

234 Ebenda, Bl. 2; Protokoll der Kollegiumssitzung am 11.3.1958; BStU, ZA, SdM 1554, Bl. 141.

235 Dienstkonferenz des Leiters des ZMD am 5.12.1984 in Wünsdorf; BStU, ZA, HA KuSch 248, Bl. 56-86, hier Bl. 61; siehe auch: HA KuSch und ZMD vom Juni 1987, Zu sozialen, medizinischen und kaderpolitischen Aspekten des Alkoholmißbrauchs und der Alkoholabhängigkeit; BStU, HA KuSch Abt. K 6/9, unerschlossenes Material.

sche Gesetzlichkeit", auf. Zwar hat es in den fünfziger Jahren einige Entlassungen aufgrund solcher Brutalitäten gegeben, in der Regel wurden Mißhandlungen, Nötigungen usw. aber offenbar nicht verfolgt.

Seit den siebziger Jahren, vor allem aber seit 1984 gewann das Problem der Westkontakte eine neue Dimension: Kontakte und Verbindungen von Familienangehörigen der Mitarbeiter in den Westen nahmen sprunghaft zu. Übersiedlungen, Fluchtversuche und vor allem die seit 1986 "aufgrund politischer Notwendigkeit und der Dialogpolitik unserer Partei" in völlig neuen Größenordnungen genehmigten Reisen in dringenden Familienangelegenheiten sowie Touristik-Reisen in den Westen ließen die Zahl von MfS-Mitarbeitern, deren Verwandte über aktive Westverbindungen verfügten, in die Höhe schnellen - und nicht jeder Mitarbeiter kam der Meldepflicht nach. Eine Reihe von Mitarbeitern unterhielten sogar, auch wenn sie nicht reisen durften, selbst entsprechende Verbindungen, überwiegend zwecks "Erlangung westlicher Konsumgüter", wie das MfS analysierte.[236]

Eine besondere Rolle spielte das dizisplinarische Geschehen unter den Zeitsoldaten des MfS. Dort spielten Kameradendiebstähle, Entfernungen von der Truppe u.ä. unter den Delikten die größte Rolle. Auch die in der NVA verbreitete sogenannte "Entlassungskandidaten-Bewegung", also die Drangsalierung von Rekruten durch dienstältere Wehrpflichtige, "bis hin zu körperlichen Mißhandlungen" wurde beklagt.[237] Nach einer Untersuchung der Kaderverwaltung aus dem Jahr 1988 gab es unter den Zeitsoldaten sogar zahlreiche Fälle, in denen "faschistische oder nationalistische, militante, rassistische, chauvinistische, antikommunistische bzw. antisemitische Äußerungen" wie das "Singen des 'Deutschlandliedes'" oder die "Anwendung des 'Hitler-Grußes'" verfolgt werden mußten. Außerdem gebe es eine ganze Reihe von Soldaten, die "Auffassungen der Kirche und anderer antisozialistischer Kräfte, insbesondere hinsichtlich der Umweltproblematik, der Menschenrechtsfragen, der Friedensarbeit oder Meinungsfreiheit" vertreten würden. Bei knapp einem Viertel der UaZ wären "Wirkungserscheinungen der piD [politisch-ideologischen Diversion]", wie "Feindsenderempfang" festgestellt worden.[238]

---

[236] Abt. 3 des Bereiches Disziplinar der HA KuSch, Zuarbeit zum Grundsatzreferat des Generalmajor Möller für die Kaderleitertagung am 5.12.1986; BStU, ZA, HA KuSch AKG 19, S. 2, 6-7, 10-11.

[237] Referat Karl-Marx-Jahr, Bl. 121. Vgl. zum analogen, ungleich schärfer ausgeprägten Phänomen in den sowjetischen Streitkräften: Alexei Lewinson: Kasernenterror. Zur Soziologie der "Dedowschtschina", in: Rußland verstehen, Kursbuch 103 (1991), S. 139-148.

[238] Abt. Kader 15 der HA KuSch vom 22.3.1988, Einschätzung über bekanntgewordene Hinweise zu UaZ des Aufgabenbereiches, die mit neofaschistischen Äußerungen, Gedankengut sowie angrenzenden negativen Verhaltensweisen oder Vorfelderscheinungen auftraten; BStU, ZA, HA KuSch AKG 33, unerschlossenes Material.

9.2. Entlassungen

Neben den regulären Entlassungen aus Altersgründen sowie wegen zeitweiliger oder dauernder Dienstuntauglichkeit aus gesundheitlichen Gründen gab es unterschiedliche Formen der vorzeitigen Entlassung:

- Die Entlassung konnte als Disziplinarstrafe verhängt werden. Mit dieser - wie es in den fünfziger Jahren hieß - "Ausstoßung aus dem Organ" ging nicht selten eine Verfolgung durch die Strafjustiz einher.
- Wegen "Nichteignung" wurden Mitarbeiter entlassen, die den "politischen, charakterlich-moralischen sowie kader- und sicherheitspolitischen Anforderungen" nicht mehr genügten.[239] So wurde zum Beispiel bei weniger gravierenden Disziplinwidrigkeiten eine Disziplinarstrafe mit der Entlassung wegen Nichteignung verbunden[240] oder bei der Feststellung von Homosexualität eines Mitarbeiters dieser - ohne disziplinarische Bestrafung - auf diesem Wege entlassen.[241] Als "nicht geeignet" wurden in der Regel auch Mitarbeiter eingestuft, die selbst ein Entlassungsgesuch einreichten.[242] Für in der Ausbildung oder Einarbeitung befindliche Mitarbeiter wurde ab 1983 die Variante der "ungenügenden Voraussetzungen für den Dienst" eingeführt, außerdem konnten ab diesem Zeitpunkt Mitarbeiter auch wegen "mangelhafter Erfüllung der Dienstpflichten" entlassen werden. Schließlich wurde neu eingestellten Mitarbeitern in den ersten vier Wochen ihres Dienstes eine Art Rücktrittsrecht zugesprochen. Lehnten sie - unter dem Eindruck der konkreten Aufgaben und Belastungen - die Einhaltung ihrer Verpflichtung ab, so konnten sie ebenfalls entlassen werden.
- Daneben waren als weitere Gründe für Entlassungen auch "außergewöhnlich schwierige persönliche Verhältnisse", "strukturelle Veränderungen" und "fehlende Einsatzmöglichkeiten im MfS" sowie die "Übernahme wichtiger staatlicher und gesellschaftlicher Funktionen" vorgesehen,[243] die aber quantitativ eine untergeordnete Rolle spielten.

Da die vorzeitige Entlassung von Geheimnisträgern immer ein Risiko für das MfS bedeutete, sollte ihre Zahl möglichst gering gehalten werden. Insbesondere bei Entlassungsgesuchen versuchten die Vorgesetzten und Kaderleiter daher, den Mitarbeiter - je nach Motivlage - durch Versetzungsangebote, Mahnungen an seine Parteidisziplin oder auch Drohungen von seiner Absicht abzubringen. War bei Mitarbeitern aus besonders "sensiblen" Bereichen die Beendigung des regulären Dienstes unabwendbar, so konnte auch die Variante einer Entsendung als OibE, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragter in einen Betrieb, in Frage kommen, was für den

---

[239] Kaderordnung 1989, Abschnitt IV/201, Bl. 1-2.

[240] Bericht 1976, S. 13.

[241] Bereich Disziplinar der HA KuSch vom 16.1.1989, Auswertung/Information, Analyse zu Erscheinungen der Homosexualität unter Angehörigen des MfS; BStU, ZA, HA KuSch 487, Bl. 143-152.

[242] Vgl. z.B. BStU, ZA, KS II 639/89, Bl. 4-13 und 52.

[243] Vgl. Dienstlaufbahnordnung 1964, §§ 25 und 34; Dienstlaufbahnordnung 1966, § 34; Dienstlaufbahnordnung 1972, § 29; Dienstlaufbahnordnung 1983, §§ 18, 24, 32.

Mitarbeiter den Erhalt seines (materiellen) Status´ und für das MfS optimale Kontrollmöglichkeiten bot - gewissermaßen als Entlassung ohne Entlassung.

Mit dem Ende des aktiven Dienstes endete die Bindung an das MfS keineswegs. Die ehemaligen Mitarbeiter unterlagen auch fortan der Betreuung und Kontrolle.[244] Das MfS belehrte sie beim Ausscheiden eindringlich über die fortbestehende Schweigepflicht und sorgte - soweit sie nicht in Rente gingen - für ihre berufliche Zukunft. Entsprechend den Förderungsrichtlinien der NVA hatten die Entlassenen Anspruch auf Unterstützung bei der Eingliederung ins zivile Arbeitsleben. Das MfS stattete sie mit Arbeitspapieren, die sie als ehemalige Mitarbeiter des Ministerium des Innern auswiesen, aus und wies ihnen eine Arbeitsstelle zu. Die ausgeschiedenen Berufssoldaten wurden "zur vorbeugenden Verhinderung von Konfliktsituationen" sowie der "Vermeidung von begünstigenden Bedingungen für feindliche Angriffe" mittels Inoffizieller Mitarbeiter in ihrem neuen Umfeld unter Kontrolle gehalten und sollten, wenn irgend möglich, auch selbst als IM vom MfS geführt werden. Gab es Anzeichen "negativen" Verhaltens, so nahm die Staatssicherheit sie unter operative Bearbeitung (Operative Personenkontrollen, in schweren Fällen Sonder-Operativ-Vorgänge) und schritt gegebenenfalls ein.[245]

Tabelle 17: Entlassungsgründe bei Berufssoldaten 1988 und 1989 (absolut/in Prozent)[246]

	1988		1989	
Gründe	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Erreichen der Altersgrenze/Erfüllung der Dienstzeit	278	14,4	267	15,3
Dienstuntauglichkeit	873	45,1	714	40,9
Nichteignung / ungenügende Voraussetzungen / mangelnde Erfüllung der Dienstpflichten / Nichteinhaltung der Verpflichtung bis 4 Wochen	661	34,2	605	34,7
disziplinarische Gründe	54	2,8	84	4,8
Übernahme staatlicher und gesellschaftlicher Aufgaben	9	0,5	5	0,3
außergewöhnlich schwierige persönliche Verhältnisse	44	2,3	41	2,3
strukturelle Veränderungen	15	1,3	29	1,7
gesamt	1934	100	1745	100

In den achtziger Jahren bestimmte vor allem der hohe Anteil älterer MfS-Mitarbeiter, die den Belastungen des Dienstes physisch nicht mehr gewachsen waren, die Entlassungszahlen: Annähernd die Hälfte der Entlassungen erfolgte wegen Dienstuntauglichkeit. Aber auch die nachlassende "Kampfbereitschaft" und ideologische Bindungskraft zeigte Wirkung: Die Entlassungsgesuche und daraus resultierend die Entlassungen wegen Nichteignung nahmen zu. Der Leiter

---

[244] So schon die - offenbar nicht hinreichend umgesetzte - Anweisung Zaissers: Anweisung des Ministers vom 10.3.1952: Ehemalige Mitarbeiter des MfSt. [MfS], sowie die Ermahnung zur Durchführung der Anweisung vom 22.3.1952; BStU, ZA, DSt 101384; Anweisung des Leiters der HA KuSch zur Erfassung der ehemaligen Angehörigen des MfS vom Januar 1970; BStU, ZA, DSt 101471.

[245] Erfahrungsaustausch KfS 1985, S. 58. Vgl. exemplarisch: Abt. 15 der HA III vom 2.3.1989, Maßnahmeplan zur operativen Absicherung des ehemaligen Angehörigen der HA III; BStU, ZA, SdM 2248, Bl. 85-87; Dienstanweisung 5/84 des Ministers über die politisch-operative Sicherung und Kontrolle der ehemaligen Angehörigen des MfS vom 1.11.1984; BStU, ZA, DSt 103106.

[246] 1989 bis Oktober; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 15 III, unerschlossenes Material.

der Hauptabteilung Kader und Schulung berichtete der Parteileitung des Ministeriums 1986, daß 56 Prozent aller Entlassungen wegen Nichteignung auf Entlassungsgesuche zurückgingen. Dies sei eine Zunahme von zehn Prozent zum Vorjahr. "Politisch-ideologische Unklarheiten", aber auch "übersteigertes Besitz- und Vorteilsstreben" sowie die "Überbewertung der eigenen Persönlichkeit" stünden hinter dieser bedenklichen Tendenz. "Verbitterung über persönlich verspürte Mängel in der Leitungs- und Erziehungsarbeit" sei ebenso eine Ursache wie die nachlassende Dienstbereitschaft: "Eine wesentliche Rolle spielen bei Entlassungsgesuchen auch die Perspektiven, die den Angehörigen im Zivilbereich geboten werden und ihnen im Vergleich mit den im MfS gebotenen Entwicklungswegen günstiger erscheinen, zumal diese oftmals mit weniger Mühe sowie Konsequenzen für das persönliche Leben verbunden sind."[247]

9.3. "Verräter"

Der Verrat, also die Spionage für gegnerische Geheimdienste bzw. das Überlaufen zu solchen Diensten, war das schlimmste denkbare Vergehen eines MfS-Mitarbeiters - bis 1987 stand darauf die Todesstrafe. Am Tage der vermutlich ersten Exekution eines geflüchteten MfS-Mitarbeiters, Paul Rebenstock, durch die DDR-Justiz[248] erklärte der Staatssekretär Ernst Wollweber: "Für Schwankende, Feige und Verräter ist kein Platz in den Reihen der Organe der Staatssicherheit. Es gibt nichts Schlechteres als Verrat an der Sache der Partei, der Arbeiterklasse und des Sozialismus."[249] 1955 drohte er anläßlich zweier weiterer Todesurteile gegen Bruno und Susanne Krüger allen Überläufern: "Jeden Verräter an unserer gerechten Sache ereilt sein verdientes Schicksal. Er wird genau wie die beiden Krüger ergriffen, auch wenn er sich in einem noch so sicheren Versteck zu befinden glaubt, und entgeht in keinem Fall seiner gerechten Strafe, denn die Macht der Arbeiterklasse reicht über alle Grenzen hinaus."[250] In bislang sieben bekannten Fällen wurde diese Drohung wahrgemacht und geflüchtete Mitarbeiter aus dem Westen entführt, abgeurteilt und hingerichtet. In drei weiteren Fällen traf MfS-Mitarbeiter, die Spionage betrieben oder nur vorbereitet hatten, ebenfalls die Todesstrafe.[251]

Entführungen und Hinrichtungen dienten vor allem der internen Abschreckung. Entgegen den martialischen Drohungen Wollwebers konnten in den fünfziger und sechziger Jahren nämlich

---

[247] Leiter der HA KuSch vom Juni 1987, Ausführungen vor dem Sekretariat der Kreisleitung; BStU, ZA, KL SED 583, S. 10-12.

[248] Von der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) waren vor 1953 u.a. zwei abtrünnige MfS-Mitarbeiter bestraft worden, die Todesstrafe ist hier nicht auszuschließen; vgl. BStU, ZA, HA KuSch, Bereich Disziplinar, A/I 628.

[249] Befehl 78/54 des Staatssekretärs, Strafverfahren gegen den ehemaligen Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit, den Verräter Rebenstock; BStU, ZA, DSt 100082, S. 2.

[250] Befehl 224/55 des Staatssekretärs vom 5.8.1955; BStU, ZA, DSt 100128.

[251] Vgl. ausführlich zum Komplex Entführungen und Todesurteile Karl Wilhelm Fricke: "Jeden Verräter ereilt sein Schicksal". Die gnadenlose Verfolgung abtrünniger MfS-Mitarbeiter, in: Deutschland Archiv 3 (1994), S. 258-265; geringfügig erweitert auch erschienen als: ders.: Das Phänomen des Verrats in der DDR-Staatssicherheit, in: ders. und Bernhard Marquardt: DDR Staatssicherheit: Das Phänomen des Verrats, die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995, S. 9-49.

eine ganze Reihe von MfS-Mitarbeitern in den Westen flüchten und sich erfolgreich dem Zugriff des MfS entziehen (siehe Tabelle 18). Seit Ende der sechziger Jahre hatte die Staatssicherheit die interne Lage dann nahezu vollständig im Griff. Die letzte erfolgreiche Flucht gelang im Januar 1979 dem im Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) der Hauptverwaltung Aufklärung tätigen Oberleutnant Werner Stiller - für seine Ergreifung lobte Mielke ein Kopfgeld von einer Million Mark aus.[252] Im Mai des gleichen Jahres wurde die Ausschleusung eines Offiziers der Bezirksverwaltung Potsdam, Major Gert Trebeljahr, vereitelt, sowie 1980 der ebenfalls in der HV A dienende Hauptmann Dr. Werner Teske wegen Spionage und Fluchtvorbereitungen verhaftet; beide wurden zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung Teskes am 26. Juni 1981 war die letzte bislang bekannte Vollstreckung eines Todesurteils in der DDR.[253] Mielke bekräftigte nach dieser neuerlichen Häufung von Fällen versuchten oder vollzogenen Verrats die Drohung gegen alle MfS-Mitarbeiter: "Wir sind nicht davor gefeit, daß wir mal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüßte, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzen Prozeß. Weil ich Humanist bin. Deshalb hab ich solche Auffassung. [...] Das ganze Geschwafel, von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil - alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil."[254]

---

[252] Zum Fall Stiller vgl.: Stiller, Zentrum (siehe Anm. 41); Guido Knopp und Peter Adler: Der Überläufer, in: Guido Knopp: Top-Spione. Verräter im geheimen Krieg, München 1994, S. 289-334; Serie in: Der Spiegel, 13-15 (1992). Die Prämie bestätigt der ehemals für die Verfolgung von Überläufern verantwortliche Leiter der Spionageabwehr, Günter Kratsch, in: "Zwei Todfeinde an einem Tisch", in: Der Stern vom 13.10.1994.

[253] Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Im Namen des Volkes. Über die Justiz im Staat der SED, Katalog zur Ausstellung, Leipzig 1994, S. 217. Die Todesstrafe wurde 1987 abgeschafft.

[254] Mielke, Schlußwort auf der Kollegiumssitzung am 19.2.1982; BStU, ZA, ZAIG/Tb/1[Tonbandprotokoll]; das Zitat bezieht sich ganz offenkundig auf Verräter in den eigenen Reihen der MfS-Mitarbeiter, insofern ist die Verwendung im Zusammenhang mit anderen von der Staatssicherheit "bearbeiteten" Personen nicht zutreffend; vgl. Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991, S. 216 und zuletzt: Hinrichten, notfalls ohne Urteil, in: Der Spiegel 19 (1995), S. 56.

Tabelle 18: Fahnenfluchten, Republikfluchten, Übersiedlungen von Mitarbeitern und ehemaligen Mitarbeitern des MfS 1950 bis 1988 (absolut)[255]

	1950-60	1961-70	1971-80	1981-88	gesamt
Fahnen- und Republikfluchten von Mitarbeitern (davon operative Mitarbeiter)	92 (51)	17 (11)	2 (2)	0	111 (64)
Republikfluchten von ehemaligen Mitarbeitern (davon operative Mitarbeiter)	308 (57)	54 (54)	5 (1)	6 (k.A.)	373 (68)
gesamt	400 (108)	71 (21)	7 (3)	6 (k.A.)	484 (132)
davon "zurück"	108	12	1	k.A.	120
davon Todesstrafe	7	-	-	k.A.	7
Haftentlassungen/Übersiedlungen ehemaliger Mitarbeiter nach Westdeutschland	1	3	3	105	112

Das von Wollweber und Mielke erzeugte - und von westlichen Beobachtern unter umgekehrten Vorzeichen reproduzierte - Bild einer allgegenwärtigen, gnadenlosen Verfolgungsmacht ist an einigen Punkten zu relativieren. Die MfS-interne Nachweisführung belegt fast 500 Fälle von - z.T. bereits zuvor aus dem Dienst entlassenen - MfS-Mitarbeitern, die Republikflucht begingen, darunter 132 operative Mitarbeiter. Davon wurden 120 wieder in die DDR "zurückgeholt" und in der Regel zu Zuchthausstrafen verurteilt. In drei dieser Fälle vermerkte der Bereich Disziplinar eine freiwillige Rückkehr, woraus sich schließen läßt, daß sie in den anderen Fällen unter Zwang erfolgte.[256] Die anderen erreichte der lange Arm der Staatssicherheit nicht, unter anderem aufgrund aufwendiger Abschirmungsmaßnahmen westlicher Dienste.

Gegenüber den in den fünfziger Jahren geflüchteten Mitarbeitern ließ die Verfolgungsenergie später nach. In einer 1988 erstellten Übersicht sind bei etwa einem Viertel der Registrierten sogar regelmäßige, offenkundig unbehelligte Besuchsreisen in die DDR vermerkt.[257] Selbst die Übersiedlung ehemaliger MfS-Mitarbeiter in die Bundesrepublik wurde seit der Ausreisewelle von 1984 genehmigt. Von 369 entsprechenden Antragstellern (1981 bis 1988), darunter 112 ehemaligen Berufssoldaten, konnten 105 in die Bundesrepublik übersiedeln.

---

[255] Ohne Versuche, für 1989 liegen derzeit keine Angaben vor. Zusammengestellt aus: Ordner Flüchtige Mitarbeiter und ehemalige Mitarbeiter des MfS; BStU, ZA, HA KuSch, Bereich Disziplinar A/I 628, unerschlossenes Material (künftig: Ordner Flüchtige Mitarbeiter). Die Angaben zu Übersiedlungen 1981-88 nach: Bereich Disziplinar der HA KuSch, A/I, Zu Erscheinungen von Übersiedlungsersuchen unter ehemaligen Angehörigen des MfS, 23.6.1988; BStU, ZA, HA KuSch AKG 33; Bereich Disziplinar der HA KuSch vom 24.6.1988, Analyse zur Entwicklung der privaten Ausreisetätigkeit Verwandter von Angehörigen des MfS Berlin; BStU, ZA, HA KuSch AKG 33, S. 10.

[256] Alle Angaben entsprechend der Nachweisführung des Bereiches Disziplinar des MfS; Ordner Flüchtige Mitarbeiter. Eine umfassende Untersuchung der einzelnen Fälle steht noch aus.

[257] AKG der HA KuSch vom 24.4.1988, Flüchtige E[hemalige] M[itarbeiter]; BStU, ZA, HA KuSch 472.

10. Auflösung 1989/1990

10.1. Innerer Zustand im Herbst 1989

Bilanziert man den inneren Zustand des MfS-Mitarbeiterbestands Ende der achtziger Jahre, so sind Symptome einer inneren Erosion nicht zu übersehen. Probleme bei der Kaderrekrutierung, die Überalterung des Personalbestandes und der Führung, aber auch die zunehmenden Westkontakte im Umfeld der Mitarbeiter und die damit verbundenen Einflüsse schufen strukturelle Defizite, die - mit dem heutigen Wissen um den Zusammenbruch des Apparates - als Vorboten der finalen Krise erscheinen. Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß die militärische Hierarchie bis in den Herbst 1989 hinein intakt war und die enge Führung durch die SED kaum Spielraum zur Artikulation und Rückkopplung innerer Desintegrationsprozesse im Mitarbeiterbestand ließ. Sich nicht gegen die Partei zu stellen, das war oberste Maxime unter den MfS-Mitarbeitern - und wenn die Partei, sprich ihre Führung, es befohlen hätte, hätten die Mitarbeiter vermutlich etwaige Skrupel überwunden und wären zum Einsatz gegen die Demokratiebewegung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bereit gewesen.

Aber der vermeintlich monolithische Block hatte bereits Risse. Besonders die Nachwuchs-Tschekisten machten sich wenig Illusionen über das Ansehen der Staatssicherheit in der Bevölkerung. So befragte ein Absolvent der JHS für eine im April 1989 abgeschlossene Diplomarbeit über das "tschekistische Feindbild und damit verbundene Probleme bei der Herausbildung des Berufsethos" Offiziersschüler der Hochschule. Um ihre Meinung über die Auffassungen in der DDR-Bevölkerung zur Arbeit des MfS gebeten, zeichneten die Befragten ein zwiespältiges Bild: Zwar schätzten 42 der befragten 62 Offiziersschüler (67,7 Prozent) ein, die DDR-Bürger würden die angebotene Aussage "MfS ist notwendig und wichtig für Friedenssicherung" als ganz oder teilweise zutreffend bewerten, und 32 (51,6 Prozent) meinten, der "MfS-Beruf" werde als "verantwortungsvoller Dienst an Volk und Staat" gesehen. Zugleich gaben aber 44 (70 Prozent) an, der eine negative Konnotation nicht ausschließende Satz "MfS ist geheimnisvoll und nur etwas für Spezialisten" würde mindestens teilweise Zustimmung finden - und 47 Offiziersschüler (75,8 Prozent) waren der Ansicht, daß die Position, "MfS-Arbeit" sei "Spitzeltätigkeit gegen das eigene Volk" auf volle oder teilweise Zustimmung in der DDR-Bevölkerung stoßen würde. Daß MfS-Mitarbeiter als "Menschen wie du und ich" betrachtet würden, glaubten nur 36 (58,1 Prozent) der befragten Offiziersschüler. Stellt man in Rechnung, daß die Befragungsbedingungen eher eine im offiziellen Sinn beschönigende Wirkung erwarten lassen, geben die Daten doch einen Eindruck vom Legitimationsdefizit, das diese Offiziersschüler verspürten.[258]

---

[258] Die weitere Befragung dokumentiert selbstverständlich auch die psychischen Kompensationsstrategien der Offiziersschüler zur Überwindung solcher Zweifel; Uwe Hasenbein: Zum tschekistischen Feindbild und damit verbundene Probleme bei der Herausbildung des Berufsethos bei Offiziersschülern der Hochschule des MfS; Diplomarbeit, JHS Potsdam-Eiche 1989; BStU, ZA, JHS 21431, hier S. 181-182.

Aus den zunehmenden Differenzen zwischen der SED und der zuvor immer als Vorbild gepriesenen sowjetischen Führung, jetzt unter Gorbatschow, resultierte zudem der Verlust einer einheitlichen ideologischen Linie, an die sich die Mitarbeiter im Zweifel hätten halten können. Mit dem Ausscheiden des stellvertretenden Ministers Generaloberst Markus Wolf 1986 und seiner darauf folgenden öffentlichen Profilierung als gorbatschowistischer Schriftsteller personalisierten sich diese Differenzen sogar in der MfS-Führung.[259] Die Berichterstattung aus den Versammlungen der Partei- und Grundorganisationen der SED zeigt, daß die Bereitschaft, Kritik zu äußern, im Jahre 1989 trotz drohender Parteiverfahren recht groß war. So wurden die Versorgungslage, die ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu Devisen, die unrealistischen Berichte der DDR-Medien u.ä. moniert und an einigen Punkten auch Ursachenforschung im DDR-System sowie "etwas mehr Umgestaltung" angemahnt.[260] In einer FDJ-Wahlversammlung an der Hochschule des MfS machte sich das dortige "Liedertheater" unter "starkem Beifall" der Versammlung über das - auch von Wolf in einem Interview des Westfernsehens kritisierte - Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" in der DDR lustig.[261]Die latente Unruhe wurde manifest, als in den Wochen nach dem 7. Oktober die Parteiführung vor einer gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen und Protesten zurückschreckte und der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz eine Politik des "Dialogs" und der "Wende" proklamierte. Dieser Kurswechsel verurteilte das MfS zu zähneknirschender Passivität, außerdem gelang es der SED unter dem Druck der wachsenden Bürgerbewegung nicht mehr, eine gültige Parteilinie neu zu formulieren - schon gar nicht, was die Staatssicherheit betraf. Mit dem Verbot des Schußwaffengebrauchs gegen Demonstranten und den ersten Anordnungen zur Vernichtung von dienstlichen Materialien wurden die MfS-Mitarbeiter in eine Defensivposition gerückt, die in tiefem Gegensatz zu der vom Minister zuvor verkündeten tschekistischen Kampfbereitschaft stand.[262] In einem am 2. November verbreiteten Brief an alle Mitarbeiter blieb Mielke nichts übrig, als ihnen in tiefer Ratlosigkeit für ihre "standhafte Haltung und verantwortungsvolle Pflichterfüllung in diesen schweren Tagen" und ihre Selbstbeherrschung angesichts von "ständig zunehmenden Verleumdungen, Diskriminierungen und Beleidigungen bis hin zu Gewaltandrohungen gegen Dienststellen und Angehörige, gegen Euch, in Einzelfällen gegen Eure Familien und selbst gegen Eure Kinder" zu danken. Er und alle MfS-Mitarbeiter würden sich den neuen Anforderungen aus der "Politik der Wende" stellen und die

---

[259] Ob die Gründe für das Ausscheiden Wolfs tatsächlich in seinen politischen Differenzen bzw. Ambitionen lagen, kann hier nicht behandelt werden; vgl. Markus Wolf: Die Troika, Berlin/Weimar 1989; ders.: Im eigenen Auftrag, München 1991; vgl. Süß: Entmachtung, S. 30-32, besonders Anm. 99.

[260] Zur Auflösungsgeschichte des MfS vgl. die Darstellung bei Süß, auf die hier Bezug genommen wird; Süß: Entmachtung, hier S. 16-17. Zum DDR-Kontext vgl. Konrad Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/M. 1995.

[261] Die Verantwortlichen wurden dafür ausdrücklich nicht gemaßregelt, sondern sollten durch politisch-ideologische "Stählung und Erziehung" von der Verwerflichkeit ihres Tuns überzeugt werden; Parteikontrollkommission der Parteiorganisation im MfS vom 28.12.1988, Bericht zum unparteilichen Verhalten von Parteimitgliedern im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Singebewegung und im dritten Offiziersschülerlehrgang der Hochschule des MfS; BStU, ZA, KL SED 493, unerschlossenes Material.

[262] Süß: Entmachtung, S. 8-10.

"erforderlichen Schlußfolgerungen ableiten und durchsetzen" - wie diese aussehen sollten, ließ er allerdings offen.[263]

Ungestraft mußten die Mitarbeiter sich von Demonstranten als "Faulenzer, Parasiten, faules Pack, Volksverräter" titulieren lassen, die "in die Produktion" geschickt werden sollten.[264] Die Demonstrationen, die in den Kreis- und Bezirksstädten häufig direkt an den Dienststellen der Staatssicherheit vorbei führten, sowie die ausbleibenden Gegenmaßnahmen der Partei- und Ministeriumsführung stürzten die Mitarbeiter in "Verwirrung und wachsende Verbitterung".[265] Besonders in den Kreisstädten der DDR, wo die MfS-Mitarbeiter nicht die Anonymität wie in den Bezirksstädten und Ost-Berlin genossen, verbreitete sich Unruhe.[266] Den entscheidenden Schlag versetzte der am 7. November als Minister zurückgetretene Erich Mielke der Moral seiner Mitarbeiter allerdings selbst mit seinem jämmerlichen Auftritt vor der Volkskammer am 13. November 1989. "Bestürzung, innere Verzweiflung und Betroffenheit", hieß es aus der Abteilung XI, hätte das Gestammel bei ihnen ausgelöst.[267] Auch aus zahlreichen anderen Abteilungen und territorialen Gliederungen meldeten sich die Mitarbeiter, um ihrer Erschütterung, aber auch der Wut über den katastrophalen Abgang ihrer jahrzehntelangen Leitfigur Ausdruck zu geben.

Allein die Tatsache, daß viele einzelne Mitarbeiter und "Dienstkollektive" seit Mitte Oktober begannen, ihre Meinungen ungefragt den Parteiinstanzen und auch ranghohen Vorgesetzten in teilweise scharfer Form kundzutun, dokumentiert die wachsende Zersetzung der quasi-militärischen Hierarchie. Innere Widersprüche zwischen privilegierter Generalität und sonstigen Mitarbeitern, zwischen Leitern und Untergebenen, zwischen der Zentrale und den "Tschekisten" der regionalen Gliederungen brachen nun offen hervor. Als innenpolitischer Faktor war der Apparat damit zunehmend paralysiert. Nach den bislang vorliegenden Erkundungen hat es nur in Ausnahmefällen eigene Initiativen gegeben, das Ruder - zur Not auch gegen den Willen der

---

263 Persönliches Schreiben [des Ministers] an alle Angehörigen des MfS vom 2.11.1989; BStU, ZA, HA KuSch 440, Bl. 1-4; auch abgedruckt in: Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991, S. 338-339.

264 Vgl. die Auflistung der Parolen in: "Übersicht"; BStU, ZA, AGM 1654, Bl. 1-27; auch zitiert bei Süß: Entmachtung, S. 11.

265 Süß: Entmachtung, S. 21.

266 Vgl. als Beispiel Günter Siegel: Die Kreisdienststelle Mühlhausen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Herbst 1989, in: Josef Lütke Aldenhövel u.a. (Hrsg.): Mühlhausen 1989/1990. Die Wende in einer thüringischen Kleinstadt, 2. Aufl. Münster 1993, S. 197-228, hier S. 216; sowie die Einschätzung des stellvertretenden Ministers Rudi Mittig am 21. November; Dienstbesprechung am 21.11.1989 (künftig: Dienstbesprechung 21.11.89); BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 1-68, hier Bl. 57, auch zitiert bei Süß: Entmachtung, S. 11.

267 Abt. XI GO XI, Schreiben an Generalleutnant Schwanitz vom 14.11.1989; BStU, ZA, SdM 2336, Bl. 192; weitere Zitate bei Süß: Entmachtung.

SED-Führung - mit einem gewaltsamen Schlag gegen die Demokratiebewegung herumzureißen.[268]

10.2. Amt für Nationale Sicherheit

In seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 kündigte der neu gewählte Ministerpräsident Hans Modrow unter anderem die Umwandlung des MfS in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) an. Damit sollte auch eine "Verringerung des Aufwandes" verbunden sein.[269] Der am folgenden Tag gewählte neue Leiter des AfNS, der vormalige stellvertretende Minister Generalleutnant Wolfgang Schwanitz,[270] sprach wenige Tage später von einer Verringerung um etwa 8.000 Stellen, ohne die absolute Größe des Apparates zu nennen.[271] Intern hatte er bereits am 15. November die Notwendigkeit der "Freisetzung bzw. Umgruppierung von Kadern in erheblichen Größenordnungen" herausgehoben, was von den Mitarbeitern als "Abschiedsbrief" aufgefaßt wurde.[272]

Wenngleich sich ihre Befürchtungen wenig später als zutreffend erweisen sollten, so taten sie ihrem neuen Leiter damit doch Unrecht. Die Überlegungen von Schwanitz zur personellen Umgestaltung waren nämlich an Leitlinien orientiert, die den meisten Mitarbeitern eine gesicherte Perspektive geboten hätten. Auf einer Dienstbesprechung am 21. November versuchte er zu beruhigen. Sorge bereiteten ihm in erster Linie die individuellen Aktivitäten vor allem jüngerer Mitarbeiter, die sich frühzeitig nach neuen Arbeitsplätzen umsahen:

> "Wir brauchen ein schlagkräftiges Staatssicherheitsorgan mit diesem Amt. Mit einem hervorragenden Stamm guter Tschekisten, die gut kämpfen können, die Erfahrungs- und Kenntnisträger sind, wo die richtige altersmäßige Zusammensetzung gewährleistet ist. [...] Nicht daß uns jetzt alles anarchisch auseinanderrennt. Es gibt viele Aktivitäten von Mitarbeitern sich zum Beispiel selbst neue Arbeitsstellen zu suchen, viele reichen Entpflichtungen ein. Wie gesagt, wir dürfen keine Anarchie zulassen. Wer natürlich unbedingt in dieser Situation gehen will, den soll man selbstverständlich nun auch nicht mit Krampf halten. Aber um die besten Kader müssen wir auch ringen, das sage ich ganz

---

[268] Bekannt geworden ist vor allem das Fernschreiben aus der BV Gera vom 9. Dezember: Ein Nasi [AfNS]-Fernschreiben, das Staub aufwirbelte, in: Nationalzeitung vom 10.1.1990, vgl. Süß: Entmachtung, S. 20-22, S. 66.

[269] Hans Modrow, Regierungserklärung in der Volkskammer am 17.11.1989, abgedruckt in: Deutschland Archiv 1 (1990), S. 122-135, hier S. 131.

[270] Generalmajor Dr. jur. Wolfgang Schwanitz, Jahrgang 1930, seit 1951 beim MfS tätig, leitete von 1974 bis 1986 die Bezirksverwaltung Berlin und wurde dann stellvertretender Minister für Staatssicherheit, verantwortlich für die technischen Diensteinheiten (Funkaufklärung, Operative Technik, Nachrichtenverbindungen, Chiffrierdienst, Bewaffnung/Chemischer Dienst, Telefonüberwachung). Seit 1986 war Schwanitz Kandidat des Zentralkomitees der SED.

[271] Neues Deutschland vom 23.11.1989.

[272] Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit vom 15.11.1989; BStU, ZA, SdM 627, Bl. 67-77, hier Bl. 69; Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung am 18.11.1989; BStU, ZA, KL SED 570, unerschlossenes Material, Bl. 782-865, hier Bl. 824.

> deutlich. [...] Die Leiter müssen darauf Einfluß nehmen, daß die zuverlässigen und qualifizierten, jungen und leistungsfähigen Mitarbeiter im Amt bleiben."[273]

Zu diesem Zeitpunkt waren die Vorstellungen über die weitere Personalpolitik noch nicht weit gediehen. Klar war das Ziel, den Apparat durch eine Verkleinerung zu modernisieren, insbesondere jüngere Kader zum Zuge kommen zu lassen. Aber die Vorstellungen, was mit dem überzähligen Personal zu geschehen habe, waren noch sehr vage formuliert. Lediglich die Abgabe von etwa 6.000 bis 7.000 Mitarbeitern an die Zollverwaltung zur Deckung des durch die Grenzöffnung sprunghaft gestiegenen Personalbedarfs stand bereits fest. Die Kooperation mit dem Leiter der Zollverwaltung (und Offizier im besonderen Einsatz), Gerhard Stauch, laufe, so Schwanitz, "eigentlich sehr gut", obwohl, wie der Leiter des Leipziger Bezirksamtes, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, klagte, sich dort Argwohn über ein Eindringen des MfS in den Zoll verbreite.[274] Ansonsten erwartete Schwanitz weitere Kaderanforderungen aus der Kommunalverwaltung sowie dem Verkehrs- und Dienstleistungssektor.[275]

In den darauffolgenden Tagen wurden die Pläne konkretisiert. Am 24. November gab der Personalchef, Generalleutnant Günter Möller, als Maxime aus, daß "kein Genosse [...] sich selbst überlassen bleiben" dürfte, "jedem einzelnen" sei zu helfen.[276] Zur zentralen "Kräftelenkung im Amt" wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet. Vier Tage später stellte er in einer "internen Vororientierung" eine Reduzierung des Personalbestandes um mindestens fünfzig Prozent in Aussicht.[277] Schwanitz gab als Leitzahl eine Größenordnung von 43.000 Mitarbeitern vor.[278] Diese Zahlen klangen allerdings dramatischer als sie sich real darstellten. Ein beträchtlicher Teil des Mitarbeiterbestandes sollte durch die Auslagerung ganzer Diensteinheiten aus dem Amt abgebaut werden. Die Linie VI (Paßkontrolle, Tourismus, Interhotel) sollte mit etwa 10.000 Mitarbeitern zu den Grenztruppen kommen, die umfänglichen Dienstleistungsbereiche ("Fotolabors, Wäschereien, Werkstätten" und andere) in den zivilen Sektor ausgelagert werden.[279]

Daneben gewannen die Pläne für Versetzungen in andere bewaffnete Organe (insbesondere die Zollverwaltung sowie die Volkspolizei) an Kontur. Das Ministerium für Innere Angelegenheiten signalisierte Ende November 792 freie Planstellen zur Besetzung durch MfS-Mitarbeiter.[280]

---

[273] Dienstbesprechung 21.11.1989, Bl. 46-47.

[274] Ebenda, Bl. 66-67.

[275] Ebenda, Bl. 56.

[276] AKG der HA KuSch vom 24.11.1989, Beratung - Leiter der Hauptabteilung mit den Leitern der Abteilungen Kader und Schulung der Bezirksverwaltungen; BStU, ZA, HA KuSch 260, Bl. 122-126, hier Bl. 122.

[277] AKG der HA KuSch vom 28.11.1989, Beratung - Leiter der Hauptabteilung mit Leitern der Abteilungen Kader der Hauptabteilung (künftig: Beratung 28.11.1989); BStU, ZA, HA KuSch 260, Bl. 117-121, hier Bl. 117.

[278] Konzeption zur Bestimmung der grundsätzlichen Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit vom 29.11.1989; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 655-667.

[279] Beratung 28.11.1989, Bl. 117-118.

[280] HA KuSch vom 24.11.1989, Vermerk [über ein Gespräch des stellv. HA-Leiters Oberst Ganßauge mit dem Leiter Kader des MfIA, Generalleutnant Reinecke]; BStU, ZA, HA KuSch Ltg. 13, unerschlossenes Material.

Auch die Kriminalistik-Studenten des MfS sollten vom Innenministerium übernommen werden.[281]

Für die Vermittlung in zivile Arbeitsverhältnisse seien, so der Leiter der zuständigen Arbeitsgruppe, "Direktbeziehungen" zu Kaderleitern von Großbetrieben und Einrichtungen wie der Druckerei des "Neuen Deutschland", dem VEB Autotrans sowie den Berliner Verkehrsbetrieben aufgenommen werden, dabei hätte er "großes Entgegenkommen" gespürt. Über die Linie XVIII sollte die Kooperation mit den Ämtern für Arbeit organisiert werden. Mit der Leitung der Hauptabteilung XVIII diskutierte der zuständige Kaderinstrukteur Varianten zur effektiveren Auslagerung von Personal: Zum einen wurde darüber nachgedacht, Volkseigene Betriebe u.ä. "mit abzubauenden Fonds", also materiellen und finanziellen Mitteln des Amtes, zu gründen, in denen dann vorrangig ehemalige Mitarbeiter eingestellt werden sollten. Zum anderen wurde angeregt, legendierte Arbeitsnachweise von zivilen Stellen zu benutzen, da die beim Ausscheiden übliche Legendierung als Mitarbeiter des Ministerium des Innern keine hinreichende Tarnung mehr böte und die Mitarbeiter in den Betrieben auf Ablehnung stoßen würden.[282]

In der Öffentlichkeit sollte die Reformwilligkeit der AfNS-Führung durch die Auflösung der Kreisdienststellen demonstriert werden, in denen etwa 10.500 Mitarbeiter dienten, die häufig vor Ort auch bekannt waren. Welcher Anteil dieser Mitarbeiter tatsächlich für die Eingliederung in den "Arbeitsprozeß" vorgesehen war und wieviele in den neu zu schaffenden "Außenstellen der Bezirksämter" weiter ihren tschekistischen Pflichten nachgehen sollten, ließ Schwanitz offen. Hinter dieser Verringerung der institutionellen Präsenz stand wohl mehr der Wunsch nach einer effektvollen Geste und der gleichzeitigen Schaffung neuer verdeckter Handlungsmöglichkeiten als die reale Bereitschaft, den flächendeckenden Kontrollanspruch aufzugeben.[283]

Eine reale Reduktion der Mitarbeiterzahlen erfolgte in den ersten Wochen nach der "Wende" kaum. Zwar wurde für den 30. November eine Mitarbeiterzahl von 85.447 festgestellt, die dann später auch Grundlage der ersten veröffentlichten Angaben wurde. Die Senkung gegenüber Oktober um gut 6.000 Mitarbeiter war aber offensichtlich zum größten Teil das Ergebnis eines (nicht nur) statistischen Tricks: Die 2.232 Offiziere im besonderen Einsatz, sowie die 2.118 hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter wurden nicht mehr berücksichtigt. Tatsächlich seien,

---

[281] HA KuSch vom 23.11.1989, Vermerk [über ein Gespräch des stellv. HA-Leiters Oberst Hempel mit dem stellv. Leiter der HA Kriminalpolizei des MfIA, Oberst Neumann]; BStU, ZA, HA KuSch Ltg. 13, unerschlossenes Material.

[282] HA XVIII vom 22.11.1989, Protokoll über die Beratung zu den gegenwärtigen Kaderveränderungen im Bestand der Hauptabteilung XVIII; BStU, ZA, HA XVIII 442, Bl. 1-2, hier Bl. 2; dieses Dokument ist abgedruckt in: Uwe Bastian: Auf zum letzten Gefecht ... Dokumentation über die Vorbereitung des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, Nr. 9/1994 (künftig: Bastian: Gefecht).

[283] Näheres bei Süß: Entmachtung, S. 41-42.

so meldete die Hauptabteilung Kader und Schulung, bis zum 8. Dezember "ca. 1.000" Mitarbeiter entlassen worden.[284]

Die Äußerung von Schwanitz am 21. November, wonach ein erfahrener, leistungsfähiger und qualifizierter, aber auch junger "Stamm guter Tschekisten" gehalten werden sollte, verdeutlicht, daß er sich zwar einiger personeller Lasten der achtziger Jahren entledigen wollte, der Gedanke der Kontinuität jedoch ganz offensichtlich Vorrang vor einer grundlegenden Umorientierung der Kaderpolitik hatte. Zwar sollte das MfS nominell für Mitglieder anderer Parteien geöffnet werden, das geforderte "uneingeschränkte Bekenntnis zum Sozialismus, dessen verfassungsmäßigen Grundlagen und der Sicherheitspolitik der Koalitionsregierung", so die Formulierung der "Arbeitsgruppe Kaderarbeit", setzte der neuen Pluralität aber enge Grenzen. Im modernisierten und effektivierten Apparat sollten nur noch Hoch- und Fachschulabsolventen beschäftigt werden. Angesichts der in Aussicht stehenden Kontrolle durch parlamentarische Gremien wurden neue Anforderungen an die Leiterpersönlichkeiten formuliert: Fähigkeiten wie "Argumentationsfähigkeit, Sprachgewandtheit, Kritikverträglichkeit" und "persönliche Integrität" bekamen einen "neuen Stellenwert". Gleichsam mit spitzen Fingern näherte sich die Arbeitsgruppe dem scheinbar Unvermeidlichen:

> "Es ist nicht auszuschließen, daß sich ein Leiter im AfNS zukünftig auch auf ein Kollektiv stützen muß, in dem nicht alle Kollektivmitglieder der SED angehören bzw. in dem unterschiedliche, auch ideologische Positionen bestehen. Unter diesen Bedingungen ist die Fähigkeit zu entwickeln, einen Konsens im Sinne des einheitlichen Handelns zu schaffen. So gewinnen Überzeugungsfähigkeit, subjektive Autorität, Beherrschung der Gesprächsführung, Fähigkeit zur Konfliktlösung, Fähigkeit zur Nutzung unterschiedlicher Ideen zur Ausarbeitung akzeptierbarer Lösungen an Bedeutung."[285]

Die unter der Ägide von Schwanitz entstandenen Konzepte sind von dem Bestreben gekennzeichnet, über einige technokratische Reformen, symbolische Zugeständnisse und vordergründige Zustimmung zur Notwendigkeit der "Wende" hinaus, die Kernstrukturen möglichst weitgehend zu erhalten. Dies gilt nicht nur für das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter und die Exekutivbefugnisse, sondern auch auf der Ebene der Kaderpolitik.

Die systematische Darstellung der kaderpolitischen Konzepte dieser Tage suggeriert ein übertriebenes Bild von Planmäßigkeit im Vorgehen. Die Entwicklung von Entlassungs- und Umstrukturierungsplänen geschah nicht nur unter ständig steigendem Druck der erwachenden Öffentlichkeit, sondern auch unter eskalierenden inneren Verhältnissen im Apparat. Die Enthül-

---

[284] HA KuSch vom 8.12.1989, Aufgliederung des Personalbestandes; BStU, ZA, HA KuSch Plg. 15 III, unerschlossenes Material (künftig: Aufgliederung 8.12.1989); das Fehlen der OibE und HIM in der November-Statistik ist aus dem Vergleich der OiBE/HIM-führenden Diensteinheiten mit den Oktober-Daten abzulesen; vgl. ebenda und Statistischer Anhang.

[285] Arbeitsgruppe Kaderarbeit vom 24.11.1989, [Überlegungen zu einigen Aspekten künftiger Arbeit mit den Angehörigen]; BStU, ZA, HA KuSch 260, Bl. 42-47.

lungen über den Lebensstil der Parteiführung fügten sich zusammen mit den nun offen kritisierten Privilegien der MfS-Generalität (eigene Verkaufsstelle, Westautos und anderes) und raubten den hochgehaltenen idealistischen Motiven die Basis. Nach einer Falschmeldung der Berliner Zeitung, daß nun auch MfS-Mitarbeiter in den Westen fahren dürften, bildeten sich Schlangen in der Visastelle des MfS. Der Kaderbestand des Bezirksamtes Erfurt und seiner Kreisämter sei in einem "desolaten Zustand", berichtete der dortige Kaderleiter: "Mitarbeiter sind nicht zu halten, es werden keine Argumente angenommen; einige Leiter spielen verrückt, hier werden Entlassungen vorbereitet."[286] Die Stimmung schwankte zwischen Ohnmacht und Wut und bekam zuweilen auch aggressive Züge, die sich aber vor allem gegen die Partei und die Regierung richteten, von denen sich die Mitarbeiter im Stich gelassen fühlten.[287] In der zugespitzten Situation des 4. und 5. Dezember 1989, als in einigen Bezirksstädten die Dienststellen der Staatssicherheit besetzt wurden, gingen die Angehörigen des Wachregiments daran, Soldatenräte als Interessenvertreter gegenüber den Kommandeuren zu wählen. Und die Soldaten seines Kommandos 3 klagten bei einer Kundgebung auf dem Exerzierplatz in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember, ihren Dienst "im Namen von Verbrechern" geleistet zu haben und von "Feinden des Volkes mißbraucht" worden zu sein. Danach schickten sie sich an, "mit Kerzen zur Autobahn zu marschieren und damit den Verkehr zu blockieren" (was aber noch abgewendet wurde). Die interne Bewachung der Dienstgebäude des MfS wurde dem Wachregiment am 4. Dezember entzogen. Drei Tage später schätzte die AfNS-Führung den "Kampfwert gleich Null" ein und löste den Kommandeur, Generalmajor Manfred Döring, ab.[288]

10.3. Auflösung des Personalbestandes

Mit dem geschlossenen Rücktritt des Kollegiums am 4. Dezember und der Entbindung von achtzehn Spitzenkadern von ihren Funktionen am 6. Dezember gab die Führung dem Druck nun doch nach. Nur wenige Angehörige der alten Generalität blieben im Amt. Aber am folgenden Tag forderte der zentrale Runde Tisch die Auflösung des AfNS und "die berufliche Eingliederung der ausscheidenden Mitarbeiter", was der Ministerrat am 14. Dezember dann auch beschloß. Zugleich wurden mit dem Verfassungsschutz der DDR und dem Nachrichtendienst der DDR zwei Nachfolgeinstitutionen eingerichtet, die sich nach Aufgabenstellung und Struktur, aber auch personell von der bisherigen Staatssicherheit deutlich abheben sollten.[289]

Hinter der beschlossenen, auf den ersten Blick drastischen Personalreduktion beim Verfassungsschutz auf 10.000 Mitarbeiter, beim Nachrichtendienst auf 4.000 Mitarbeiter stand aller-

[286] Beratung 24.11.1989, Bl. 124.
[287] Vgl. die Dokumente in: Stasi intern, S. 354-356 und Süß: Entmachtung, S. 64-70.
[288] Vgl. Süß: Entmachtung, S. 69-70.
[289] Beschluß des Ministerrats über die Bildung des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR [14.12.1989, Entwurf]; BStU, ZA, SdM 2039, Bl. 6-11 (künftig: Beschluß 14.12.1989).

dings ein Plan zur Auslagerung von Aufgabenbereichen, der an die Ende November entwickelten Überlegungen anschloß. Außerdem war es vorgesehen, zivile Dienstbezeichnungen in Nachrichtendienst und Verfassungssschutz einzuführen. Als Vorbild der Neustrukturierung diente offensichtlich der westdeutsche Sicherheitsapparat.[290] Nach einer bereits am 8. Dezember entworfenen Übersicht sollten die Mitarbeiter wie folgt verteilt werden:

Abbildung 6: Plan zur Verteilung der AfNS-Mitarbeiter, 8. Dezember 1989[291]

Linie	Bezirksämter	AfNS Berlin	gesamt	Institution
Linie VI (Paßkontrollen)	7.200	4.800	12.000	Grenztruppen
Linie I (Militärabwehr)	-	2.300	2.300	Min. für Nationale Verteidigung
Linie Aufklärung[292]	-	4.000	4.000	Nachrichtendienst der DDR
Linie Verfassungs- und Staatsschutz	5.000	5.000	10.000	Verfassungsschutz der DDR
Linie Funk (Nachrichtenverbindungen)	-	300	300	Ministerrat
Linie III [Funkabwehr/-aufklärung]	-	2.500	2.500	[Verfassungsschutz/ Nachrichtendienst][293]
Rückwärtige Dienste	-	2.000	2.000	Versorgungseinrichtung des Ministerrats
[aus diversen Linien]	5.000	2.000	7.000	Zoll
Übernahmen gesamt	17.200	22.900	40.100	
Entlassungen von UaZ	4.400	8.600	13.073	
Entlassungen von Berufssoldaten	19.600	12.300	31.900	
gesamt	41.200	43.800	85.000	

Punkt 15 des Ministerratsbeschlusses sah vor, in den Verfassungsschutz "grundsätzlich keine Führungskräfte (Leiter des Amtes, Stellvertreter, Leiter von Verwaltungen und Hauptabteilungen)" des AfNS zu übernehmen - eine Formulierung, die die Leiter der Bezirksämter ausklammerte, denn als Leiter des Verfassungsschutzes war der bisherige MfS/AfNS-Bezirkschef von Frankfurt/Oder, Generalmajor Heinz Engelhardt, vorgesehen, auf den die Wahl nach eige-

---

[290] Dem Beschlußentwurf des Ministerrates ist eine Information über Personalstärke und Etat des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes, des Bundeskriminalamtes und des Militärischen Abschirmdienstes der BRD beigefügt; BStU, ZA, SdM 2039, Bl. 12-14. Das föderale Element fehlte allerdings in den AfNS-Plänen.

[291] Nach: Aufgliederung 8.12.1989 (siehe Anm. 284).

[292] Über die beabsichtigte Verwendung der Mitarbeiter aus Bezirksämtern und Kreisdienststellen liegen keine Angaben vor. Der Nachrichtendienst sollte aber über Außenstellen in den Bezirken verfügen; vgl. Beschluß 14.12.1989, Punkt 3.

[293] Nach dem Ministerratsbeschluß vom selben Tag sollte die Funkabwehr zum Verfassungsschutz, die Funkaufklärung zum Nachrichtendienst verlagert werden, über die Verteilung der Mitarbeiter ist keine Angabe enthalten, bei Übernahme der Mitarbeiter wären die Festlegungen zur Personalstärke überschritten worden; vgl. Beschluß 14.12.1989.

ner Einschätzung aufgrund seiner physischen und psychischen Stabilität und seines relativ geringen Alters fiel. Engelhardt wurde zugleich auch mit der Auflösung des AfNS beauftragt.[294]

Hingegen sollte der Nachrichtendienst nicht nur vom bisherigen Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung, Generaloberst Werner Großmann, weitergeführt werden, sondern auch personell weitgehend erhalten bleiben. Von den etwa 5.000 beim MfS auf der Linie Auslandsaufklärung beschäftigten Mitarbeitern sollten 4.000 in den Nachrichtendienst übernommen werden, was sogar eine reale Personalausweitung bedeutet hätte, denn in den Oktoberzahlen waren noch 700 HIM und 700 OibE enthalten, die ja später nicht mehr aufgeführt wurden. Für Leitungspositionen waren größtenteils die früheren Abteilungsleiter der Hauptverwaltung Aufklärung vorgesehen.[295]

Diese Pläne hatten nicht lange Bestand. Ministerpräsident Modrow gab wenige Wochen später den öffentlichen Protesten nach und erklärte am 12. Januar in der Volkskammer, daß vor den geplanten Wahlen keine neuen Geheimdienste mehr eingerichtet werden würden. Damit transformierten sich die - noch nicht ganz aufgegebenen - Pläne zur verdeckten Konservierung des Kernbestandes in ein reales Szenario der Auflösung des MfS/AfNS-Apparates. Ab Mitte Januar kontrollierten auch in der Zentrale die Mitglieder der Bürgerkomitees diesen Auflösungsprozeß, so gut es ihre Kräfte zuließen.

Da sich die Hauptstoßrichtung der Anti-Stasi-Bewegung des Herbstes 1989 gegen den inneren Repressionsapparat richtete und die Legitimität der Auslandsspionage zumindest nicht von vornherein bestritten wurde, bekam die Hauptverwaltung Aufklärung die Gelegenheit, sich selbst bis zum Juni 1990 aufzulösen. Die geplanten Auslagerungen ganzer Diensteinheiten samt Mitarbeitern wurden noch teilweise realisiert. Während die Militärabwehr (Linie I) im Januar 1990 aufgelöst wurde, wurden die Paßkontrolleinheiten, unter Kontrolle der örtlichen Bürgerkomitees, tatsächlich übernommen. Am 1. März 1990 waren 6.566 ehemalige AfNS-Mitarbeiter bei den Grenztruppen im Dienst - durften dort aber keine Leitungsfunktionen ausüben und auch nicht in kompletten Struktureinheiten übernommen werden.[296]

Die Auflösung des Personalbestandes begann zunächst vornehmlich in den Bezirks- und Kreisämtern. Dort gab es im Dezember 1989 bereits 13.158 Entlassungen, denen 5.963 Entlassungen im AfNS Berlin gegenüberstanden. Bis zum 24. Januar mußten 35.633 Mitarbeiter den Dienst

---

[294] "Ohne uns geht es einfach nicht". Stasi-General Heinz Engelhardt über die Auflösung der Mielke-Truppe, in: Der Spiegel 6 (1990), S. 62. Generalmajor Heinz Engelhardt, Jahrgang 1944, trat 1962 nach dem Abitur in den Dienst des MfS und war seit 1987 Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder.

[295] Das Personal der Auslandsspionage verteilte sich am 31.10.1989 wie folgt (incl. HIM/OibE): HV A (Zentrale): 3988. Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen: zusammen 756, dazu etwa 220 Mitarbeiter in den Kreisdienststellen; vgl. die Übersicht zum Leitungspersonal bei Peter Siebenmorgen: "Staatssicherheit" der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 330-331.

[296] Über eine Übernahme der Mitarbeiter Rückwärtige Dienste liegen derzeit keine Informationen vor; vgl. Zwischenbericht des Regierungsbeauftragten zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch, 15.1.1990; BA Abt.en Potsdam, C-20 I/3-2892, Bl. 59-69, hier Bl. 59-62; Gill/Schröter: Ministerium, S. 215.

quittieren, im Februar folgten allein in der Zentrale täglich 500 bis 1.000 Mitarbeiter. Am 13. März, dem letzten dokumentierten Mitarbeiterstand, warteten dort noch 3.338 Angehörige des Apparats auf ihren Abschied, der bis zum Ende des Monats erfolgte.[297] Wie David Gill und Ulrich Schröter berichten, haben sich 23 Mitarbeiter trotz Aufforderung nicht gemeldet, um ihre Entlassungspapiere in Empfang zu nehmen; wo sie blieben, ist nicht bekannt.[298]

Zur Mitwirkung bei der Auflösung der Staatssicherheit wurden insgesamt 672 ehemalige MfS-Mitarbeiter vom Staatlichen Auflösungskomitee angestellt (darunter 250 Angehörige der Hauptverwaltung Aufklärung zur selbständigen Auflösung ihres Apparates). An der Spitze dieser Totengräber ihres eigenen Apparates standen bis zu ihrer Entlassung im Mai 1990 die vier vormaligen MfS-Generäle Generalmajor Heinz Engelhardt, Generalmajor Edgar Braun (zuvor Leiter der HA XIX), Generalleutnant Günter Möller (Leiter der HA KuSch), und Generalmajor Niebling (Leiter der ZKG). Nur Edgar Braun blieb weiter im Dienst des Staatlichen Komitees.[299]

10.4. Die ehemaligen MfS-Mitarbeiter nach der Auflösung

Innerhalb von vier Monaten wurde einer der größten geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Apparate mit über 90.000 Mitarbeitern aufgelöst. Das weitere Schicksal der MfS-Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland wäre ein eigenes Thema, das hier nicht behandelt werden kann. Gleichwohl sollen die Perspektiven, die sich den Mitarbeitern 1990 eröffneten, skizziert werden.

Eine der ersten Fragen, die die MfS- bzw. AfNS-Führung schon im November 1989 angesichts zu erwartender Personalreduktionen anging, war die materielle Versorgung der Mitarbeiter. Am 13. November gab die amtierende Leitung eine Anweisung zur "sozialen Sicherstellung" entlassener Mitarbeiter heraus. Zwei Tage später lagen die detaillierten Regelungen vor, auf deren Basis ab 1. Dezember Zahlungen vorgenommen werden sollten. Neben verschiedenen Regelungen zur vorzeitigen Berentung waren zwei Maßnahmen von Bedeutung: Zum einen sollten alle Mitarbeiter, die nicht in Rente gingen, für bis zu 36 Monate "Übergangsbeihilfen" erhalten, mit denen ihre zukünftigen Nettoeinkommen in anderen Arbeitsverhältnissen bzw. als Arbeitslose auf 80 Prozent der bisherigen Nettodienstbezüge aufgestockt werden sollten. Und zum zweiten wurden "gesonderte Übergangsgebührnisse" gezahlt, die - nach Dienstalter und Dienstverhältnis gestaffelt - zwischen 600 Mark (UaZ) und 10.500 Mark (Berufssoldaten nach

---

[297] Entlassungsstatistiken der HA KuSch, Januar bis März 1990; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg. 15 III, unerschlossenes Material; vgl. den Bericht der Arbeitsgruppe Sicherheit vor dem Zentralen Runden Tisch der DDR am 12.3.1990, in: Gill/Schröter: Ministerium, S. 235-252, hier S. 240.

[298] Gill/Schröter: Ministerium, S. 206.

[299] Gill/Schröter: Ministerium, S. 255. Von diesen ehemaligen Mitarbeitern wurden 16 später vom BStU zur Unterstützung bei Recherchen übernommen; vgl. Frankfurter Rundschau vom 9.7.1993, S. 1.

20 Dienstjahren) betrugen.[300] Der Ministerrat bestätigte diese Regelungen im Kern am 14. Dezember 1989.[301] Da bei den Demonstrationen gegen das MfS die Privilegien der Mitarbeiter immer eine besondere Rolle spielten, wurde allen Mitarbeitern eingeschärft, über die entsprechenden Regelungen nach außen strengstes Stillschweigen zu bewahren.[302] Am 10. Januar begrenzte die Regierung nach Bürgerprotesten die Übergangszahlungen auf zwölf Monate. Und Ende Februar wurden die Sonderregelungen aufgehoben, ab sofort bekamen MfS-Mitarbeiter wie alle DDR-Bürger ein Arbeitslosengeld von 70 Prozent des letzten Nettogehalts, das nach unten auf 495 Mark, nach oben aber - die für MfS-Mitarbeiter bedeutsamere Beschränkung - auf 990 Mark begrenzt war. Das gesonderte Rentensystem des MfS, das den ehemaligen Mitarbeitern eine teilweise opulente Altersversorgung zusicherte, wurde zum 30. Juni 1990 aufgehoben und in die allgemeine Rentenversicherung überführt, zugleich wurde unter anderem die Obergrenze auf 990 Mark festgelegt.[303] Ein Jahr später wurden die Renten nochmals auf 802 DM gesenkt.

Die anfangs gehegten Bemühungen, die großzügigen Starthilfen in ein neues Leben geheim zu halten, wurden schon im Dezember 1989 durch die Auflösung der MfS-eigenen Sparkasse konterkariert, auf der die MfS-Mitarbeiter offensichtlich größere Sparbeträge deponiert hatten. Da sie Angst hatten, bei Überweisungen würde die Angabe der MfS-Sparkasse als kontoführende Stelle ihre Bemühungen um unerkannte Eingliederung ins Zivilleben gefährden, hoben sie Spareinlagen komplett ab und zahlten sie bar bei den zivilen Sparkassen ein, was aufgrund der hohen Beträge erst recht Aufmerksamkeit erregte und den verbreiteten Argwohn über ihre Finanzlage noch steigerte.[304]

Über den weiteren Weg der ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums in den letzten Monaten der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, über ihre soziale Lage, beruflichen Betätigungsfelder und politischen Einstellungen liegen keine umfassenden Informationen vor. Es wäre zu untersuchen, welchen Platz sie im westlichen System einnehmen, das sie zuvor so erbittert bekämpften. Nach Presseberichten sind einige von ihnen weiterhin im Metier der

---

300 AKG der HA KuSch vom 15.11.1989, Maßnahmen zur sozialen Sicherstellung in der Erklärung des Kollegiums des MfS gestellter Aufgaben [sic!]; BStU, ZA, HA KuSch 260, Bl. 131-137; Besoldungsordnung 1987 (siehe Anm. 171), Punkt VII/311 und 321.

301 Beschluß des Ministerrats über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Auflösung desselben aus dem Dienst ausscheiden, vom 14.12.1989; BStU, ZA, HA KuSch 260, Bl. 165-169; Schreiben des Leiters der HA KuSch und des Leiters der Abt. Finanzen an die Kader- und Finanzorgane vom 15.12.1989; BStU, ZA, DSt 103419.

302 Siehe z.B. ebenda, S. 2-3; sowie die dem Ministerratsbeschluß beigefügte "Argumentation über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Auflösung desselben aus dem Dienst ausscheiden"; BStU, ZA, SdM 2039, Bl. 22-26.

303 Für die detaillierten Veränderungen vgl. Gill/Schröter: Ministerium, S. 270-274.

304 Vgl. Schreiben des Leiters der Abt. Finanzen an die Leiter der Diensteinheiten vom 13.12.1989; Bareinzahlungen von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit in zivilen Sparkassen, in: Bastian: Gefecht (ohne Seitenzählung). Als Beleg für Bastians These über Finanzmanipulationen im Zuge der MfS-Auflösung kann dieses Schreiben m.E. nicht dienen. Es dokumentiert vielmehr den Kaufkraftüberhang, der sich infolge der hohen Gehälter bei den MfS-Mitarbeiter angehäuft hatte.

"inneren Sicherheit" tätig. Eine wichtige Rolle spielen Detekteien und private Sicherheitsdienste, die zu Beginn der neunziger Jahre ein starkes Wachstum erlebten und in Ostdeutschland offenbar maßgeblich von ehemaligen MfS-Mitarbeiter aufgebaut wurden. Hier können sie ihr "Handwerk" betreiben, ohne eine Überprüfung fürchten zu müssen.

Auch der staatliche Sicherheitssektor, wie Polizei, Grenzschutz und Zoll, übernahm zunächst zahlreiche Mitarbeiter, besonders sogenannte Spezialisten (zum Beispiel aus dem Personenschutz und der Terrorabwehr), denen aber aufgrund der späteren Überprüfung des Öffentlichen Dienstes zumindest teilweise wieder gekündigt wurde. Auch in anderen Zweigen des staatlichen Sektors, unter anderem im Bildungsbereich, bei der Post und bei der Interflug sind nach Medienmeldungen ehemalige Mitarbeiter eingestellt worden. Daneben konnten die im MfS früh formulierten Pläne, materielle und finanzielle Mittel des Ministeriums in Wirtschaftsunternehmen fließen zu lassen, wohl in einem derzeit nicht bestimmbaren Umfang realisiert werden. In diesen Unternehmen wurden dann wiederum ehemalige MfS-Mitarbeiter eingestellt. Bei der Arbeitsplatzversorgung konnten auch die vormaligen operativen Kontakte zu den Ämtern für Arbeit der DDR genutzt werden.[305] Nach Presseberichten sollen MfS-Mitarbeiter ihr geistiges und materielles Kapital sowie ihre Kontakte auch als Immobilienmakler, Unternehmensberater, Reisekaufleute und anderen freiberuflichen Tätigkeiten einsetzen.

Wieviele (und welche) Mitarbeiter nicht soviel Anpassungsfähigkeit und Flexibilität beweisen konnten und auch sonst keinen sanften Übergang in die bundesrepublikanische Gesellschaft fanden, ist nicht zu bestimmen. Über die Entwicklung der Arbeitslosenquote unter den ehemaligen MfS-Mitarbeitern liegen ebensowenig Angaben vor wie über die Zahl derer, die tatsächlich nur mit der begrenzten Rente ihr Dasein fristen müssen.

Der politische Standort der Mitarbeiter ist ebenfalls schwierig exakt zu bestimmen. Schon im Januar 1990 ging die ehemalige SED-Kreisleitung daran, gemeinsam mit der NVA einen "Verband der Berufssoldaten der DDR" als Interessenvertretung ins Leben zu rufen, was aber nicht von Dauer war.[306] Mittlerweile existieren mehrere Vereinigungen ehemaliger MfS-Mitarbeiter (z.T. unter Einschluß von ehemaligen Angehörigen anderer bewaffneter Organe). Die größte öffentliche Wirkung hat das 1992 gegründete "Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e.V.", das sich gegen "Verklärung oder Nostalgie", aber auch gegen

---

[305] Vgl. die Anhörung zum "Thema Seilschaften in den neuen Bundesländern", in: Protokoll der 45. Sitzung der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages vom 27.9.1993, besonders die Berichte von Dr. Erbe (Staatsanwaltschaft Berlin), Manfred Wegener (Bundesanstalt für Arbeit) und Manfred Kittlaus (Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität), S. 11, 13-14, 28-31, 39-40. Leider beschränken sich die Berichterstatter der Ermittlungsorgane auf Beispiele und machen keine Angaben über den Umfang der genannten Manipulationen.

[306] Schreiben des 1. Sekretärs der Parteiorganisation 18-01, Scheffel, an den Leiter der HA KuSch, Möller, vom 8.1.1990; BStU, ZA, HA KuSch AKG ohne Signatur, unerschlossenes Material.

"ungerechtfertigte Anschuldigungen" wenden wollte, in neueren Publikationen aber zur mehr oder weniger platten Apologie ihrer Vergangenheit tendiert.[307]

Daneben existieren mehrere Interessenvereinigungen wie die "Initiativgemeinschaft zum Schutze der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR)" mit angeblich 15.000 Mitgliedern,[308] die 1993 gegründete "Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Hilfe (GRH)" sowie weitere mehr oder weniger formalisierte Zusammenschlüsse, deren Programmatik sich vor allem gegen das "Rentenstrafrecht" und die Strafverfolgung ehemaliger Mitarbeiter richtet. Parteipolitische Unterstützung erfahren diese Organisationen durch die PDS, obwohl die ehemaligen MfS-Mitarbeiter ihre Interessen dort aufgrund der ambivalenten Haltung der Partei zur Stasi-Debatte nur bedingt vertreten sehen.[309]

Wenn auch die materielle Lage weniger schlecht sein mag, als sie nach außen dargestellt wird, befinden sich die ehemaligen MfS-Mitarbeiter weitgehend in einer soziopolitischen Position am Rande des bundesrepublikanischen gesellschaftlichen Lebens. Ihre öffentliche Isolierung und Ausgrenzung begünstigt faktisch die Tendenz, unter sich zu bleiben, Leben und Arbeit in den eigenen Reihen zu organisieren, tschekistischen Korpsgeist zu konservieren und Ressentiments gegen das Gesellschaftssystem, in dem sie nun leben, zu pflegen. Die Ansätze zur selbstkritischen Reflexion ihrer Rolle im realsozialistischen System, wie sie im Herbst 1989 aus manchen Äußerungen zu entnehmen waren, sind nahezu vollends verschüttet; nur wenige sind bereit, sich den - allerdings recht spärlichen - Gesprächsangeboten zu stellen.[310]

---

307 Aufruf zur Bildung eines "Insider-Komitees zur Aufarbeitung" [o.D.], Nachdruck in: IK-Korr Spezial, Köln 1994, S. 4. Vgl. die Antwort des Insider-Komitee-Sprechers Klaus Eichner auf Rolf Gössner, der in einem Artikel u.a. konstatierte, das MfS habe den Versuch unternommen, die DDR-Gesellschaft "relativ flächendeckend zu infiltrieren": Klaus Eichner: Zum Artikel "Die Problematik der personellen Abrechnung", in: Geheim 1/1995, S. 17-19.

308 "Wie geht denn das? Ein Stasi-General wurde Menschenrechtler", in: Chemnitzer Morgenpost vom 22.7.1993.

309 Vgl. Patrick Moreau und Jürgen Lang: Was will die PDS?, Frankfurt/M., Berlin 1994, S.140-141; "Wie in der SED". PDS-Vorstandsmitglied Karin Dörre über die Parteispitze, in: Der Spiegel 37 (1994), S. 23-25, hier S. 24.

310 Entsprechende Bemühungen sind dokumentiert in der von Dieter Mechtel und Ulrich Schröter herausgegebenen Zeitschrift "Zwiegespräch. Beiträge zum Umgang mit der Staatssicherheitsvergangenheit", (1991 ff.), Berlin.

11. Statistischer Anhang

Die Zusammenstellung basiert auf Kaderbestandsstatistiken der Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS. Es handelt sich dabei um monatsweise erstellte Übersichten, deren Kategorien einige Male verändert wurden und bei der Zusammenstellung der Zeitreihen nicht vollständig durch Nachberechnungen kompensiert werden konnten (zum Beispiel die Einbeziehung des Wachregiments erst ab 1963 oder die gesonderte Zählung der OibE). Alle Daten geben den Ist-Bestand, also die tatsächlich vorhandenen und gezählten Mitarbeiter wieder, deren Zahl in unterschiedlichem Maße vom Soll-Planstellenvolumen abwich.

Für die Jahre vor 1954 liegen keine überlieferten Daten vor; die Angaben wurden vom Verfasser auf der Grundlage der Dienstaltersstatistik, die die Einstellungskonjunkturen erkennen läßt, zurückgerechnet. Die dem Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit von 1952 bis 1957 unterstellten militärischen und polizeilichen Einheiten (Grenzpolizei, Trapo, Kasernierte Wacheinheiten) sind nicht berücksichtigt. Bis 1962 liegen für das Wachregiment nur verstreute Angaben vor (in Klammern genannt), in die Gesamtzahl wird es erst ab 1963 einbezogen. Für die Hauptverwaltung Aufklärung bzw. ihren 1953 eingegliederten Vorläufer Hauptabteilung XV liegen Daten erst ab 1958 vor und fehlen also auch in den MfS-Gesamtzahlen der Jahre 1953 bis 1957. Die Aufschlüsselung nach Dienstverhältnissen ist insbesondere für die fünfziger Jahre noch kaum möglich, die überwiegende Mehrheit war aber auch in diesen Jahren Berufssoldaten.

Zur Diensteinheiten-Statistik des MfS Berlin (Beilage): Alle Daten beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres, für 1989 auf den 31. Oktober. Die Aufschlüsselung der Mitarbeiter des MfS Berlin ist alphanumerisch nach den 1989 bestehenden Diensteinheiten geordnet. Oberhalb dieser fettgedruckten Diensteinheiten sind jeweils die organisatorischen Vorläufer aufgelistet. Am Schluß der Auflistung folgen die Diensteinheiten, die keinen institutionellen Nachfolger hatten. Diensteinheiten, die nur umbenannt wurden (zum Beispiel 1964 HA V in HA XX), werden unter der späteren Bezeichnung geführt; frühere Bezeichnungen sind dahinter genannt. Die zeitweilig selbständigen Diensteinheiten Abt. 31, 32, 33, 35, Bildstelle, TMB, ZBE, AG C[311] sind beim OTS gezählt, die AGM/U und AGM/B bei der AGM. Kurzfristig bestehende Ad-hoc-Diensteinheiten (Baustab 1961: 26 Mitarbeiter; Operativdienst 1971 bis 1972: 24 bzw. 21 Mitarbeiter; Objekt 100 [Krankenhausbau Berlin-Buch] 1977 bis 1978: 23 bzw. 90 Mitarbeiter) sind hier nicht aufgeführt, ihre Mitarbeiter sind in der Zeile "Freistellungen/ohne Zuordnung" gezählt.

Für einige Diensteinheiten liegen aus anderen Quellen differierende Zahlenangaben vor, die hier zur Wahrung der Einheitlichkeit der Zahlenreihen nicht berücksichtigt wurden. Auf eine umfassende quellenkritische Bewertung der Daten und Kommentierung der zahlreichen Um-

---

311 Die Auflösung der Abkürzungen ist derzeit nicht möglich.

strukturierungen muß hier verzichtet werden. Der Verfasser verweist auf die Handbuch-Beiträge zu den einzelnen Diensteinheiten sowie die diachrone Übersicht der Diensteinheiten des MfS (erscheint demnächst). Sprünge ergeben sich unter anderem aus der teilweise fehlenden Zuordnung der OibE zu ihren Diensteinheiten bis 1975 sowie der Einbeziehung der HIM ab 1986. Freigestellte Mitarbeiter (Ausbildung, Babyjahr und anderes) sind nicht den Diensteinheiten zugerechnet. Alle diese Mitarbeiter sind in der vorletzten Zeile (Freistellungen/ohne Zuordnung) gezählt.

Quellen:

Kaderbestandsmeldungen der Abt. Planung der Hauptabteilung Kader und Schulung; BStU, ZA, HA KuSch Abt. Plg., 8 III, 9 III, 15 III, BStU-Nr. 2, BStU-Nr. 13, BStU-Nr. 14, unerschlossenes Material.

Zeichenerklärung Mitarbeiterstatistik:

Zeichen	Bedeutung
.	Zahlenwert unbekannt
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Angabe relativ unsicher ist, bei Gesamtzahl nicht berücksichtigt
-	nicht vorhanden
...	Angabe fällt später an
		Änderung innerhalb der Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
kursiv	Schätzung

MfS-Mitarbeiterstatistik

(wenn nicht anders angegeben, jeweils 31.12.)	**[1949]**[a]	**1950**	**1951**	**1952**	**1953**	**1954**	**1955**	**1956**	**1957**
Bemerkungen		| bis 1962 ohne Wachregiment, bis 1957 ohne HA XV/HVA							
Mitarbeiter gesamt	*[1.150]*	*2.700*	*4.500*	*8.800*	*10.700*	12.823	14.869	14.764	14.442
Veränderung zu Vorjahr absolut		*1.550*	*1.800*	*4.300*	*1.900*	*2.123*	2.046	-105	-322
Veränderung zu Vorjahr in Prozent		*135*	*67*	*96*	*22*	*20*	16,0	-0,7	-2,2
Frauenanteil absolut		.	.	.	.	3.207	3.471	3.282	2.953
Frauenanteil in Prozent		.	.	.	.	25,0	23,3	22,2	20,4
Dienstverhältnis									
Berufsoffiziere/Berufsunteroffiziere[b]		.	.	.	.	.	.	.	.
Offiziere im besonderen Einsatz		.	.	.	.	.	.	.	.
Hauptamtliche IM (ab 1986)		...	...	...	...	...	...	...	...
U-Mitarbeiter		.	.	.	.	297	391	375	347
Unteroffiziere auf Zeit (bis 1982: Soldaten auf Zeit)									
Zivilbeschäftigte		.	.	.	.	763	779	784	756
[nachrichtlich: Freistellungen]		-	-	-	-	-	-	-	-
Territoriale Verteilung									
MfS Berlin		.	.	.	2.528	2.929	3.670	3.803	3.689
Wachregiment		.	.	.	.	.	(1.475)	.	(2.445)
[nachr.: Kursanten der Schule des MfS[c]]		...	...	...	...	384	199	405	317
Bezirksverwaltungen[d]									
Rostock		...	...	.	.	536	628	617	642
Schwerin		...	...	.	.	441	512	479	490
Neubrandenburg		...	...	.	.	446	543	524	513
Potsdam		...	...	.	.	635	700	672	662
Frankfurt/Oder		...	...	.	.	391	435	420	407
Cottbus		...	...	.	.	490	536	548	538
Magdeburg		...	...	.	.	749	889	817	802
Halle		...	...	.	.	861	989	958	918
Erfurt		...	...	.	.	698	815	775	805
Gera		...	...	.	.	467	547	514	508
Suhl		...	...	.	.	390	448	443	433
Dresden		...	...	.	.	869	1.046	985	964
Leipzig		...	...	.	.	660	773	759	753
Karl-Marx-Stadt[e]		...	...	.	.	846	1.018	981	977
Berlin		...	...	.	.	558	650	679	665
Objektverwaltung "Wismut" (bis 1982)		...	.	.	.	473	471	385	359
[nachrichtlich: nicht zuzuordnen]		-	-	-	-	-	-	-	-
Bezirksverwaltungen gesamt	.	...	...	.	.	9510	11.000	10.556	10.436
Anteil der Bezirksverwaltungen in Prozent	.	...	...	.	.	74,2	74,0	71,5	72,3

---

[a] Das Ministerium für Staatssicherheit wurde offiziell am 8.2.1950 gebildet.
[b] Ohne OibE.
[c] Nur 1954 bis 1961 gesondert gezählt.
[d] Einschließlich Kreisdienststellen; für die bis 1952 existierenden Länderverwaltungen liegen keine Angaben vor.
[e] Bis 5.5.1953 Bezirksverwaltung Chemnitz.

1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
					ab 1963 einschließlich Wachregiment							
15.686	16.613	18.471	19.130	20.527	25.435	28.148	29.137	30.717	32.912	36.555	40.328	43.311
1.244	927	1.858	659	1.397	4.908	2.713	989	1.580	2.195	3.643	3.773	2.983
8,6	5,9	11,2	3,6	7,3	23,9	10,7	3,5	5,4	7,1	11,1	10,3	7,4
3.047	3.187	3.486	3.502	3.612	3.601	3.821	3.914	4.330	4.663	5.198	5.811	.
19,4	19,2	19,3	18,3	17,6	14,2	13,6	13,4	14,1	14,2	14,2	14,4	.
.	.	.	.	.	24.103	26.733	27.684	28.888	30.895	34.217	37.566	40.312
.	.	.	271	233	263	296	336	443	489	529	588	797
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
838	915	956	711	734	1.069	1.119	1.117	1.386	1.528	1.809	2.174	2.202
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4.633	5.108	6.151	7.002	7.774	8.191	9.301	9.753	10.414	11.238	12.191	13.269	14.331
.	.	(4.372)	.	.	4.617	4.897	5.121	5.216	5.705	6.626	7.351	7.924
250	136	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
718	771	818	828	825	932	1.109	1.146	1.215	1.317	1.430	1.604	1.930
525	554	600	603	620	623	678	701	737	793	891	974	1.074
524	541	571	581	592	579	624	639	660	723	773	863	894
661	686	714	717	747	754	978	1.015	1.108	1.201	1.423	1.553	1.708
407	448	522	542	558	552	674	704	748	822	893	1.005	1.065
583	640	713	721	744	766	802	775	813	902	931	993	1.030
856	942	971	973	994	1.004	1.193	1.247	1.350	1.457	1.704	1.908	2.131
963	1.001	1.063	1.068	1.100	1.087	1.096	1.101	1.140	1.208	1.273	1.421	1.487
803	825	846	851	870	897	988	988	1.037	1.104	1.198	1.332	1.414
524	541	600	605	647	637	710	748	852	960	1.090	1.222	1.253
437	460	497	499	494	532	531	560	581	632	661	714	751
1.002	1.025	1.071	1.067	1.101	1.086	1.249	1.275	1.334	1.430	1.486	1.628	1.742
773	810	885	884	885	881	905	926	956	1.002	1.075	1.165	1.231
991	1.034	1.067	1.081	1.112	1.123	1.192	1.237	1.258	1.338	1.488	1.736	1.884
675	699	684	718	734	733	767	765	803	837	851	908	972
361	392	402	390	313	245	242	247	249	268	282	348	382
-	-	296	.	417	196	212	242	246	275	289	334	108
10.803	11.369	12.320	12.128	12.753	12.627	13.950	14.316	15.087	16.269	17.738	19.708	21.056
68,9	68,4	66,7	65,2	62,1	49,6	49,6	49,1	49,1	49,4	48,5	48,9	48,6

MfS - Mitarbeiterstatistik (Fortsetzung)

(wenn nicht anders angegeben, jeweils 31.12.) Bemerkungen	**1971**	**1972**	**1973**	**1974**	**1975**	**1976**	**1977**	**1978**
Mitarbeiter gesamt	45.580	48.786	52.707	55.766	59.514	62.868	66.510	69.593
Veränderung zu Vorjahr absolut	2269	3.206	3.921	4.153	3.748	3.354	3.642	3.083
Veränderung zu Vorjahr in Prozent	5,2	7,0	8,0	8,0	6,7	5,6	5,8	4,6
Frauenanteil absolut	7.186	7.835	8.623	9.129	9.652	10.273	10.951	11.412
Frauenanteil in Prozent	15,8	16,1	16,4	16,4	16,2	16,3	16,5	16,4
Dienstverhältnis								
Berufsoffiziere/Berufsunteroffiziere[a]	42.076	44.079 |	47.191 [b]	48.342 [b]	50.735 [b]	54.506 [b]	57.775 [b]	60.265 [b]
Offiziere im besonderen Einsatz	1.215	1.282	1.490	1.676	1.937	2.268	2.526	2.723
Hauptamtliche IM (ab 1986)	...	...	...	...	...	...	...	...
U-Mitarbeiter	.	.	.	.	.	.	.	.
Unteroffiziere auf Zeit (bis 1982: Soldaten auf Zeit)	.	.	1.343 [c]	2.022 [c]	3.189 [c]	3.788 [c]	4.207 [c]	4.543 [c]
Zivilbeschäftigte	2.289	2.452	2.683	2.647	2.480	1.009	491	390
[nachrichtlich: Freistellungen]	-	973	-	1.079	1.173	1.297	1.511	1.672
Territoriale Verteilung								
MfS Berlin	15928	17.161	18.943	20.631	22.312	24.107	25.885	27.761
Wachregiment	7.980	8.194	8.601	8.839	9.245	9.215	9.683	9.919
Bezirksverwaltungen[d]								
Rostock	2.107	2.218	2.337	2.419	2.616	2.709	2.837	2.927
Schwerin	1.110	1.130	1.196	1.288	1.359	1.431	1.477	1.533
Neubrandenburg	917	997	1.077	1.127	1.212	1.289	1.386	1.450
Potsdam	1.761	1.929	2.058	2.170	2.271	2.369	2.507	2.564
Frankfurt/Oder	1.157	1.220	1.329	1.424	1.557	1.692	1.762	1.798
Cottbus	1.067	1.156	1.253	1.367	1.469	1.552	1.636	1.664
Magdeburg	2.191	2.347	2.612	2.657	2.811	2.939	3.003	3.014
Halle	1.545	1.632	1.742	1.816	1.972	2.070	2.153	2.183
Erfurt	1.465	1.568	1.759	1.791	1.928	2.037	2.112	2.167
Gera	1.327	1.417	1.526	1.592	1.671	1.779	1.823	1.858
Suhl	782	799	1.029	1.069	1.131	1.180	1.220	1.264
Dresden	1.819	1.854	2.007	2.067	2.135	2.290	2.412	2.466
Leipzig	1.247	1.292	1.413	1.431	1.511	1.599	1.671	1.756
Karl-Marx-Stadt	1.930	2.092	2.215	2.238	2.302	2.480	2.654	2.757
Berlin	1.006	1.040	1.114	1.146	1.197	1.265	1.319	1.439
Objektverwaltung "Wismut" (bis 1982)	405	437	450	487	551	590	621	642
[nachrichtlich: nicht zuzuordnen]	-	303	46	207	264	275	349	431
Bezirksverwaltung gesamt	21.670	23.431	25.163	26.296	27.957	29.546	30.942	31.913
Anteil der Bezirksverwaltungen in Prozent	47,5	48,0	47.7	47,1	47.0	47,0	46,5	45,9

---

[a] Ohne OibE; ab 1987 auch Fähnriche.
[b] Einschließlich Soldaten auf Zeit des Wachregiments.
[c] Ohne Soldaten auf Zeit des Wachregiments.
[d] Einschließlich Kreisdienststellen.

1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
							ab 1986 einschl. HIM			31.10.
72.227	75.138	78.529	81.495	82.684	83.460	85.263	90.577	90.554	90.257	91.015
2.634	2.911	3.391	2.966	1.189	776	1.803	5.314	-23	-297	758
3,8	4,0	4,5	3,8	1,5	0,9	2,2	6,2	-0,03	-0,3	0,8
11.839	12.251	12.740	13.155	13.189	13.156	13.296	14.282	14.216	14.102	14.259
16,4	16,3	16,2	16,1	15,9	15,8	15,6	15,8	15,7	15,6	15,7
62.145 [b]	56.499	59.316	61.708	62.970	64.215	65.937	67.378	69.612	70.241	71.292
2.921	3.090	3.295	3.443	3.471	2.986	3.003	2.894	2.505	2.296	2.232
...	...	...	...	...	...	...	3.553	2.369	1.702	2.118
.	.	.	.	.	.	.	269	88	59	84
5.122 [c]	13.464	13.863	13.956	13.880	13.658	13.597	13.448	13.415	13.132	13.073
329	281	248	217	193	211	188	180	173	186	185
1.710	1.804	1.807	2.171	2.170	2.390	2.538	2.855	2.392	2.641	2.031
29.407	31.166	32.551	34.481	35.010	35.133	35.860	37.698	37.943	37.665	36.421
9.952	10.082	10.539	10.437	10.400	10.203	10.298	10.306	10.254	9.861	11.426
2.957	3.072	3.200	3.385	3.453	3.549	3.607	3.769	3.818	3.815	3.827
1.595	1.709	1.795	1.907	1.950	1.988	2.025	2.251	2.226	2.249	2.268
1.529	1.620	1.694	1.716	1.738	1.773	1.805	1.924	1.898	1.912	1.926
2.678	2.753	2.971	3.230	3.322	3.411	3.448	3.755	3.780	3.872	3.926
1.876	1.943	2.050	2.101	2.124	2.143	2.193	2.347	2.305	2.327	2.362
1.731	1.764	1.842	1.894	1.935	2.017	2.039	2.283	2.257	2.259	2.286
3.049	3.060	3.143	3.187	3.222	3.291	3.320	3.701	3.602	3.644	3.684
2.242	2.340	2.444	2.496	2.526	2.705	2.815	3.118	3.117	3.151	3.152
2.286	2.367	2.430	2.495	2.533	2.647	2.714	2.959	2.934	2.936	2.988
1.912	1.953	2.000	2.064	2.083	2.139	2.173	2.342	2.321	2.336	2.383
1.302	1.319	1.385	1.439	1.470	1.507	1.541	1.683	1.723	1.735	1.739
2.515	2.611	2.805	3.012	3.088	3.246	3.341	3.586	3.522	3.579	3.591
1.806	1.828	1.917	1.985	2.023	2.062	2.158	2.432	2.436	2.435	2.440
2.758	2.811	2.929	3.342	3.394	3.510	3.569	3.747	3.744	3.792	3.821
1.530	1.646	1.744	1.881	1.975	2.136	2.239	2.676	2.674	2.689	2.775
675	681	669 [e]	-	-	-	-	-	-	-	-
427	413	421	443	438	-	-	-	-	-	-
32.868	33.890	35.439	36.577	37.274	38.124	38.987	42.573	42.357	42.731	43.168
45,5	45,1	45,1	44,9	45,1	45,7	45,8	47,0	46,8	47,3	47,4

[e] In Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt eingegliedert.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Abbildungen

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AGM	Arbeitsgruppe des Ministers
A/I	Auswertung/Information
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Anm.	Anmerkung
BA	Bundesarchiv
BCD	Bewaffnung/Chemischer Dienst
BdL	Büro der Leitung
BDM	Bund deutscher Mädel
BKK	Bereich Kommerzielle Koordinierung
BND	Bundesnachrichtendienst
BO	Berufsoffizier
BOB	Berufsoffiziersbewerber
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BU	Berufsunteroffizier
BUB	Berufsunteroffiziersbewerber
BV	Bezirksverwaltung
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSt	Dokumentenstelle
DVP	Deutsche Volkspolizei
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
F	Fähnrich

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FS	Fachschule
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GRH	Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Hilfe
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GVS	Geheime Verschlußsache
GO	Grundorganisation
HA	Hauptabteilung
HIM	hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV	Hauptverwaltung
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung, äußere Spionageabwehr, "aktive Maßnahmen" im Operationsgebiet)
HV B	(Bewirtschaftung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
ISOR	Initiativgemeinschaft zum Schutze der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR
ITU	Institut für technische Untersuchungen
IWTE	Institut für Wissenschaftlich-Technische Entwicklung
JHS	Juristische Hochschule
k.A.	keine Angabe
KD	Kreisdienststelle
KfS	siehe KGB
KGB	russ.: Komitet Gosudarstvennyj Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Kreisleitung
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KS	Kader und Schulung
KuSch	Kader und Schulung

KVP	Kasernierte Volkspolizei
KZ	Konzentrationslager
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltg.	Leitung
Ltr.	Leiter
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfIA	Ministerium für Innere Angelegenheiten
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ML	Marxismus-Leninismus
MZAP	Militärisches Zwischenarchiv Potsdam
N	Nachrichten
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	russ.: Narodnyj Kommissariat vnutrennych del´ (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NS	Nationalsozialismus
NSA	Nichtsozialistisches Ausland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
NVR	Nationaler Verteidigungsrat
o.A.	ohne Autor
o.D.	ohne Datum
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OTS	Operativ-technischer Sektor
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
piD	politisch-ideologische Diversion
Plg.	Planung
PS	Personenschutz

RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SaZ	Soldat auf Zeit
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SPK	Staatliche Plankommission
StfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik
Trapo	Transportpolizei
UaZ	Unteroffizier auf Zeit
U-Mitarbeiter	Unbekannter Mitarbeiter
V	Verwaltung
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
VS	Verschlußsache bzw. Vergütungsstufe
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
WR	Wachregiment
WSE	Wach- und Sicherungseinheit
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZMD	Zentraler Medizinischer Dienst

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 20. Dezember 1991 verpflichtet den Bundesbeauftragten zur "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37).
Zu diesem Zweck betreibt die Abteilung Bildung und Forschung (BF) neben politischer Bildung und der Einrichtung von Informations- und Dokumentationszentren auch eigene wissenschaftliche Forschung. Die Ergebnisse werden im Christoph Links Verlag, Berlin, und in drei Behördenreihen vorgelegt. Ein Hauptprojekt ist die Erarbeitung eines MfS-Handbuches, das ab Oktober 1995 in ca. 25 Teillieferungen erscheint.

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Ch. Links Verlag, Berlin
(Redaktion: Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann)
Band 1: Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 272 S.,
30,-- DM
Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 304 S., 34,-- DM
Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, ca. 500 S., 40,-- DM
Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers "Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961, 176 S., 24,-- DM
In Vorbereitung:
Band 5: Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit"
Band 6: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? DDR-Psychiatrie im Spiegel der MfS-Akten
Band 7: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Zur Kirchenpolitik von SED und MfS
Band 8: Walter Süß (Hrsg.): Zerfall und Auflösung der Staatssicherheit

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden
(MfS-Handbuch)
Herausgegeben von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann. Ca. 25 Teillieferungen.
Im Oktober 1995 erscheinen:
Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. 408 S., Schutzgebühr 20,-- DM
Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit,
ca. 107 S., Schutzgebühr 10,-- DM
Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe: Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, 52 S., Schutzgebühr 10,-- DM
Tobias Wunschik: Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr), ca. 75 S.,
Schutzgebühr 10,-- DM
In Vorbereitung:

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft)
Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II (Spionageabwehr)

Behördenreihen der Abteilung Bildung und Forschung
Seit 1993 erschienen u.a.:

Dokumente
Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit", Schutzgebühr 20,-- DM
Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993 (vergriffen)
Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS: Eine annotierte Bibliographie von Günter Förster, Schutzgebühr 10,-- DM
Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, Schutzgebühr 10,-- DM

Analysen und Berichte
Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS (vergriffen)
Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976 (vergriffen)
Monika Tantzscher: "Maßnahme Donau und Einsatz Genesung". Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, Schutzgebühr 10,-- DM
Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, Schutzgebühr 10,-- DM

BF informiert
Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989 (ediert von Walter Süß, vergriffen)
Joachim Walther und Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt (vergriffen)
Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985 - 1989, Schutzgebühr 3,-- DM
Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit (vergriffen)
Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die "leise Form" des Terrors - Zersetzungsmaßnahmen des MfS, Schutzgebühr 3,-- DM
Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, Schutzgebühr 5,-- DM
Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR (zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, vergriffen)
Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989 (vergriffen)

Jens Gieseke: Doktoren der Tschekistik. Die Promovenden der "Juristischen Hochschule" des MfS, Schutzgebühr 5,-- DM
Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, Schutzgebühr 3,-- DM

Handbuchlieferungen und Schriften der Behördenreihen sind zu bestellen bei:
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin

Mitarbeiterstatistik der Diensteinheiten des MfS Berlin 1954 bis 1989

(Erläuterungen siehe Statistischer Anhang, S. 97. Beilage zu: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Anatomie der Staatssicherheit, MfS-Handbuch, Berlin 1995.

Diensteinheiten	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
(Erläuterungen siehe Statistischer Anhang)																	
Minister/Stellvertreter	5	7	7	4	4	3	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4
HA I (Militärabwehr)	565	656	590	562	585	617	653	595	916	963	1.150	1.210	1.201	1.273	1.345	1.405	1.441
Büro der Leitung II (Unterstützung DKP/SEW)											7	10	14	15	16	20	18
Abt./HA XXI (Innere Sicherheit im MfS)							31	37	38	22	22	25	25	25	26	28	27
HA II (Spionageabwehr)	156	205	204	163	195	189	164	164	187	271	199	198	204	203	214	213	216
Abt. F (Funk)		164	210	242	269	315	345	382	438	495	544	578	573	600	639	670	681
Abt. III (Funk)																	
HA III (Funkabwehr/Funkaufklärung)																	
AG Sicherung des Reiseverkehrs (ASR)											115	162	390	426	480	466	=> HA VI
HA Paßkontrolle u. Fahndung (HPF; 1959-61 Abt. R; 1962-64 AG)						41	72	71	373	408	706	718	708	686	761	787	=> HA VI
HA VI (Paßkontrolle, Tourismus)																	1.299
Abt. Vau (Geheimnisschutz)	11	12	=> HA VII														
Fahndungsführungsgruppe (FFG)																	
HA VII (MdI)	24	28	46	39	37	54	58	158	85	81	150	154	175	127	133	143	113
Abt. Z (Beobachtung westl. Militärmissionen)	38	=> HA VIII															
HA VIII (Beobachtung/Ermittlung)	128	190	184	130	163	149	197	205	194	199	241	261	253	476	514	569	581
HA IX (Untersuchungsorgan)	64	70	64	65	101	112	121	131	141	138	148	156	182	216	222	241	264
Abt. X (Internationale Verbindungen)			9	11	12	10	10	10	10	10	10	10	13	15	15	18	21
Abt. XI (Chiffrierwesen)	24	51	59	63	68	72	89	95	101	100	77	110	116	131	150	184	159
Abt. XII (Zentrale Auskunft/Speicher)	46	55	75	77	72	84	91	91	92	94	77	82	87	99	115	137	175
Rechenzentrum																	
VEB Informationsverarbeitung Berlin																	
Abt. XIII (Zentrale Rechenstation; 1969-71 AG)																100	161
Abt. XVI (Objektsicherung Strafvollzug)							97	105	105	118	135	147	147	150	174	200	201
Abt. XIV (U-Haft, Strafvollzug)	110	135	142	129	182	190	112	125	136	130	142	147	143	147	158	165	159
AG XVII (Besucherbüro West-Berlin)																	
Abt. VI (Flugzeugindustrie)		45	47	37	38	37	36	31	=> HA III [XVIII]								
HA XVIII (Volkswirtschaft; bis 1964 HA III)	93	127	129	116	117	140	153	154	191	204	203	208	214	217	232	245	270
HA XIX (Verkehr; bis 1964 HA XIII)	58	74	52	38	48	50	65	71	74	71	70	71	69	68	72	81	86
HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund; bis 1964 HA V)	139	204	182	132	146	142	163	166	172	173	167	168	179	193	203	219	218
Abt. XXII (Terrorabwehr)																	
Abt. XXIII (mil. Spezialaufgaben; 1978-87 AGM/S)																	
HA XXII (Terrorabwehr)																	
Abt. 26 (Telefonüberwachung; 1955-59 Abt. 0)		65	59	63	64	68	71	76	86	83	88	92	91	105	107	131	144
AG Bereich Kommerzielle Koordinierung (BKK)																	
(Abt.) Bewaffnung/Chemischer Dienst (BCD; 1964-71 Abt. Waffen u. Geräte [WuG])											28	34	37	36	39	44	54
Büro der Leitung (BdL; 1954-55 Abt. Allgemeines)	28	43	79	92	132	205	196	173	163	186	195	206	208	223	268	285	332
AG Wissenschaftlich-technische Aufklärung (WTA)			5	14	21	23	28	29	=> HV A								
Abt. IV (Vorbereitung von Sabotage im Operationsgebiet)						19	23	26	39	47	40	42	44	48	48	60	64
HV A (Auslandsspionage, bis 1957 k.A.)	.	.	.	.	481	475	518	524	630	606	676	701	751	776	841	1.133	985
AG E (operative Technik HA XVIII, XIX, XX)											3	3	3				25 [?]
Abt. Finanzen	21	28	27	17	15	18	24	26	28	28	41	25	34	35	44	51	61
Hochschule des MfS	132	134	149	152	156	185	202	203	211	202	223	245	260	285	302	334	352
Fallschirmsprungausbildungsbasis (FAB)																10	108
Schule Eberswalde (1954/55)/Teterow (1956/57)/Gransee (ab 1958)	48	57	53	48	21	29	33	30	32	31	32	35	35	37	37	36	36
HA Kader und Schulung	68	70	66	55	74	114	124	140	151	173	189	189	197	210	245	280	318
Postzollfahndung																	
Abt. M (Postüberwachung)	128	140	142	121	118	116	119	121	121	117	126	120	118	119	126	137	146
AG M (Mob-Arbeit, Schutzbauten)								8	11	11	12	11	17	18	24	30	34
Abt. Nachrichten und Waffen (NuW)		64	60	62	65	76	=> Abt. N/Abt. WuG [BCD]										
Abt. N/X																	
Abt. Nachrichten							67	72	80	94	104	125	160	204	250	312	359
HA Personenschutz (PS)	379	443	470	542	615	680	975	1.137	1.319	1.401	1.593	1.588	1.596	1.635	1.668	1.749	1.770
Abt. K (Entwicklung operativ-technischer Mittel)		95	110	137	169	194	=> OTS										
Abt. L (Beschaffung operativ-technischer Mittel)						45	=> OTS										
Abt. E (operativ-technische Mittel und Dokumente)							20	22	23	23	25	26	28	30	34	35	42
Operativ-technischer Sektor (OTS)							269	284	329	337	351	380	373	400	417	433	449
Apparat der SED-Kreisleitung (1954 Abt. Politkultur)	25	27	27	26	34	36	38	36	27	25	29	33	32	35	38	44	61
Rechtsstelle																5	11
Sekretariat/Sekretariat des Ministers	3	2	=> BdL [?]														
Sekretariat Mittig (1964-86 AG beim Stellvertreter)											12	11	11	11	11	15	.
Sekretariat Neiber																	
Sekretariat Schwanitz																	
SV Dynamo									133	22	33	38	42	42	42	45	
HV B (Beschaffung/Wirtschaft)						2	2	2	2	1	1	[nur Leiter/Stellv.]			23	30	53
HA Verwaltung und Wirtschaft	382	407	487	449	517	510	603	664	692	709	771	812	862	961	1.085	1.176	1.201
Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD)																	
Kontrollinspektion	4	7	6	=> AG AuK													
Abt. Sicherung von Staatsgeheimnissen (SvS)/AG Sicherung				10	21	28	26	19	=> z.T. AG AuK								
AG Auswertung und Kontrolle (AuK)				19	15	.	.	13	16	18	17	17	17	20	=> ZAGG/ZAIG		
Zentrale AG Geheimnisschutz (ZAGG)															7	10	15
Abt. Information	8	12	16	14	7	?	?	13	13	=> ZAIG							
AG Öffentliche Verbindungen																	
Abt. Agitation		9	17	30	27	24	26	24	29	28	25	30	35	52	65	66	69
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)										13	14	13	13	21	38	58	58
Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung (ZKG)																	
Haftkrankenhaus							23	36	35	34	37	41	40	44	45	44	50
Zentraler Medizinischer Dienst (ZMD; bis 1973 Abt. Medizinischer Dienst)						46	68	76	85	85	96	102	115	127	139	146	170
Zentraler Operativstab (ZOS; 1966-71 Ständiger Operativstab)													13	20	30	88	159
AG beim 1. Stellvertreter [Beater]																	
AG R [beim Stellvertreter Schröder]																	
VEB Montagebau [danach nachgeordneter Betrieb]													33	33	35	40	45
HA Sicherheit [operative Technik]	177	=> Teile zu Abt. O [26], Abt. K, Abt. L															
Diensteinheiten gesamt	2.864	3.626	3.773	3.659	4.589	5.098	5.915	6.374	7.511	7.754	8.927	9.338	9.862	10.598	11.481	12.722	13.265
Freistellungen bzw. ohne Zuordnung	23	44	30	30	44	10	9	628	263	437	374	375	512	600	670	547	1.066
Ministerium Berlin gesamt	2.887	3.670	3.803	3.689	4.633	5.108	5.924	7.002	7.774	8.191	9.301	9.713	10.374	11.198	12.151	13.269	14.331

Diensteinheiten	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
(Erläuterungen siehe Statistischer Anhang)																			
Minister/Stellvertreter	4	4	4	4	5	5	5	5	5	5	5	4	4	4	4	5	5	5	5
HA I (Militärabwehr)	1.469	1.543	1.648	1.822	1.913	1.996	2.101	2.158	2.219	2.285	2.314	2.310	2.213	2.207	2.256	2.460	2.509	2.474	2.319
Büro der Leitung II (Unterstützung DKP/SEW)	21	24	24	25	26	27	23	24	23	=> HA II									
Abt./HA XXI (Innere Sicherheit im MfS)	31	33	32	27	27	29	30	1	=> HA II										
HA II (Spionageabwehr)	223	225	251	286	326	441	560	693	757	905	1.018	1.074	1.124	1.159	1.216	1.408	1.415	1.419	1.432
Abt. F (Funk)	705	737	778	835	900	926	981	1.031	1.058	1.072	1.096	1.095	=> HA III						
Abt. III (Funk)	187	326	573	746	896	998	1.032	1.171	1.426	1.689	1.810	1.909	=> HA III						
HA III (Funkabwehr/Funkaufklärung)													2.979	2.985	3.011	2.971	2.937	2.848	2.361
AG Sicherung des Reiseverkehrs (ASR)																			
HA Paßkontrolle u. Fahndung (HPF; 1959-61 Abt. R; 1962-64 AG)																			
HA VI (Paßkontrolle, Tourismus)	1.349	1.720	1.909	1.953	1.982	2.105	2.153	2.171	2.232	2.176	2.113	2.074	2.074	2.070	2.077	2.134	2.155	2.158	2.025
Abt. Vau (Geheimnisschutz)																			
Fahndungsführungsgruppe (FFG)	8	11	14	16	14	17	18	18	19	21	23	26	27	27	28	25	=> HA VII		
HA VII (MdI)	121	124	128	141	173	213	251	257	280	293	308	339	325	307	300	333	372	359	357
Abt. Z (Beobachtung westl. Militärmissionen)																			
HA VIII (Beobachtung/Ermittlung)	602	612	632	674	708	772	896	998	1.040	1.096	1.117	1.138	1.139	1.139	1.151	1.486	1.470	1.455	1.618
HA IX (Untersuchungsorgan)	287	331	366	377	381	407	406	423	422	419	446	460	468	467	475	482	496	490	484
Abt. X (Internationale Verbindungen)	24	24	22	22	26	26	27	35	31	32	33	36	43	42	43	43	48	46	46
Abt. XI (Chiffrierwesen)	176	195	230	263	271	386	398	415	427	449	477	491	486	481	494	494	490	492	493
Abt. XII (Zentrale Auskunft/Speicher)	191	199	212	224	242	262	262	270	266	280	297	320	323	337	329	324	343	342	344
Rechenzentrum	14	18	27	=> Abt. XIII															
VEB Informationsverarbeitung Berlin	2	2	2	=> Abt. XIII															
Abt. XIII (Zentrale Rechenstation; 1969-71 AG)	201	223	259	337	360	373	369	390	389	400	413	417	419	431	438	441	443	441	447
Abt. XVI (Objektsicherung Strafvollzug)	205	203	402	=> Abt. XIV															
Abt. XIV (U-Haft, Strafvollzug)	165	164	178	182	185	198	199	204	211	220	224	224	229	215	222	244	244	242	255
AG XVII (Besucherbüro West-Berlin)		126	139	172	187	212	246	265	279	291	296	313	323	320	330	347	353	350	308
Abt. VI (Flugzeugindustrie)																			
HA XVIII (Volkswirtschaft; bis 1964 HA III)	292	318	337	344	349	445	446	514	538	558	582	598	596	589	608	651	650	654	647
HA XIX (Verkehr; bis 1964 HA XIII)	90	102	106	113	118	143	152	156	162	164	175	175	179	176	219	245	250	251	251
HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund; bis 1964 HA V)	219	231	233	254	260	316	332	339	345	353	385	400	419	427	415	443	444	455	461
Abt. XXII (Terrorabwehr)					30	42	57	78	106	139	169	207	211	232	229	245	255	248	=> HA XXII
Abt. XXIII (mil. Spezialaufgaben; 1978-87 AGM/S)								239	261	290	324	477	496	524	546	614	619	623	=> HA XXII
HA XXII (Terrorabwehr)																			878
Abt. 26 (Telefonüberwachung; 1955-59 Abt. 0)	171	178	196	209	233	252	262	299	311	346	368	397	410	415	420	420	431	429	436
AG Bereich Kommerzielle Koordinierung (BKK)													4	22	28	93	109	112	120
(Abt.) Bewaffnung/Chemischer Dienst (BCD; 1964-71 Abt. Waffen u. Geräte [WuG])	54	58	61	74	75	84	93	101	129	141	151	162	170	172	182	156	159	175	176
Büro der Leitung (BdL; 1954-55 Abt. Allgemeines)	355	381	420	425	544	600	615	681	732	770	767	812	842	847	833	829	819	775	324
AG Wissenschaftlich-technische Aufklärung (WTA)																			
Abt. IV (Vorbereitung von Sabotage im Operationsgebiet)	65	73	83	95	248	277	314	102	97	107	105	106	108	105	105	137	=> HV A		
HV A (Auslandsspionage, bis 1957 k.A.)	1.019	1.066	1.088	1.173	1.199	1.802	1.890	1.988	2.056	2.130	2.260	2.405	2.505	2.622	2.725	2.836	3.059	3.183	3.819
AG E (operative Technik HA XVIII, XIX, XX)	4	4	4	5	5	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	6	5	6	6
Abt. Finanzen	64	71	98	108	115	121	130	143	160	160	162	162	169	169	171	172	177	175	177
Hochschule des MfS	399	420	454	483	520	541	583	600	623	642	689	709	709	736	742	748	770	753	726
Fallschirmsprungausbildungsbasis (FAB)	135	142	154	=> HA KuSch															
Schule Eberswalde (1954/55)/Teterow (1956/57)/Gransee (ab 1958)	37	37	39	38	=> HA KuSch														
HA Kader und Schulung	346	367	407	655	813	955	1.065	1.150	1.233	1.297	1.397	1.507	1.496	1.428	1.411	1.382	1.357	1.075	1.046
Postzollfahndung						98	108	118	123	128	128	135	132	=> Abt. M					
Abt. M (Postüberwachung)	145	146	150	159	163	173	190	204	216	246	263	284	303	449	465	494	511	513	514
AG M (Mob-Arbeit, Schutzbauten)	147	182	192	206	90	115	128	144	163	186	201	227	238	258	907	960	989	769	689
Abt. Nachrichten und Waffen (NuW)																			
Abt. N/X						154	192	206	240	240	267	275	276	279	284	297	=> Abt. N		
Abt. Nachrichten	384	431	463	477	509	578	645	700	721	928	969	1.023	1.081	1.115	1.160	1.248	1.562	1.549	1.513
HA Personenschutz (PS)	1.798	1.868	1.922	2.027	2.258	2.508	2.738	3.021	3.176	3.325	3.602	3.928	4.151	4.207	3.674	3.757	3.757	3.748	3.762
Abt. K (Entwicklung operativ-technischer Mittel)																			
Abt. L (Beschaffung operativ-technischer Mittel)																			
Abt. E (operativ-technische Mittel und Dokumente)	45	46	47	49	50	53	55	57	60	63	69	71	71	68	=> OTS				
Operativ-technischer Sektor (OTS)	486	508	542	564	595	650	690	725	769	817	851	893	900	909	1.012	1.018	1.045	1.088	1.085
Apparat der SED-Kreisleitung (1954 Abt. Politkultur)	62	67	73	89	95	102	108	93	97	99	106	114	132	133	135	152	157	157	159
Rechtsstelle	11	11	12	11	12	12	13	13	12	12	11	11	11	11	10	11	12	12	12
Sekretariat/Sekretariat des Ministers	8	8	9	9	9	16	17	18	18	17	19	20	21	9	9	8	8	8	7
Sekretariat Mittig (1964-86 AG beim Stellvertreter)	25	3	3	4	5	7	8	8	8	4	7	7	6	5	6	6	6	6	6
Sekretariat Neiber									15	18	17	21	21	19	19	24	26	26	25
Sekretariat Schwanitz																12	15	15	16
SV Dynamo						119	143	173	197	216	253	258	258	261	257	259	272	470	464
HV B (Beschaffung/Wirtschaft)	55	64	85	=> VRD															
HA Verwaltung und Wirtschaft	1.323	1.463	1.520	=> VRD															
Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD)				2.310	2.429	2.610	2.834	3.012	3.149	3.217	3.325	3.495	3.516	3.437	3.486	3.591	3.678	3.746	3.279
Kontrollinspektion																			
Abt. Sicherung von Staatsgeheimnissen (SvS)/AG Sicherung																			
AG Auswertung und Kontrolle (AuK)																			
Zentrale AG Geheimnisschutz (ZAGG)	17	22	22	26	29	40	45	47	48	48	55	55	56	55	54	55	57	55	58
Abt. Information																			
AG Öffentliche Verbindungen		26	23	25	25	28	27	28	29	30	30	28	=> ZAIG						
Abt. Agitation	70	50	54	56	55	57	56	58	59	59	56	58	87	76	=> ZAIG				
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)	59	57	60	68	80	82	90	107	125	155	193	219	234	244	326	338	364	396	423
Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung (ZKG)						20	52	62	76	96	95	108	127	142	145	158	161	177	192
Haftkrankenhaus	49	48	49	=> ZMD															
Zentraler Medizinischer Dienst (ZMD; bis 1973 Abt. Medizinischer Dienst)	185	218	265	364	401	474	544	570	839	971	1.031	1.080	1.099	1.095	1.166	1.150	1.186	1.192	1.161
Zentraler Operativstab (ZOS; 1966-71 Ständiger Operativstab)	17	43	45	48	48	47	48	50	59	63	65	68	73	73	72	69	69	65	64
AG beim 1. Stellvertreter [Beater]	20	19	19	27	33	37	42	66	59	34	33								
AG R [beim Stellvertreter Schröder]						2	3	3	6	7	9	11	11						
VEB Montagebau [danach nachgeordneter Betrieb]	49	49	50	[=> VEB Spezialhochbau]															
HA Sicherheit [operative Technik]																			
Diensteinheiten gesamt	14.214	15.642	17.115	18.601	20.017	22.958	24.700	26.497	28.106	29.714	31.185	32.742	33.300	33.506	34.201	35.781	36.259	36.027	34.990
Freistellungen bzw. ohne Zuordnung	1.714	1.519	1.828	2.030	2.295	1.149	1.185	1.264	1.301	1.452	1.366	1.739	1.710	1.627	1.659	1.917	1.684	1.638	1.431
Ministerium Berlin gesamt	15.928	17.161	18.943	20.631	22.312	24.107	25.885	27.761	29.407	31.166	32.551	34.481	35.010	35.133	35.860	37.698	37.943	37.665	36.421